



BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Pressekonferenz des Bayerischen Städtetags:

Mitten im Haushaltsloch

„Wir stehen nicht am Rande eines Haushaltslochs, wir stecken mitten drin“, lautete die wenig verheißungsvolle Aussage des Regensburger Oberbürgermeisters und Vorsitzenden des Bayerischen Städtetags, Hans Schaidinger, bei einer Pressekonferenz in München.

Die düsteren Prognosen haben sich Schaidinger zufolge bestätigt: Die Steuereinnahmen der bayerischen Kommunen sind im Vergleich zum Vorjahr um über 10 Prozent eingebrochen. Damit werden sich für das Jahr 2009 insgesamt Steuereinnahmen von rund 11,8 Milliarden Euro ergeben, das sind 1,4 Milliarden Euro weniger als 2008. Der Hauptanteil liegt beim Gewerbesteueraufkommen, das netto um fast 19 Prozent bayernweit eingebrochen ist. Die gemeindliche Einkommensteuerbeteiligung liegt um 2,3 Prozent niedriger als im Vorjahr.

Einschränkungen

„Die Aufstellung der Haushalte für 2010 war schwer, viele Städte mussten bereits schmerzliche Streichungen ansetzen. Doch nun gehen für 2011 die Grausamkeiten weiter, so dass die Bürger zwangsläufig Einschränkungen bei der Infrastruktur spüren werden“, so der Städtetagsvorsitzende. Der Sparkurs bedeute für die Bürger das Aufschieben von Investitionen für Schulen, Kinderkrippen und Kindergärten; zudem könne das Straßennetz nicht mehr saniert werden, auch sei mit Einschränkungen im Angebot des öffentlichen Nahverkehrs ebenso zu rechnen wie mit der Kürzung von Zuschüssen für Vereine oder der Streichung von Ausgaben für Kultureinrichtungen. Im Einzelfall müsse auch die Schließung eines Schwimmbades hingenommen werden.

Für 2010 ist von einem weiteren Rückgang der Steuereinnahmen um 4,3 Prozent auszugehen, das wären für die bayerischen

Kommunen Mindereinnahmen von rund 510 Millionen Euro gegenüber 2009. Schaidinger: „Diese Einbrüche sind schon schlimm genug, doch dann schlagen noch zusätzlich die Steuergeschenke der neuen Bundesregierung in die Kommunalhaushalte durch. Die Bundespolitik kann nicht weiter eine Steuerpolitik zu Lasten der kommunalen Haushalte betreiben. Wer Steuern senken will, muss den Kommunen einen vollen Ausgleich bieten.“ Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz bedeute für die bayerischen Kommunen allein im Jahr 2010 weite-

re rund 130 Millionen Euro Mindereinnahmen. Die volle Jahreswirkung nach 2011 werde sogar bei über 200 Millionen Euro jährlichen Mindereinnahmen liegen.

Anstieg der Sozialausgaben

Die Einnahmen sinken, die Ausgaben steigen: Für Leistungen der Sozialhilfe und sonstige soziale Leistungen sind für Bayerns Kommunen 2009 rund 4,4 Milliarden Euro angefallen, das sind etwa 9 Prozent oder 370 Mio. Euro mehr als im Vorjahr. Laut Schaidinger setzt sich der Anstieg der kommunalen Sozialausgaben fort. Die Spirale drehe sich nach oben, da mit einer Steigerung der Arbeitslosenzahlen zu rechnen sei. Nicht einmal eine Begrenzung der Sozial- und Jugendhilfeausgaben sei bislang gelungen, geschweige denn eine Senkung.

Die Aussichten blieben nicht nur mittelfristig schlecht. „Wir stoßen mit der jetzigen Verteilung der Aufgaben und Finanzen im föderalen System an grundsätzliche Grenzen. Die Kommunen bekommen immer wieder neue Aufgaben aufgebürdet. Die derzeitige Finanzausstattung wird

(Fortsetzung auf Seite 4)

Kampfabstimmung abgewendet:

Theo Zellner neuer Sparkassenpräsident

Der Chamer Landrat Theo Zellner wird neuer bayerischer Sparkassenpräsident. Kurz vor der entscheidenden Sitzung des Sparkassenverbandes in Landshut ließ der Erlanger Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis seinem Gegenkandidaten den Vortritt. Im Gegenzug wird ab 2014 ein Vertreter des Städtetags das Amt des Geschäftsführenden Präsidenten des Bayerischen Sparkassenverbandes übernehmen. Der bisherige Amtsinhaber Dr. Siegfried Naser war im Zuge der BayernLB-Krise zurückgetreten.

Zellner, der sich unmittelbar nach Nasers Rücktritt als Kandidat für den Präsidentenposten ins Spiel gebracht hatte, will den Sparkassenverband nach eigenem Bekunden nicht mit einer hierarchischen oder präsidialen Struktur leiten, sondern ein kollegiales Miteinander aufbauen. Die einzelnen Kommunalbanken sollen gestärkt werden, um ein gutes Angebot für Mittel-

stand und Handwerk anbieten zu können. Die Sparkassen, so Zellner, hätten bewiesen, dass das Regionalprinzip und ein solides

hofer nannte Zellners Wahl eine „erstklassige Lösung“. Er gehe fest davon aus, dass der Chamer Landrat und Präsident des bayerischen Landkreistags mit seinem Format auch den Sparkassenverband wieder in bessere Zeiten führen werde. Seine Leistungen als Landrat seien „positiv“ und „einzigartig“. Besonders erfreut zeigte sich Seehofer darüber, dass die Wahl Zellners „ohne größere Verwerfungen“ über die Bühne gegangen sei.

Abschied vom Landkreistag

„Mit einem freudigen und einem traurigen Auge sehen wir die heutige Wahl unseres Landkreistagspräsidenten Landrat Theo Zellner zum Geschäftsführenden Präsidenten des Sparkassenverbandes Bayern“, so die erste Reaktion des Ersten Vizepräsidenten des Bayerischen Landkreistags Landrat Roland Schwing, Miltenberg. „Wir freuen uns natürlich über diesen großartigen Erfolg, verlieren aber gleichzeitig einen engagierten Kollegen, hervorragenden Kommunalpolitiker und erfolgreichen Präsidenten.“

Roland Schwing würdigte Theo (Fortsetzung auf Seite 4)



Landrat Theo Zellner.

Neuorganisation des SGB II-Vollzugs:

Sieg der Vernunft

Erleichterung bei den kommunalen Spitzenverbänden über erzielten Kompromiss

CDU und CSU haben sich jüngst auf eine Reform der Zukunft der Jobcenter geeinigt. Gemeinsam mit der SPD will die Union nun eine Grundgesetzänderung herbeiführen, damit Arbeitsagentur und Kommunen Langzeitarbeitslose weiter gemeinsam betreuen können.

Die kommunalen Spitzenverbände begrüßen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Regelsätzen nach dem Sozialgesetzbuch II. „Mit der Entscheidung besteht nunmehr Rechtsklarheit für die Herleitung der Regelsätze“, betonten die Hauptgeschäftsführer der kommunalen Spitzenverbände, Dr. Stephan Articus (Deutscher Städtetag), Prof. Dr. Hans-Günter Henneke (Deutscher Landkreistag) und Dr. Gerd Landsberg (Deutscher Städte- und Gemeindebund) in einer ersten Stellungnahme.

Die Regelsätze müssten nunmehr zwar neu berechnet wer-

den, das Gericht habe aber gerade nicht eine generelle Erhöhung angeordnet oder dazu verpflichtende Vorgaben gemacht. Es habe aber festgelegt, dass die Herleitung der Regelsätze für Erwachsene neu erfolgen muss und dass für Kinder ein spezifischer am Bedarf des Kindes orientierter Regelsatz zu entwickeln ist. Zudem müsse eine Härtefallregelung eingeführt werden, die außergewöhnliche Bedarfssituationen für die Hilfeempfänger abdeckt. „Die neue Bemessung der Regelsätze muss nunmehr schnell, gerecht und praktikabel erfolgen. Für die Kommunen

steht außer Frage, dass die Regelsätze ein menschenwürdiges Existenzminimum sicherstellen müssen“, erklärten Articus, Henneke und Landsberg.

Transparente Festsetzung

Der Gesetzgeber sei nunmehr gefordert, die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts unbürokratisch umzusetzen. Dies führe nicht automatisch zu einer Erhöhung der Regelsätze, aber zu einer transparenten und nachvollziehbaren Festlegung, welche Leistungen für ein menschenwürdiges Existenzminimum notwendig sind. „Es ist richtig, eine Härtefallregelung für außergewöhnliche Bedarfslagen im SGB II vorzusehen. Dadurch wird sicherge-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Die kommunalen Mitglieder der „Informationskreise Erdgas“ und die ESB spendeten der Dominik Brunner Stiftung zur Umsetzung ihrer Ziele 150.000 Euro. Der Kuratoriumsvorsitzende Uli Hoeneß (3. v. r.) lud zur Übergabe ins Casino des FC Bayern München (siehe S. 10). □

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Großen Respekt hat der Bürgermeister vor der Entscheidung von Margot Käbmann, nach einem begangenen Fehler ohne Umschweife die Konsequenzen zu ziehen. Andere könnten sich daran ein Beispiel nehmen, frei nach dem Schotten Thomas Carlyle: „Der schlimmste aller Fehler ist, sich keines solchen bewusst zu sein.“ Seite 19

Sie lesen in dieser Ausgabe

Wasserrecht auf Bewahrung	Seite 2
Schneller als der Sturm	3
GZ-Kolumne Georg Huber: Die Behörde als serviceorientiertes Dienstleistungszentrum	3
Weichen für neues Wachstum	4
GZ-Fachthemen: Kommunale Energiethemen	5-11
Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV	12-14
Kommunalfahrzeuge	15/16
Handwerk	17
Aus den bayerischen Kommunen	18-20

Landtag setzt neues Gesetz bis Februar 2012 in Kraft:

Wasserrecht auf Bewährung

Koalition setzt auf freiwilligen Gewässerrandschutz
Opposition befürchtet Schlag gegen Naturschutz im Interesse der Bauernlobby

Nach fast siebenstündiger Marathonsitzung hat der Landtag ein befristetes neues Wassergesetz zum 1. März in Kraft gesetzt. Es ist ein Ausführungsgesetz zu dem im Juli 2009 vom Bundestag verabschiedeten Wasserhaushaltsgesetz, das sonst ohne Änderung auch in Bayern gälte. Für Staatsregierung und Koalition sichert das eigene Gesetz die Spitzenqualität des bayerischen Wassers. Für die Opposition ist das Gegenteil der Fall und ein Schritt zur Privatisierung dieses Grundnahrungsmittels zugunsten der Bauernlobby, zum Nachteil des Naturschutzes und zum Schaden für Bürger und Kommunen.

Zu der zeitweise stürmischen Auseinandersetzung bei der abschließenden Gesetzeslesung im Plenum kam es, nachdem CSU und FDP vor den Ausschussberatungen des Regierungsentwurfs nicht das Ergebnis der Expertenanhörung abgewartet hatten. Im Umweltausschuss hatten SPD, Grüne und Freie Wähler demonstrativ den Saal verlassen. Mit 62 Änderungsanträgen gingen sie dann ins Plenum und beriefen sich auf die Warnungen und Einwände der Experten von Naturschutz, Fachverbänden und Kommunen, letztere mit Gemeindegatspräsident Uwe Brandl an der Spitze. Die Koalitionsfraktionen hatten nur einige wenige Textänderungen vorgenommen.

Das Gesetz legt fest, die Randstreifen an Gewässern erster und zweiter Ordnung „vorrangig“ durch Einzelverträge zwischen den Trägern der Unterhaltlast und den Grundstückseigentümern zu vereinbaren. Die behördliche Überwachung von Abwasserleitungen erfolgt auf Kosten der Anlagenbetreiber.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Markus Rinderspacher bekannte

11. Kommunalpolitikertag der SPD-Landtagsfraktion:

Düsterer Ausblick auf das Jahr 2011

Forderung nach mehr Mitbestimmung in der Finanzpolitik und einem dritten Konjunkturprogramm

Im Zeichen der ab 2011 in voller Härte drohenden Einnahmeausfälle der Städte und Gemeinden mit ihren Auswirkungen auf die Bürgerinnen und Bürger stand der 11. Kommunalpolitikertag der SPD-Landtagsfraktion im Maximilianeum. Vor rund 240 Bürgermeistern, Stadt- und Gemeinderäten forderten Fraktionsvorsitzender Markus Rinderspacher und Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger als Sprecher der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) stärkere Beteiligung der Kommunen an der Finanzpolitik des Landes und des Bundes - dies sowohl materiell als auch in den politischen Entscheidungen über Steuern und Finanzausgleich.

„Wir stehen am Beginn der größten Finanz- und Haushaltskrise der Kommunen in der Nachkriegsgeschichte“, stellte Memmingens Oberbürgermeister Holzinger fest. Wenn die Kommunen nicht stärker in Bundes- und Landespolitik mitentscheiden könnten, „brechen die Investitionen ein“; mit allen Auswirkungen auf soziale und strukturelle Leistungen für die Menschen. Holzinger meinte, Bund und Länder würden um ein auf die Kommunen zugeschnittenes drittes Konjunkturprogramm letztlich nicht herumkommen. Zu überlegen sei auch, neben Bundestag und Bundesrat eine

sich dagegen zum Bundesgesetz, einen Fünf-Meter-Streifen am Gewässerrand entschädigungslos von jeder Nutzung freizuhalten. Bayern sei mit seiner Regelung das einzige Bundesland. Rinderspacher verwies auf die Bedenken der Kommunalpolitiker, dass freiwillige Vereinbarungen die Planungen erschweren und zu Kostensteigerungen führten, letztlich auch zu erhöhten Wasserpreisen. Umweltpolitiexpertin Ludwige Wörner (SPD) wetterte in der Hitze des Gefechts gegen ein Verbrechen am Wasser.

Vorbehalte der Experten

Dr. Christian Magerl (Grüne), Vorsitzender des Umweltausschusses, sprach von „schwarzgelber Klientelpolitik reinen Wassers.“ Auch er verwies auf die Vorbehalte bis zur Ablehnung durch alle Experten in der

Anhörung. Er und andere Oppositionsredner verwiesen auch auf die Befürchtungen der Kommunen, dass Bauern Ställe oder Güllegruben in die Randzone von Wasserschutzgebieten bauen könnten und dafür höhere staatliche Zuschüsse im Interesse des Wasserschutzes bekämen.

Für die Freien Wähler warnte Joachim Hanisch vor dem bayerischen Gesetz Privatisierungstendenzen dürften nicht zu Qualitätseinbußen beim Wasser führen. Andererseits sah er auch im Bundeswasserwirtschaftsgesetz gewisse Nachteile. Seine Fraktion sei deshalb mit Bauchschmerzen zum Beschluss gekommen, dem bayerischen Gesetz zuzustimmen. Seine Zweijahresfrist werde den Kommunen aber Schwierigkeiten machen. Die Freien Wähler zogen fünf ihrer 14 Änderungsanträge zurück.

In Schlussabstimmungen wurden sämtliche Oppositionsänderungsanträge abgelehnt, teilweise mit namentlichem Votum. Nach der Dritten Lesung mit 112 Ja gegen 46 Nein konnte Landtagspräsidentin Barbara Stamm um 23 Uhr das Ende des Gesetzgebungsverfahrens und des Sitzungstages verkünden. **rm**

Tarifeinigung im öffentlichen Dienst:

Grenzwertiger Kompromiss

Der Tarifstreit im öffentlichen Dienst ist beigelegt. Die Tarifpartner akzeptierten im Wesentlichen den Schlichterspruch für die rund zwei Millionen Angestellten. Er bringt den Beschäftigten 2,3 Prozent mehr Geld, verteilt über zwei Jahre.

Arbeitgeber und Gewerkschaften werteten das Ergebnis angesichts der desolaten Haushaltslage als einen für beide Seiten gerade noch tragbaren Kompromiss. In dem Abschluss wurde auch eine Regelung für die Altersteilzeit sowie eine Beschäftigungsgarantie für Auszubildende nach erfolgreicher Prüfung vereinbart.

Für Krankenhäuser und den Nahverkehr wurden Sonderregelungen getroffen. Aufgrund der guten Ertragslage im Bereich der Ver- und Entsorgung wird den Beschäftigten rückwirkend zum 1. Januar 2,1 Prozent mehr Geld zugestanden. Zum 1. Januar 2011 kommen dann nochmals 1,6 Prozent hinzu. Auch die rund 360.000 Bundesbeamte sowie Soldaten und Pensionäre profitieren von der Einigung, die „zeitgleich“ auf sie übertragen werden soll.

Für die Kommunen stellt die Tarifeinigung einen „gerade noch tragbaren Kompromiss“ dar, wie der Präsident der Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA), erläuterte. Er behalte für die Kommunen und ihre Unternehmen Licht und Schatten. Die Lage der kommunalen Haushalte sei so schlecht wie noch nie, „da schmerzt jeder Prozentpunkt an Personalkostensteigerung“. Dennoch sollten auch die kommunalen Beschäftigten von der Tariflohnentwicklung nicht abgekoppelt werden, so Böhle. Als gutes Signal wertete er den dauerhaften Ausbau der leistungsorientierten Bezahlung. „Ebenso positiv sehen wir die vergleichsweise lange Laufzeit von 26 Monaten, die den Arbeitgebern Planungssicherheit gibt.“

Der Tarifabschluss kostet die Kommunen und ihre Unternehmen für das Jahr 2010 rund 1,1 Milliarden Euro; hinzukommen für 2011 rund 1,3 Milliarden Euro. „Unser Grundproblem bleibt die Unterfinanzierung der Kommunen, die immer mehr zerrieben werden zwischen steigenden Ausgaben und sinkenden Einnahmen. Mit dem Tarifabschluss gehen wir vor diesem Hintergrund an unsere Grenzen“, bemerkte Böhle.

Die Städte haben verhalten auf den Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst reagiert. Der Verbandsgeschäftsführer des Deutschen Städtetags Dr. Stephan Articus befürchtet eine starke Belastung der ohnehin strapazierten städtischen Haushalte. Positiv wertete er die lange Laufzeit des Tarifvertrags von 26 Monaten. Zudem seien den Bürgern längere Streiks erspart geblieben. Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebunds Gerd Landsberg wiederum sprach von einem „Ergebnis mit Augenmaß, und ich würde fast sagen, das ist ein Sieg der Vernunft“. **DK**

Ökologische Kooperation

Umweltminister Dr. Markus Söder wies im Plenum den Vorwurf der Lobbypolitik für die Bauern zurück. Die im neuen Gesetz bestätigte bayerische Regelung, den Schutz von Gewässerrandstreifen - dies war einer der „Knackpunkte“ im Landtag - durch freiwillige Vereinbarungen und Entschädigungszahlung an die Grundeigentümer werde durch die hervorragende Wasserqualität bestätigt. Das neue Gesetz stärke die ökologische Kooperation im Gegensatz zur bürokratischen Konfrontation durch das Bundesgesetz. Nicht zufrieden zeigte sich der Minister, dass das Gesetz bis 29. Februar 2012 befristet sei. Das habe die FDP durchgesetzt, um Erfahrung zu sammeln.

Im gleichen Sinne äußerten sich die Umweltsprecher der Koalitionsfraktionen. Dr. Otto Hünnerkopf (CSU) verwies darauf, dass etwa 95 % der Besitzer von Gewässerrandstreifen Landwirte seien. Das Einvernehmen mit ihnen habe sich bewährt. Tobias Thalhammer (FDP) sagte, man könne die Landwirte nicht pauschal in das Licht von Umweltschändern stellen. Die FDP wolle keine Privatisierung des hohen Gutes Wasser. Die Behörden könnten exter-

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Loibl
94562 Oberpöding
am 16.3.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Klaus Etterer
96182 Reckendorf
am 14.3.

Bürgermeister Josef Nagl
84036 Kumhausen
am 21.3.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Heinrich Hollinger
84577 Tüßling
am 17.3.

Bürgermeister Stephan Unglaub
95493 Bischofsgrün
am 20.3.

Bürgermeister Hubert Kammerlander
63801 Kleinostheim
am 22.3.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Wolfgang Braun
95689 Fuchsmühl
am 13.3.

Bürgermeister Sven Tull
89361 Landensberg
am 17.3.

Bürgermeister Erich Schäfer
63875 Mespelbrunn
am 19.3.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Thomas Köhler
63839 Kleinwallstadt
am 12.3.

Bürgermeister Josef Lohr
85129 Oberdolling
am 12.3.

Bürgermeister Klaus Beck
97292 Holzkirchen
am 18.3.

Bürgermeisterin
Ruth Dörner
92318 Neumarkt i. d. Opf.
am 19.3.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Josef Schäffler
82272 Moorenweis
am 19.3.

Dritte Kammer für die Kommunen zu schaffen.

Spitzengespräch

Rinderspacher sprach von einem Rettungsschirm für Stadt und Land. Er stellte ein konkretes Sofortprogramm auf: Rücknahme der Steuerermäßigung für Hotels, Kauf der Steueränderung CD, die inzwischen auch Bayern und Baden-Württemberg angeboten wurden, eine Überbrückungslösung für die Unterbringungskosten von Hart-IV-Bezieher, konkret in Bayern eine Verstärkung der Steuerprüfung, der 1048 Beamte fehlten. Jeder bringe erfahrungsgemäß rund 600.000 Euro pro Jahr in die Staatskasse. Außerdem sei sofort ein Spitzengespräch des Ministerpräsidenten mit den Kommunalen zu führen. Ministerpräsident Horst Seehofer hatte das schon angekündigt, Finanzminister Georg Fahrenschon auf die vorgesehenen 500 neuen Stellen hingewiesen.

Entschuldungsfonds

Im einschlägigen Arbeitsforum als dem zentralen Gremium des Tages (neben denen für Bildung, Klimaschutz und Ländlichen Raum), gab es neben Zustimmung auch Vorbehalte. Als Referent hielt Nürnbergs Stadtkämmerer Harald Riedel ein Drittes Konjunkturprogramm nicht für die beste Lösung. Er forderte mehr Geld aus dem Finanzausgleich und einen kommunalen Entschuldungsfonds.

Volkmar Halbleib, der finanzpolitische Sprecher der Fraktion fasste zusammen, es gehe insbesondere um die Gewerbesteuer und um die Anteile an der Einkommens- und Umsatzsteuer, deren kommunaler Anteil von derzeit 2,5 % auf 10 % zu er-

höhen sei. Es sei eine Gesamtdiskussion über die Finanzierung des Staates zu führen.

Für das Arbeitsforum Bildung fasste Hans-Ulrich Pfaffmann, der Vorsitzende des Fachausschusses im Landtag zusammen, auch hier müsse Verantwortung nach unten in die Regionen verlagert werden, um die Schulstruktur zu erhalten. Es gehe um ein vielfältiges Angebot vor Ort mit kurzen Schulwegen. Dafür müssten auch Reformschulsysteme zugelassen werden.

Beim Klimaschutz geht es, wie Forumsleiter Ludwig Wörner in der abschließenden Vollversammlung des Kommunalpolitikertages ausführte, auch um hohe Summen, die etwa für die Sanierung von Altbauten (mit dem Problem des Bestandsschutzes) nötig seien. Das Energieproblem müsse im Dreiklang von Effizienz, Einsparung und erneuerbarer Energie gelöst werden.

Disparität der Gemeinden

Das Arbeitsforum Ländlicher Raum forderte die Fortentwicklung des Landesentwicklungsprogramms (wie schon von der Staatsregierung angekündigt). Die Abgeordnete Annette Karl verwies auf die immer größere Disparität der Gemeinden infolge sinkender Einwohnerzahl und Steuerkraft. Zur Aufrüstung gehöre die rasche, für 2011 von der Staatsregierung bislang nur versprochene, landesweite Erschließung mit Internet und Breitband. Die Regionen mit den größten Problemen müssten das Meiste bekommen.

Als traditionelle Beobachter des SPD-Kommunalpolitikertages nahmen wieder die Landesgeschäftsführer Reiner Knäusel (Städtetag), Dr. Jürgen Busse (Gemeindetag) und Norbert Kraxenberger (Bezirkstag) teil, die auch von Tagungsleiter Rinderspacher willkommen geheißen wurden. Er bedauerte, dass keine Landräte an der Veranstaltung teilnehmen konnten oder wollten. Für die Städte begrüßte der Fraktionsvorsitzende namentlich die Oberbürgermeister Georg Rosenthal (Würzburg) und Helmut Schney (Schwandorf). **rm**

Regionale Planungsverbände:

Huber fordert Abschaffung

Der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses im Bayerischen Landtag, Erwin Huber, hat für eine Abschaffung der regionalen Planungsverbände in Bayern plädiert. Grund ist, dass diese nach Hubers Ansicht zu bürokratisch arbeiten. Die CSU-Landtagsfraktion sei „zu dieser durchaus radikalen Lösung und Neuordnung bereit“.

Die Landesplanung sei kein Selbstzweck, so Huber. In den Planungsverbänden koordinieren die verschiedenen Kommunen und Landkreise einer Region die räumliche Entwicklung - also den Bau von Straßen, großen Gewerbegebieten und dergleichen mehr. In Bayern gibt es 18 regionale Planungsverbände.

Huber will diese Abläufe vereinfachen. Der wichtigste Effekt einer Abschaffung wäre nach seiner Einschätzung die Beschleunigung öffentlicher und privater Investitionen. „Das bringt viel, ist aber nicht zu beziffern“, betonte der frühere Wirtschaftsminister. Entschieden wird über die Zukunft der Planungsverbände im Zuge der Neufassung des Landesentwicklungsprogramms (LEP). Der Politiker plädierte dafür, das bisher ziemlich umfangreiche

LEP auf das Notwendigste zu beschränken. Auf Zustimmung ist die laut gewordene Forderung bei Erdings Landrat Martin Bayerstorfer gestoßen: „Auch ich halte die Regionalplanung in Bayern für entbehrlich“, sagte er. Auch der Kreisvorsitzende des Bayerischen Gemeindetags, Fraunbergs Bürgermeister Hans Wiesmaier, begrüßt die Initiative.

Gegenwind kommt indes aus Neustadt an der Waldnaab: Landrat Simon Wittmann ist gegen eine von seiner Partei ins Spiel gebrachte Auflösung der Regionalen Planungsverbände. Stattdessen setzt er auf eine Entschlackung der Aufgaben des Gremiums. Auch für Münchens OB Ude sollte die Regionalplanung „nicht in Frage gestellt, sondern vielmehr gestärkt und effektiver werden.“ **DK**

Vermittlung von LfA-Förderdarlehen:

Volks- und Raiffeisenbanken Spitzenreiter

Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken sind Spitzenreiter im Freistaat bei der Vermittlung von LfA-Förderkrediten. 2009 sorgten die Kreditgenossenschaften für die Weiterleitung von Förderkrediten im Wert von 438 Millionen Euro an bayerische Betriebe und Existenzgründer. Das entspricht einem Marktanteil von 42,6 Prozent.

Vor allen anderen Banken vermittelten sie 2009 in Bayern das höchste Volumen an LfA-Darlehenszusagen und haben die Sparkassen als Marktführer abgelöst. Bezogen auf die Anzahl der vermittelten Förderkredite erreich-

ten die Genossenschaftsbanken einen Marktanteil von knapp 50 Prozent und liegen damit deutlich vor den Sparkassen sowie Groß- und Geschäftsbanken.

Mittelstandsbanken

Dazu Stephan Götzl, Präsident der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken: „Das Engagement der Kreditgenossenschaften bei der Vermittlung von LfA-Förderkrediten unterstreicht ihre Funktion als Mittelstandsbanken. Diese Zahlen verdeutlichen den Beitrag, den die Kreditgenossenschaften zur Kreditversorgung in Bayern leisten.“ **□**

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Nach dem Spruch des Bundesverfassungsgerichts zu Hartz IV:

Die Neuorientierung des deutschen Sozialstaats

Von Dr. Georg Simmacher, Altlandrat und Altbezirkstagspräsident

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010 hat neu orientierende Wirkung, die unseren deutschen Sozialstaat gründlich umwälzen muss. Die soziale Marktwirtschaft in der Nachkriegsgeschichte bedarf nach der Finanzkrise in der globalen Welt einer Neuausrichtung. Die Erfahrungen der letzten Monate lehren uns, „dass das Soziale neu zu denken ist und das Neue sozial“ (Alois Glück).

Das Bundesverfassungsgericht hat in Auslegung des Artikels 1 des Grundgesetzes in Verbindung mit dem Sozialstaatsgebot des Art. 20 GG ein Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum entwickelt, das sich vor allem im Hinblick auf Kinder und Jugendliche nicht auf das Verteilen von Geld konzentriert, sondern bei der individuellen Entwicklung Heranwachsender deren Bildungschancen mit einschließt. Der Sozialstaat wird damit wie nach dem früheren sozialen Heimatprinzip wieder zur Heimat. Damit verträgt es sich nicht, wenn immer mehr Menschen ausgegrenzt werden und eine neue Klassengesellschaft entsteht, die eine steigende Anzahl von Kindern in Armut aufwachsen lässt.

Fatale Diskussion

Die politische Diskussion nach dem Urteil zu den Hartz IV - Sätzen kann man nicht anders als fatal bezeichnen. Während die einen aus Furcht vor den finanziellen Folgen das Urteil auf reine Konsequenzen bei der formalen Transparenz der Hilfesätze beschränken, übersehen andere, dass Hartz IV - Empfänger sehr unterschiedlich sind. Die Kritiker stellen sich meist nur auf die Arbeitsfähigen und ihre Arbeitsbereitschaft ein. In der Diskussion wurde oft übersehen oder bewusst verschüttet, dass mehr als zwei Millionen Menschen von der Grundsicherung im Rahmen der Hartz IV - Förderung leben, ohne arbeitsfähig zu sein. In Deutschland gibt es etwa 2,6 Millionen allein erziehende Mütter und Väter, von denen etwa ein Viertel Leistungen nach Hartz IV beziehen. Jeder von ihnen betreut im Durchschnitt rund zwei Kinder. Ein Sozialstaat, so sagt das Gericht, ist nicht schon automatisch dann ein guter Sozialstaat, wenn er viel Geld für das Soziale ausgibt, es muss dahinter ein klares Konzept stehen, das mit nachvollziehbaren Berechnungen auch Rücksicht auf den Einzelfall nimmt.

Das Urteil ist der Beitrag des höchsten deutschen Gerichts zum Auftakt des „Europäischen Jahres gegen Armut und soziale Ausgrenzung 2010“. Verfassungswidrig sind die Berechnungsmethoden zur Ermittlung von Hilfesätzen für Erwachsene wie für Kinder. Deren prozentuale Sätze wurden von den Erwachsenen abgeleitet. Ihr Bedarf muss in Zukunft gesondert ermittelt werden. Schulpflichtige Kinder haben zusätzlichen Bedarf. Notwendige Aufwendungen zur Erfüllung schulischer Pflichten gehören zu ihrem existenziellen Bedarf, sonst bleiben ihnen Lebenschancen verwehrt.

Dieses Urteil ist ein Grundsatzurteil, das den deutschen Sozialstaat auf ein neues Fundament stellt. Der Sozialstaat muss der Schicksalskorrektor für Kinder sein, die in armseligen Verhältnissen aufwachsen. Der Staat muss dafür sorgen, dass diese Kinder echte und nicht nur formale Chancen haben. Das Sozialstaatsprinzip erhält mit diesem Urteil Kraft und Dynamik. Die fälschlich so bezeichneten Jobcenter haben damit eine neue Dimension ihrer sozialstaatlichen Aufgabenstellung, die zweifelsohne den kommunalen Anteil der gemein-

samen Aufgabe von Bundesarbeitsagenturen und Sozialhilfe steigert. Es geht dabei auch um die Wertung der Lebenschancen von Kindern und jungen Eltern. Die vorgesehene Ergänzung des Grundgesetzes zu den gemeinsamen Job-Centern wird dies berücksichtigen müssen.

Aus Anlass des Bundesverfassungsgerichtsurteils geht es um die wahre Neuorientierung unseres Sozialstaats. Der Augsburger Weihbischof Anton Losinger, Mitglied des Deutschen Ethikrates, hat dies so definiert: „Das Soziale der Sozialen Marktwirtschaft ist kein Almosen, keine Zutat zum System des Marktes, sondern ein inneres Regulativ, das der Freiheit die Verantwortung gegenüberstellt und die Überforderung der Eigenverantwortung durch Gemeinwohlorientierung verhindert.“

In der Vergangenheit wurde das Prinzip der Eigenverantwortung häufig hinter den Anspruch auf Solidarität zurückgestellt. Wir brauchen neu die solidarische Leistungsgesellschaft: Sozialkultur bedeutet mehr als organisierter Sozialstaat. Sie beinhaltet das Engagement des Einzelnen zum Wohle der Gemeinschaft, in der er lebt. Immer mehr organisierter Sozialstaat und immer mehr soziale Kälte - diese beiden Entwicklungen der letzten Jahrzehnte stehen in einem inneren Zusammenhang. Unser Sozialstaat bedeutet die richtige Rahmenordnung, innerhalb derer alle Bürger und Bürgerinnen entsprechend ihren Begabungen und eigenen Anstrengungen einen Platz in der Gesellschaft finden und an den Entwicklungen unserer Zeit teilhaben. Politik der Chancengleichheit für Schwache und Starke bei gleicher Begabung und Anstrengungsbereitschaft. „Für unsere Zukunft ist die Innovationskraft im Sozialen genauso wichtig, wie die im Bereich der Wissenschaft, der Technik und der Ökonomie - sie ist der Wegbereiter zu einer humanen Zukunft. Die eigentliche Kraftquelle der Politik werden engagierte Bürgerinnen und Bürger sein“ (Alois Glück). Der Sozialwissenschaftler Meinhard Miegel hat dies so ausgedrückt: „Die größte Herausforderung unserer Gesellschaft ist die Bildung einer zukunfts-fähigen Kultur.“

Zukunftsaufgabe

Im Rahmen der bisherigen Pauschalierung der Hartz IV - Leistungen wurden wichtige Prinzipien einer neuen Sozialen Marktwirtschaft zu wenig beachtet. Zum einen wurde der Begriff der Arbeitsfähigkeit ziemlich pauschal meist nach Alter oder äußeren Wahrscheinlichkeiten festgelegt. Das Prinzip der Familiengerechtigkeit und der vorrangigen Erziehungsaufgaben ist kaum gewichtet. Häusliche Erziehungsarbeit ist gesellschaftsfähige Zukunftsaufgabe, die der berufstätigen Arbeit im Rahmen der Grundsicherung gleichgewichtig ist. Zum anderen muss bewusst werden, dass im Rahmen des Subsidiaritätsbegriffs unserer Verfassung auch der Vorrang der Eigenleistungen vor öffentlicher Subvention steht. Nach diesem Grundsatz steht die Arbeitsleistung auch als Gegenleistung zu den Hilfen der

Grundsicherung im Rahmen individuellen, notfalls auch gemeinnützigen Einsatzes. Man kann dies Bürgerarbeit nennen. Danach erhält jeder ein auf ihn zugeschnittenes Angebot.

Recht auf Arbeit

Zur Würde des Menschen gehört eindeutig auch das Recht auf Arbeit. Die Grundidee der Bürgerarbeit besteht in der konsequenten Aktivierung des aller Arbeitsfähigen bei gleichzeitigem Angebot von insbesondere gemeinnützigen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen für diejenigen Menschen, die mittelfristig keine Chance am Ersten Arbeitsmarkt haben werden. Die individuelle Situation ist unter Beachtung des familiären und sozialen - häufig auch pflegerischen - Umfeldes zu berücksichtigen. Die Bürgerarbeiter erleben dann das Gefühl, von der Gesellschaft gebraucht zu werden. Wir müssen immer mehr davon abkommen, die Arbeitslosigkeit zu fördern statt der Arbeit. Ein weiteres Ziel: Die Optimierung der Nutzung sozialintegrativer Leistungen insbesondere durch eine flexible Kinderbetreuung in Form von Teilzeitangeboten wäre eine zukunftsfähige Familienpolitik, die Kindern und Eltern in Form des Lebenschancen-Gewinns zugute kommt.

Münchens Erzbischof Reinhard Marx weitet den Begriff der Sozialpolitik heute „von den rein materiellen Leistungen hin zu einer Rahmenordnung, in der jeder seinen Platz findet“. So wird aus der „Verteilungsgerechtigkeit“ dann Teilhabegerechtigkeit als Politik der Chancengerechtigkeit“ (Alois Glück) in der materiellen Leistungen nur einen Teil des Sozialstaats ausmachen. □

5. Klima-Symposium der Versicherungskammer Bayern:

Schneller als der Sturm

Moderne Unwetterfrühwarnsysteme sagen heranziehende Unwetter exakt vorher

In den vergangenen 50 Jahren ist der versicherte Schaden durch Naturgewalten auf das Vierzehnfache angestiegen. Vor dem Hintergrund zunehmender Extremwetterereignisse spielt der Einsatz elektronischer Frühwarnsysteme in Zukunft eine entscheidende Rolle. Sie warnen Bürger, Unternehmen und Einsatzkräfte per SMS, E-mail oder Fax vor heranziehenden Unwettern. Die Empfänger der Nachricht können so rechtzeitig Schutzvorkehrungen treffen und damit Menschen schützen und Schäden vermeiden.

Elektronische Unwetterfrühwarnsysteme standen im Mittelpunkt des 5. Klima-Symposiums der Versicherungskammer Bayern. Sie tragen die Namen WIND (weather information on demand) und SAFE (Sensoren und Aktoren als Frühwarnsystem zum Schutz vor Extremwetter). Weitere Themen des Symposiums waren unter anderem der richtige Versicherungsschutz vor Naturgefahren, der moderne Hochwasserschutz und die Energieeffizienz. Das Klima-Symposium stand unter der Schirmherrschaft des Bayerischen Staatsministers für Umwelt und Gesundheit, Dr. Markus Söder.

Katastrophenmanagement

Knapp 200 Experten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft tauschten sich über neueste Forschungsergebnisse in der Risikoprävention und im Katastrophenmanagement aus. Die Versicherungskammer Bayern startete 2006 ihre Symposiumsreihe, die sich mit der Bewältigung von Klimafolgen beschäftigt. Experten zeigten in Vorträgen Lösungen

Liebe Leserinnen und Leser,

in meiner Funktion als Landrat des Landkreises Mühldorf a. Inn wird mir auf den vielen Veranstaltungen und Festen das ganze Jahr über bei zahlreichen Gesprächen mit den Bürgerinnen und Bürgern sehr deutlich gesagt, was oder wie der einzelne, „normale“ Bürger über die Verwaltungen denkt. Nicht selten herrscht die Meinung vor, dass Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst den ganzen Tag nur Akten stapeln, Vorgänge verwalten und für die Bürger belastende Bescheide erlassen. Immer noch werden Behörden vorwiegend mit negativen Assoziationen und längst überholten



Neben neuen, dezentralen Anlaufstellen und einer größeren Serviceorientierung ist gerade auch die bürgernahe Behördensprache ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg hin zum modernen Dienstleistungsunternehmen. „Die Sprache ist die Quelle aller Missverständnisse“ - was der französische Schriftsteller Antoine de Saint-Exupéry mit diesem Ausspruch meinte, können und müssen viele Bürgerinnen und Bürger tagtäglich aufs Neue erfahren.

Immer noch führen komplexe Vorschriften und formale Richtlinien in der Verwaltung dazu, dass vermeintlich einfache Sachverhalte für den „normalen“ Bürger im Schriftverkehr zu unständlichem Amtsdeutsch mutieren. Dabei können freundlich, korrekt, klar und verständlich formulierte Schreiben dazu beitragen, dass Widersprüche oder Beschwerden verringert werden und damit vielen Menschen Aufregung und Ärger ersparen. Es ist unsere Aufgabe als Behörde, den Bürgerinnen und Bürgern auch schwierige, komplexe Sachverhalte verständlich, nachvollziehbar und transparent darzustellen. Das ist Dienstleistung im besten Sinne.

Die Behörde als serviceorientiertes Dienstleistungszentrum

Vorurteilen in Verbindung gebracht. Dass sich die Realität im vergangenen Jahrzehnt fundamental verändert hat, setzt sich nur sehr langsam im Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger durch. Unsere Behörden werden mehr und mehr zu serviceorientierten Dienstleistungszentren, die dem Bürger jegliche Hilfestellung bei auftretenden Fragen oder Problemen anbieten. Eine absolute Kundenorientierung sowie die laufende Verbesserung des Serviceangebots stehen deshalb bei vielen Ämtern und Behörden in Bayern im Vordergrund ihrer Arbeit. Auch der Landkreis Mühldorf hat sich dem Ziel verschrieben, ein modernes, offenes und kundenorientiertes Dienstleistungsunternehmen zu werden. Aus diesem Grund wurde im Landratsamt beispielsweise der eigenständige Fachbereich „Bürgerservice“ eingerichtet, welcher die Servicetätigkeiten des Landkreises in der Kernverwaltung wie auch in den Städten und Gemeinden koordiniert. In diesem Zusammenhang entstanden mit den beiden Pilot-Bürgerbüros in der Stadt Waldkraiburg und in der Marktgemeinde Haag zwei dezentrale Anlaufstellen im Landkreis Mühldorf. Weitere Bürgerbüros sind geplant. So muss nicht mehr der Bürger die Behörde aufsuchen, sondern die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Landratsamt bieten ihre Leistungen vor Ort an.

Bei allen Überlegungen zur Notwendigkeit der Dienstleistungsorientierung in den Behörden muss stets verdeutlicht werden: Die Behörden in Deutschland besitzen heute keine reine Monopolstellung mehr, sie sind in einen harten Wettbewerb um die besten Standortvorteile getreten. Die Bürgerinnen und Bürger lassen sich genauso wie die Wirtschaftsunternehmen und die Betriebe in genau den Städten, Gemeinden, Landkreisen und Regionen nieder, in denen sie sich willkommen fühlen. Eine Behörde soll heute nicht nur Bescheide erlassen, sie muss vielmehr Bürgerservice, Dienstleistung und Standortförderung an vorderster Front betreiben. Dies bildet deshalb die Grundlage für jede erfolgreiche kommunale Regionalentwicklung. Der Weg einer Behörde vom reinen Verwaltungsorgan hin zum modernen Dienstleistungsbetrieb ist sicher nicht einfach, aber für die Zukunftsentwicklung unserer Städte und Gemeinden zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger unverzichtbar. Nicht zuletzt deshalb sollte man sich gerade im Bereich der Dienstleistung immer die Worte eines deutschen Topmanagers vor Augen führen, der einmal gesagt hat: „Qualität ist das Gegenteil von Zufall.“

Ihr Georg Huber

Bayern ist an dem vom Bundesforschungsministerium geförderten Forschungsprojekt mit dem Fraunhofer-Institut für Software- und Systemtechnik ISST, Berlin, und weiteren Partnern beteiligt. Ziel ist, noch exaktere Warnungen hinsichtlich Eintritt, Intensität und Auswirkungen von Unwettern zu liefern. Darüber hinaus gilt es, die Einsatzkräfte, die Bevölkerung und die Industrieunternehmen noch besser zu warnen. Bei SAFE erfasst ein dichtes Sensornetz relevante Wetterentwicklungen und kombiniert sie mit überregionalen Daten beispielsweise von Satelliten. Bildlich gesprochen wird sozusagen ein Schutzschirm um eine Gemeinde oder Industrieanlage aufgebaut. So können bei heranziehenden Unwettern präzise Warnhinweise effizient und kostengünstig per SMS oder E-Mail an die Nutzer gesendet werden. Zusätzlich sollen beispielsweise auch Systeme in der Gebäudetechnik angesteuert werden.

Praxistest erfolgreich

Wie effektiv sich SAFE in der Praxis bewährt, wurde in der Marktgemeinde Mering sowie am Industriestandort der Wacker-Chemie AG getestet. Wie der Bürgermeister der Gemeinde, Hans-Dieter Kandler, berichtete, kam SAFE bei einem starken Unwetter im Mai 2009 erstmals zum Einsatz und hat sich sehr erfolgreich bewährt. Ein Hagelsturm mit Starkregen wurde frühzeitig erkannt und es konnten Maßnahmen zum Schutz von Menschen und Gebäuden getroffen werden. Ziel ist, SAFE zum Schutz und zur Verminderung von Schäden möglichst flächendeckend einzusetzen. □



Friedrich Schubring-Giese (links), Vorstandsvorsitzender der Versicherungskammer Bayern, zusammen mit Hans-Dieter Kandler, Bürgermeister der Marktgemeinde Mering. □

Jahrespressekonferenz Tourismus 2010:

Weichen für neues Wachstum

Große Ereignisse wie die Münchner Jubiläums-Wiesn oder die Passionsspiele in Oberammergau sollen den Tourismus in Bayern in diesem Jahr ankurbeln. Dazu zählten auch der Ökumenische Kirchentag in München, die weltgrößte Bau-Messe bauma in der bayerischen Landeshauptstadt sowie das 175-Jahr-Jubiläum der Eisenbahn in Nürnberg und Fürth, wie Wirtschaftsminister Martin Zeil bei der Vorlage der Tourismusbilanz in München feststellte. 2009 sank die Zahl der Übernachtungen in Bayern um 2,2 Prozent auf 75,2 Mio. gegenüber dem Jahr zuvor. Die Zahl der übernachtenden Gäste ging um 1,1 Prozent auf 26,4 Mio. zurück. Insgesamt sei die Jahresbilanz „geprägt von signifikanten Rückgängen“, die allerdings „glimpflicher als befürchtet“ ausgefallen seien.

„Trotz konjunkturellem Gegenwind haben wir damit die drittbeste Gästebilanz aller Zeiten erzielt und nur knapp das Ergebnis des sehr guten Jahres 2007 verfehlt“, meinte Zeil. Zugleich sei die „nationale Goldmedaille im Tourismus“ erneut souverän verteidigt worden. Der Vorsprung auf die weiteren Podestländer Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen sei sogar größer geworden, da diese 2009 prozentual mehr Gäste als Bayern verloren hätten. Vor allem die bayerischen Campingplätze konnten 2009 punkten: Sie steigerten ihre Gästezahl um nahezu 6 % auf über 1,2 Mio. und ihre Übernachtungen um rund 2,5 % auf 4,3 Mio.

Auch der „Urlaub auf dem Bauernhof“ stemmte sich erfolgreich gegen den Trend. Er konnte Zeil zufolge mit rund 11,7 Mio. Übernachtungen das ausgezeichnete Ergebnis des Vorjahres wiederholen. Als einziger Regierungsbezirk erzielte Schwaben mit einem Plus von 2,8 % Zuwächse bei den Ankünften. Großen Anteil daran hatte der touristisch bedeutendste Landkreis im Freistaat, das Oberallgäu, mit einem Gästeplus von nahezu 5 %.

„Alles in allem hat sich der bayerische Tourismus als weitgehend robust gezeigt“, so Zeil. „Dazu hat die Staatsregierung ihren Beitrag geleistet.“ Das Wirtschaftsministerium habe die Leitökonomie Tourismus 2009

massiv unterstützt: Die staatlichen Marketingmittel seien um 33 % auf acht Mio. Euro aufgestockt worden. Damit habe man beispielsweise die erfolgreiche „Urlaub-Daheim-Kampagne“ umgesetzt. Dank des neuen Seilbahnförderprogramms hätten Bahnen wie die Winklmoosalmbahn oder die Imbergbahn in diesem Winter ihre Feuertaufe erleben können.

Leitökonomie Tourismus

In der Regionalförderung seien 2009 Zuschüsse von über 51 Mio. Euro für mehr als 300 touristische Projekte mit einem Investitionsvolumen von fast 300 Mio. Euro gewährt worden. „Damit“, so Zeil, „haben wir die Weichen für neues Wachstum gestellt.“ Die Prognosen gingen 2010 weltweit von einer Erholung der Tourismuswirtschaft aus. Auch für Bayern hätten sich die Indikatoren zum Jahresende wieder aufgehellt: So gab es im November und Dezember gegenüber dem Vorjahr ein Plus bei Ankünften und Übernachtungen. Insbesondere die zuvor stark eingebrochenen Reisen ausländischer Gäste zeigen laut Zeil deutliche Erholungstendenzen.

2010 werde die Staatsregierung mit wichtigen Initiativen das Tourismusland Bayern weiter aktiv stärken. Der bayerische Tourismus werde ein modernes Leitbild erhalten. Das neue tourismuspolitische

Konzept der Staatsregierung soll in der zweiten Jahreshälfte vom Kabinett beschlossen werden.

Ziel ist es zunächst, den Freistaat noch stärker als kinderfreundliches Familien-Urlaubsland zu positionieren. Weitere Akzente sollen beim Zukunftsmarkt Gesundheitstourismus gesetzt werden. „Dazu unterstützen wir die bayerischen Heilbäder und Kurorte auch 2010 mit mindestens einer Viertelmillion Euro für die moderne Präventionskampagne „Rein ins gesunde Leben“. Zudem forcieren wir eine noch engere Zusammenarbeit der bayerischen Heilbäder mit Unternehmen aus den Bereichen Handel, Gesundheit, Pharma oder Naturheilkunde.“

Zusammen mit Staatssekretärin Hessel als Vorsitzende des Staatssekretärausschusses will Minister Zeil in diesem Jahr verstärkt den Tourismus im ländlichen Raum in den Fokus stellen und unterstützen. Ein Hebel hierfür ist u. a. der Stadt-Umland-Preis „TouPLUS Bayern“, der im Sommer zum zweiten Mal verliehen wird. Darüber hinaus soll das Thema „Finanzierung bei Investitionen des Gastgewerbes“ angegangen werden. Hierzu plant Staatssekretärin Hessel im März in Bayreuth und im April in Regensburg gemeinsame Informationsveranstaltungen mit Banken und dem BHG.

Wie Martin Zeil zudem bemerkte, wurde zur Stärkung der Investitionsbereitschaft mit der Mehrwertsteuer-Reduzierung für Übernachtungsbetriebe bereits eine wichtige Maßnahme realisiert. Die Bundesregierung habe damit für mehr Wettbewerbsfairness gesorgt. Dass über 90 % der Betriebe die Reduzierung direkt oder indirekt an den Gast weiter geben wollen, sei ein Top-Wert. Auch träfen viele gerade mittelständische Hotel- und Pensionsbetriebe

aufgrund dieser Regelung nun Neuinvestitionsentscheidungen. Laut Zeil „muss die Branche jetzt dafür sorgen, dass belastbare Zahlen für den Erfolg des reduzierten Mehrwertsteuersatzes sprechen“.

„Vor allem wegen des steuerlichen Flickwerks in Europa“ sei die Mehrwertsteuerreduzierung für das Gastgewerbe notwendig gewesen. Umso erfreulicher sei ein gegenläufiger Aspekt bei einem für den Gast wichtigen Qualitätskriterium: der Hotelklassifizierung. Das bewährte und zu Jahresanfang aktualisierte deutsche System werde jetzt von vielen Staaten in Europa übernommen: Österreich, Tschechien und Schweden seien seit Anfang des Jahres dabei, Ungarn übernehme das System noch heuer, und die Schweiz und die Niederlande folgten ab 2011.

„Dieser Meilenstein auf dem Weg zu einer einheitlichen europäischen Regelung bringt für Gäste mehr Transparenz und Vergleichbarkeit. Zudem erhält der Klassifizierungsprozess neuen Schub. Ich möchte diesen Impuls für Bayern nutzen“, hob der Minister hervor. „Auch wenn wir innerhalb Deutschlands Sterne-Marktführer sind, haben wir gegenüber unmittelbaren Konkurrenten Nachholbedarf bei der Klassifizierungsquote. Mein Ziel lautet deshalb, bis zum Jahr 2018 den Klassifizierungsgrad im Freistaat von derzeit 25 auf 33 % zu steigern - und zwar in allen Kategorien!“

Bayern könne touristisch nur ein 5-Sterne-Land sein, wenn es in allen Segmenten über qualitativ ansprechende Häuser verfüge. „Wir erleben gerade bei der Olympiabewerbung Münchens, dass heute zutage international eine große Breite an klassifizierten Betrieben vorausgesetzt wird“, machte Zeil abschließend deutlich. **DK**

Sieg der...

(Fortsetzung von Seite 1) stellt, dass die Sozialhilfe nicht als Ausfallbürge für unzureichende SGB II-Leistungen herhalten muss.“

Die kommunalen Spitzenverbände fordern zudem, die Einhaltung des Lohnabstandsgebotes strikt zu beachten. Bereits heute gebe es vielfältige Konstellationen, bei denen kein Anreiz zur Arbeitsaufnahme bestehe, da das zu erzielende Arbeitsentgelt unter oder nur wenig über den SGB II-Leistungen liege. Familien, die staatliche Fürsorgeleistungen erhalten, dürften nicht besser dastehen als diejenigen, die einer Arbeit nachgehen.

Grundgesetzänderung als Kompromiss

Die Forderung nach Anhebung der Regelsätze um bis zu 30 Prozent, wie sie zum Teil erhoben wird, lehnen die kommunalen Spitzenverbände strikt ab. Dies würde über 10 Milliarden Euro kosten, und die Zahl der Hilfeempfänger würde von zurzeit 6,8 Millionen auf knapp 9 Millionen ansteigen. „Die damit verbundenen Belastungen könnten weder der Bund noch die Kommunen finanziell schultern. Dies hat das Bundesverfassungsgericht auch nicht gefordert“, betonten die Hauptgeschäftsführer.

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Chams Landrat Theo Zellner, zeigte sich über den Kompromiss zwischen der CDU-Ministerpräsidenten, der zuständigen Bundesministerin Frau von der Leyen und der Bundestagsfraktionsspitze der Union erleichtert: „Die Vernunft hat Gott sei Dank gesiegt“, wertete Zellner den gefundenen Unionskompromiss im Streit um die Reform der Hartz IV-Arbeitsgemeinschaften/Jobcenter. Zellner dankte Ministerpräsident Seehofer, dass er die Position der bayerischen Landkreise unterstützt hat.

Alle Beteiligten hätten sich

Untersuchungsausschuss HGAA:

Mit Misstönen an die Arbeit

Vorsitzender Kreuzer warnt vor Vorverurteilungen

Einstimmig hat der Landtag den Untersuchungsausschuss „zur Prüfung etwaigen Fehlverhaltens und möglicher Versäumnisse“ von elf ehemaligen und aktiven CSU-Mitgliedern der Staatsregierung im Zusammenhang mit dem Kauf der Kärntner Hypo Group Alpe Adria durch die BayernLB im Jahr 2007 eingesetzt.

Es geht um den Kaufpreis und die Folgekosten bis heute, was sich auf derzeit rund 3,7 Mrd. Euro Verlust zu Lasten der Steuerzahler summiert haben soll. Tags darauf hat sich der neunköpfige Ausschuss unter Vorsitz von Thomas Kreuzer (CSU) und Harald Güller (SPD) als Stellvertreter konstituiert.

Objektive Sachaufklärung

Über die Einstimmigkeit hinaus, ohne Ansehen der Person alles zu ermitteln, was den im BayernLB-Verwaltungsrat tätigen Spitzenpolitikern als Versäumnis oder Schuld angelastet werden kann und muss, blieb es im Landtagsplenum und in der konstituierenden Sitzung des Gremiums bei den bekannten Kontroversen. Güller sprach von einem Prüfstein für die CSU. Die betroffenen Politiker, die ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber und Dr. Günther Beckstein sowie der amtierende Horst Seehofer und die anderen früheren und jetzigen Kabinettsmitglieder könnten sich nicht mit einem „ich habe alles richtig gemacht“ oder kleinen Entschuldigungen aus dem größten Finanzskandal im Nachkriegsbayern davon machen. Sinngemäß äußerten sich Dr. Sepp Dürr (Grüne) und Bernhard Pohl (FW). Dürr sprach von einer Beweislastumkehr. Die Verantwortlichen müssten darlegen,

dass sie nicht pflichtwidrig gehandelt haben. Pohl betonte, es gehe nicht um das Handeln des BayernLB-Vorstandes, dessen Verantwortliche aber als Zeugen wichtig seien. Ihnen anzulastende Handlungen seien Sache des Strafrechts. Das „System Stoiber“ habe zu dem Milliardendebakel geführt.

Kreuzer missbilligte die bei den Oppositionspolitikern festzustellende Polemik und Vorverurteilung. Er forderte objektive Sachaufklärung. Die Schuldfrage könne erst nach der Beweisaufnahme beantwortet werden. Eining waren sich alle wieder in der Feststellung, der Untersuchungsausschuss sei der einzige Weg, das verlorene Vertrauen der Menschen in die Politik wiederherzustellen. Karsten Klein (FDP) betonte, seine Partei sei für den Kauf nicht verantwortlich. Dem Verlangen der Opposition gemäß soll aber auch der aktive Wirtschaftsminister Martin Zeil als Zeuge gehört werden. **rm**

Theo Zellner...

(Fortsetzung von Seite 1) Zellner als einen überzeugten und überzeugenden Verfechter der kommunalen Selbstverwaltung und der dynamischen Entwicklung des ländlichen Raums. Als Präsident des Bayerischen Landkreistags und Vizepräsident des Deutschen Landkreistags habe er sich auch landes- und bundesweit einen Namen gemacht. „Das Thema ‚Ländlicher Raum‘ hat durch ihn einen hohen Stellenwert in der Politik bekommen. Wir sind uns sicher, dass Theo Zellner auch in seinem neuen Amt Maßstäbe setzen wird“, hob Schwing hervor.

Kompetente Stimme der Kommunen

Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Regensburgs Oberbürgermeister Hans Schaidinger, konstatierte: „Mit seinem kommunalpolitischen Hintergrund kann Theo Zellner den Kommunen als Eigentümer der Sparkassen im Sparkassenverband eine kompetente Stimme geben. Nun geht es an die Arbeit. Wir müssen die starke Stellung der Sparkassen für die Bürger weiter ausbauen. Nach innen muss der Sparkassenverband Bayern die Dienstleistungsqualität für die Mitglieder ausbauen. Und: Nach außen brauchen Bayerns Sparkassen eine starke Interessenvertretung gegenüber dem Freistaat Bayern, dem Bund und gegenüber der EU.“

Schaidinger zufolge sei es ihm besonders wichtig gewesen, eine gemeinsame Entscheidung zu finden. Dies sei im Interesse des Sparkassenverbandes und der kommunalen Familie. Die Sparkassen würden von den Städten und Landkreisen gemeinsam getragen; deshalb sei es dringlich gewesen, zu zeigen, dass es aus beiden Bereichen gute Kandidaten gibt. „Ich bedanke mich deshalb nochmals ausdrücklich bei Dr. Siegfried Balleis, dass er sich zur Verfügung gestellt hatte.“

Der Bayerische Gemeindetag wiederum begrüßte Zellners Wahl, übte aber deutliche Kritik an der Vorgehensweise von Städte- und Landkreistag im Vorfeld der Wahlen. Nach Auffassung von Präsident Dr. Uwe Brandl sei das, was im Hintergrund abliefe, „wenig vergütungspflichtig“ gewesen.

Theo Zellner wird die neue Stelle am 1.4. antreten. **DK**

Mitten im Haushaltsloch...

(Fortsetzung von Seite 1)

den Aufgaben der Kommunen nicht mehr gerecht. Wir müssen die grundgesetzliche Finanzverfassung und Finanzverteilung zwischen den staatlichen Ebenen insgesamt prüfen“, so der Vorsitzende.

Mit Blick auf Hartz IV meinte Schaidinger: „Nun ist geschehen, was wir kaum noch zu hoffen gewagt haben: In Berlin ist eine positive Umkehr zur Vernunft eingetreten. Die Bundesregierung verlässt den Holzweg und stimmt der Grundgesetzänderung zu. Die Bayerische Staatsregierung hat sich zusammen mit den anderen Bundesländern bereits zu diesem Weg bekannt. Dies ist eine pragmatische und dauerhafte Lösung, damit die gemeinschaftliche Erledigung der Aufgabe fortgesetzt werden kann. Es ist schön, dass die seit zwei Jahren vom Städtetag vorgeschlagene Lösung nun doch noch Aussicht auf Umsetzung bekommt.“

Hilfe aus einer Hand

Fünf Jahre lang habe sich bewährt, in Jobcentern und Arbeitsgemeinschaften Hilfe aus einer Hand zu geben. Es dürfe nicht mutwillig getrennt werden, was zusammengewachsen ist. Wenn die Arbeitsgemeinschaften funktionierten, aber die Rechtslage nicht stimme, müsse man die Verfassung anpassen. Der Bund dürfe nicht an Scheinlösungen herumfingern, sondern habe eine tragfähige Lösung zu schaffen.

Bis vor kurzem noch wollte der Bund die Aufgaben trennen. Einen Teil würde dann die Bundesagentur für Arbeit erledigen, einen anderen Teil das kommunale

Sozialamt. Arbeitslose und Hilfeempfänger würden getrennte Bescheide erhalten, hätten unterschiedliche Ansprechpartner und müssten Einsprüche bei unterschiedlichen Stellen einlegen. Es bleibt aber keine Zeit mehr, die Arbeitsgemeinschaften zu trennen und neue Organisationsstrukturen aufzubauen. Schaidinger: „Der Weg über die Grundgesetzänderung ist der praktikable, denn eine tragfähige und bürgerfreundliche Lösung zur Trennung der Aufgaben zeichnet sich nicht ab. Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat müssen mit der Grundgesetzänderung handeln, damit fast sieben Millionen Hartz IV-Berufshilffähige in Deutschland - davon 450.000 in Bayern - wissen, wer ihnen hilft.“

Kommunale Kompetenzen am Arbeitsmarkt

Wie der Vorsitzende weiter ausführte, „gibt es keinen vernünftigen Grund, die Arbeitsgemeinschaften, die funktioniert haben, jetzt aufzulösen“. Die kommunalen Kompetenzen bei der Arbeitsmarktpolitik müssten weiterhin zur Geltung kommen - das sei in den Arbeitsgemeinschaften geschehen.

Es würde nur noch komplizierter, wenn nun statt eines zentralen Jobcenters wieder zwei Stellen - kommunales Sozialamt und Bundesagentur - geschaffen würden: Allein schon die Zahl der Bescheide verdoppelt sich, wenn bei diesem komplizierten Verfahren dann auch noch zwei Stellen zuständig sein sollen. Dann müsste die Bundesagentur Einkommen und Vermögen erheben, die Kommune müsste die

Leistungen der Unterkunft und Heizung festlegen, Bundesagentur und Kommune müssten sich bei jedem Verwaltungsschritt gegenseitig abstimmen. Die Grundgesetzänderung bewahre die Chance, bei der Vermittlung von Langzeitarbeitslosen Hilfe aus einer Hand zu bieten, die individuell auf einen Arbeitssuchenden und seine Lebenslagen zugeschnitten ist. Dies trage dazu bei, Eingliederungshilfe für den Arbeitsmarkt zu leisten - etwa für Alleinerziehende.

Allein in Bayern sind rund 2.400 kommunale Mitarbeiter in den Arbeitsgemeinschaften beschäftigt. Das kommunale Personal ist auch für Aufgaben der Bundesagentur eingesetzt. Schaidinger: „Das ist wie eine Operation am offenen Herzen: Eine Trennung wäre eine Operation im laufenden Betrieb - und das bei steigenden Arbeitslosenzahlen. Die Akten müssten getrennt, die EDV müsste umgestellt werden. Die Trennung schafft doppelte Arbeit, wirft einen Wust an Bürokratie auf und kostet dann auch noch eine Stange Geld. Mit einer Grundgesetzänderung sind diese Probleme vom Tisch.“

Dann steht noch eine Lösung für die optierenden Kommunen an: Derzeit optieren - befristet bis Ende 2010 - bundesweit 69 Städte und Landkreise, davon 4 in Bayern: die kreisfreien Städte Erlangen und Schweinfurt sowie die Landkreise Miesbach und Würzburg. Die Option sollte Schaidinger zufolge auf Dauer erhalten bleiben, eine Erweiterung auf Wunsch für Kommunen, die noch optieren wollen, wäre seiner Ansicht nach sinnvoll. **DK**

Neues E.ON-Angebot für mehr Klimaschutz:

Bioerdgas für Privat- und Gewerbekunden

Seit dem 1. März bieten die E.ON Bayern Vertrieb GmbH ihren Kunden ein neues Bioerdgas-Produkt an. Es heißt „E.ON BioErdgas 10+“ und hat einen überdurchschnittlich hohen aus Biomasse gewonnenen Gas-Anteil von mindestens 10 Prozent. Das bestätigt ein vom TÜV Nord ausgestelltes Zertifikat.

E.ON BioErdgas 10+ ist für alle ökologisch interessierten Kunden eine preislich attraktive Alternative zu den herkömmlichen Erdgas-Angeboten. Gegenüber dem Grundversorgungstarif ist E.ON BioErdgas 10+ für einen durchschnittlichen Haushalt mit einem Jahresverbrauch von 20.000 Kilowattstunden nur circa 34 Euro teurer. Es zählt damit zu den preiswertesten Bioerdgas- oder Klimatarifen im Markt. Zudem erhält jeder Neukunde einen Klimabonus in Höhe von einmalig 50 Euro als Gutschrift auf die Jahresrechnung.

Mit Bioerdgas von E.ON leisten Kunden durch den hohen Anteil regenerativ gewonnenen Gases einen wichtigen Beitrag

„Rundum gesund“-Pilotprojekt:

Positives Fazit

Ein positives Resümee zog Prof. Ansgar Schwirtz von der TU München, als er die Ergebnisse des „rundum gesund“-Pilotprojekts an der Hohenwarter Volksschule vorstellte. Die wichtigste Erkenntnis stellt der Beweis einer Durchführbarkeit eines solchen Sportprojekts dar. Bei dem notwendigen Engagement und der entsprechenden Flexibilität der Lehrer und Schulleitungen ist es möglich, den Schülern ein tägliches Plus an Bewegung zu ermöglichen. Nach der wissenschaftlichen Auswertung der gewonnenen Daten ergab sich weiterhin, dass der Projektzeitraum mit vier Wochen zu kurz war, um signifikante Resultate zu erbringen. Mit einem hinsichtlich der Intensität und Dauer modifizierten Trainingsprogramm ließen sich die erstrebten Trainingseffekte erzielen.

„Rundum gesund“ – mit diesem Ziel startete am 15. Juni 2009 das gleichnamige Pilotprojekt an der Volksschule Hohenwart. Ab diesem Zeitpunkt stand für rund 380 Schüler von der ersten bis zur achten Klasse vier Wochen lang täglich 15 Minuten Sport, zusätzlich zum Sportunterricht, auf dem Stundenplan. Das Projekt, das in Zusammenarbeit mit E.ON Bayern stattfand, wurde auf seine bayernweite und längerfristige Umsetzbarkeit geprüft. Die fachliche Begleitung übernahmen Sportwissenschaftler der TU München und der Deutsche Skiverband.

Bereits Mitte Mai wurden alle Lehrer der Hohenwarter Volksschule in einem zweitägigen Seminar, das sie in ihrer Freizeit absolvierten, zu „Vorturnern“ ausgebildet. Schwerpunkt der Schulung war unter der Leitung von Alexander Wörle vom DSV „Nordic Walking mit Kindern“. Anhand des Münchner Fitnesstests, der vor und nach dem Projekt mit den Kindern durchgeführt wurde, werteten die Sportwissenschaftler die Daten aus.

Der so genannte Münchner Fitnessstest liefert eine Grobdia-gnose über die körperliche Fitness und die Koordinationsfähigkeit. Verschiedene Übungen zeigen an, in welchem Bereich Stärken und Schwächen bestehen. Entsprechend wird ein gezielter Übungsplan aufgestellt, der auf die individuellen Ergebnisse eingeht. Anhand eines Fitnessindex kann man die Anfangs- und Endergebnisse vergleichen. So lässt sich sagen, ob und wie sich die Leistungsfähigkeit der Teilnehmer im Laufe der Trainingsphase verbessert hat. □

mosphäre nachhaltig CO₂ und binden es über viele Jahrzehnte in ihren Stämmen und Ästen.

„Kunden, die unser BioErdgas 10+ nutzen, entscheiden sich dafür, dass 10 Prozent ihres Wärmebedarfs aus reinem Bioerdgas gewonnen wird“, so Otmar Zisler, Geschäftsführer der E.ON Bayern Vertrieb GmbH.

„Da der Bioerdgas-Anteil aus regenerativen Rohstoffen gewonnen wird, reduzieren sich die CO₂-Emissionen des ohnehin Klima schonenden Erdgases noch weiter. Damit bieten wir umweltbewussten Kunden eine - auch unter Preisgesichtspunkten - interessante Alternative zu herkömmli-

chem Erdgas an“, betonte Zisler.

Die Nutzung von Bioerdgas im Haushalt ist völlig unkompliziert und mit keinerlei technischem Mehraufwand verbunden. Das Bioerdgas besitzt dank einer entsprechenden technischen aufbereitung die Eigenschaften von Erdgas und hat einen vergleichbaren Wärmegehalt.

Beliebt bei Bauherren

Erdgas gehört in Deutschland zu den beliebtesten Energieträgern zum Heizen von Wohnraum und für die Warmwasserbereitung. Erdgas aus fossilen Quellen hat bereits eine vergleichsweise gute CO₂-Bilanz und ist bei Bauherren beliebt, weil Gasthermen wenig Platz und keinen Speicherraum benötigen. Mit dem Einsatz von Bioerdgas lässt sich der Komfort von Gasheizungsanlagen mit einer Verbesserung der eigenen CO₂-Bilanz kombinieren. □

Später und moderater als zahlreiche Wettbewerber:

E.ON Bayern Vertrieb passt Strompreise zum 1. Mai 2010 an

Regensburg – Nachdem zahlreiche Energieversorgungsunternehmen ihre Strompreise bereits zum Jahresbeginn um bis zu 13 Prozent erhöht haben, passt auch E.ON Bayern Vertrieb die Strompreise für Privatkunden an. Zum 1. Mai steigt der Preis pro Kilowattstunde (kWh) in der Grundversorgung um 1,33 Cent (brutto).

Der Grundpreis bleibt unverändert. Für einen Haushalt mit einem Jahresverbrauch von 3.500 kWh führt die Preisänderung zu Mehrkosten von rund 4 Euro (brutto) monatlich. Das entspricht einer Erhöhung um rund 5,7 Prozent.

„Unsere Preisanpassung kommt später und fällt deutlich moderater aus als bei vielen Wettbewerbern“, sagte Otmar Zisler, Geschäftsführer der E.ON Bayern Vertrieb GmbH. Er wies darauf hin, dass sich die Strompreise am Markt

bilden und von zahlreichen Faktoren, darunter die Beschaffungskosten, die Netzentgelte sowie die staatlichen Belastungen, bestimmt werden.

Für Kunden, die ihren Strompreis über einen längeren Zeitraum einfrieren wollen, hat E.ON Bayern Vertrieb ein neues, attraktives Angebot: Wer sich für das Produkt E.ON KonstantStrom entscheidet, sichert sich den Preisstand vom 1. Mai 2010 bis zum 30. April 2012. Zusätzliche Kosten entstehen dafür nicht. □



Ein Partner für alle Leistungen: die E.ON EnergieSpar-Sanierung

Legen Sie die energetische Sanierung Ihrer kommunalen Gebäude in kompetente Hände: Ihr persönlicher Ansprechpartner kümmert sich um alle Leistungen, von der ersten Analyse über die Bauausführung bis zur Abnahme.

Wir sind Ihr zuverlässiger Partner!

Sie profitieren von geringeren Energiekosten, schonen die Umwelt und steigern den Wert Ihrer Gebäude.

www.eon-bayern.com/sanierung



Wir informieren Sie gerne
T 0180 - 2 15 14 15*

* 6 ct pro Anruf aus dem deutschen Festnetz. Bei Anrufen aus den Mobilfunknetzen können abweichende Preise gelten.

e-on | Bayern

Evonik New Energies GmbH:

Energiezentralen unterwegs

Große Steinkohlekraftwerke, Biomasse-Heizkraftwerke, Fernheizwerke oder Geoheizwerke. All das kennt man ja, aber den wenigsten dürfte bekannt sein, dass es auch mobile Energiezentralen gibt – Heizwerke on the road.

Es ist Montag früh morgens. Auf einem Lagerplatz in Fürstenthausen/Saarland in unmittelbarer Nähe zum Steinkohlekraftwerk Fenne warten bereits Werner Blümling, Joachim Zick und Johannes Windisch. Die drei sind im Geschäftsbereich Anlagenbetrieb „Mobile Energiezentralen“ (MEZ) von Evonik New Energies GmbH tätig.

Vermietung von Anlagen

Heute Morgen erwarten sie zwei Schwerlasttransporter aus Österreich. Blümling, seit 30 Jahren im Geschäft mit den „Mobilen“ und als Koordinator verantwortlich für Organisation und Vertragsabwicklung, erklärt: „Die beiden Schwerlasttransporter kommen aus Timelkam in Oberösterreich. Dort betreibt die Energie AG Oberösterreich ein Kombikraftwerk und ein Biomassekraftwerk. Wir haben der Energie AG Oberösterreich jetzt schon im zweiten Jahr für die Monate Oktober bis April zwei mobile Heizwasseranlagen vermietet. Sie sorgen für die Abdeckung der Spitzenlast in den Wintermonaten. Der Wärmebedarf ist für die dortige Fernwärmeversorgung dann besonders groß. Unsere Anlagen helfen, den Gesamtbedarf zu decken.“

Ein 250-Tonnen-Autokran hat sich bereits in Position gebracht. Die beiden Schwerlasttransporter, jeder mit 103 Tonnen Gesamtgewicht, stehen bereits auf dem

Gelände, da die Fahrzeuge nur nachts fahren dürfen. Ihre Aufgabe ist erledigt. Jetzt geht es darum, die beiden Energiezentralen in Entladeposition zu bringen. Fürstenthausen ist einer von zwei Standorten, an denen die „Mobilen“ nach ihrem Einsatz abgestellt und für den nächsten Einsatz auf-

Das Geschäftsfeld MEZ

Geschäftsfeld: seit 1977
Umsatz 2008: 2,1 Mio. Euro
Mitarbeiter: 4
Anlagen: 41 Warm- und Heizwasseranlagen
17 Hochdruckdampfananlagen
9 Kälteanlagen
24 Öltanks (10-100 m³, zumietbar)
Leistungen: flexibel, schnell, zu Festpreisen
Anlieferung, Auf- und Abbau, Inbetriebnahme, Einweisung, Rücktransport
TÜV-Abnahme bei jedem Standortwechsel
Technik: Kombianlagen, öl- oder gasbeheizt. □

bereitet werden. Der zweite Lagerplatz liegt bei Zwickau im südwestlichen Sachsen. Insgesamt verfügt Evonik New Energies GmbH über 67 Anlagen und agiert damit bundesweit und im europäischen Ausland, z. B. in Finnland, Luxemburg, Österreich, Frankreich und der Schweiz.

Bevor der Autokran die MEZ an die Kette nehmen kann, müssen Joachim Zick und Johannes Windisch ran. Die antransportierten MEZ sind mit einer Leistung von je 9,3 Megawatt die größten Heizwasseranlagen, die Evonik New Energies GmbH im Programm hat. Sie sind ca. 12 Meter lang, vier Meter breit und vier Meter hoch. Leer wiegen sie 55 Tonnen. Sind sie mit Wasser gefüllt und damit betriebsbereit, sind es schon 80 Tonnen. Wegen ihrer Höhe müssen die Anhängervorrichtungen für die Ketten des Krans nachträglich angebracht werden.

Riesige Heizwerke

Mit diesen Anhängervorrichtungen erreichen die Fahrzeuge Überhöhe und könnten ohne spezielle Sondergenehmigungen nicht mehr fahren. Also müssen Zick und Windisch auf das Dach der in einem Container eingehauenen Energiezentrale. Dort befestigen sie die Vorrichtungen und legen die Ketten an. Jetzt hebt der Kran die MEZ an und platziert sie vorsichtig auf dem vorgesehenen Standplatz. Dabei fällt auf, dass irgendetwas fehlt. Jedes Heizwerk hat einen Kamin. Er ist nicht zu sehen.

Fragend schaue ich Windisch an, der meine Frage wohl ahnt. „Natürlich hat jede MEZ auch einen Kamin, in diesem Fall jeweils 14 Meter. Die beiden transportieren wir mit einem gesonderten Fahrzeug. Und wie in jedem stationären Heizwerk befinden sich in den Containern je nach zu erzeugender Energieart Feuerungs-



Das MEZ-Team (von rechts): Werner Blümling, Joachim Zick und Johannes Windisch. □

anlagen, Kessel, Pumpen, Wasseraufbereitung, Speisewasserbehälter, Steuer- und Regelungseinrichtungen“, erläutert Windisch. Kollege Zick ergänzt: „Wir garantieren dem Kunden höchste Sicherheit im Betrieb. Deshalb sind verschiedene wichtige Bestandteile einer MEZ in zweifacher Ausfertigung vorhanden.“

Gut im Geschäft

Nach zwei Stunden sind die beiden MEZ sicher an ihrem

Platz. Nach einer Kontrolle und den notwendigen Revisionsarbeiten können sie wieder vermietet werden. Das wird nicht lange auf sich warten lassen, denn mit ihren mobilen Energiezentralen ist Evonik New Energies GmbH gut im Geschäft, im Bereich der Heizwasseranlagen sogar Marktführer in Deutschland. NE

Weitere Infos:
www.evonik.de/new-energies
Kontakt:
mez-new-energies@evonik.com

OTTI-Symposium Bioenergie in Kloster Banz:

Deutsche Erfolgsgeschichte

Bereits zum 18. Mal fand in Kloster Banz bei Bad Staffelstein das OTTI-Symposium Bioenergie statt. Rund 160 Experten aus Wissenschaft, Industrie und der Administration sowie Ingenieur- und Planungsbüros, Energieberater, Entscheidungsträger und Anwender diskutierten in der seit Jahren wichtigsten Anwesendertagung in Deutschland alle Aspekte der energetischen Biomassenutzung. Eine Besonderheit des Symposiums besteht darin, dass es sich an die gesamte Bioenergiebranche richtet mit Diskussionen im Plenum und Fachvorträgen in drei Parallelsitzungen zu Festbrennstoffen, Biokraftstoffen und Biogas.

Helmut Lamp, Vorsitzender des Bundesverbandes Bioenergie e. V. (BEE) wies in der Auftaktrede darauf hin, dass an der Bioenergie „kein Weg vorbeiführen“ wird. Kein Vortrag ließ Zweifel daran, dass bestehende Schwachstellen langfristig durch technische Neuerungen beseitigt werden können.

In allen drei Bioenergiesparten – Festbrennstoffe, Biokraftstoffe, Biogas – arbeiten Wissenschaftler daran, neue Rohstoffe zu erschließen. Für die Substrate für Biogas berichtete Andreas von Felde von der KWS Saat AG im niedersächsischen Einbeck über die neuesten Entwicklungen und Potenziale alternativer Energiepflanzen. Bei den Festbrennstoffen stellte Egon Dörner von der Energie Steiermark AG ein Beispiel zu Kurzumtriebshölzern vor.

Technik anpassen

Christian Letalik, Carmen e. V., Straubing, legte die Potenziale von Landschaftspflegematerial dar, das „zum Liegenlassen zu schade“ sei. Nutzt man neue Rohstoffe, müsse man die Verbrennungstechnik anpassen. Wie das funktionieren kann, stellte Eva Hamatschek vom ATZ Entwicklungszentrum in Sulzbach-Rosenberg vor. Das ATZ untersucht zusammen mit der Spanner Re2 AG im niederbayerischen Neufahrn, inwiefern Brennstoffe mit breitem Kornspektrum und hohem Asche- oder Feuchtgehalt durch eine flexible Feuerung auch im kleinen Leistungsbereich verbrannt werden können.

Ein Vortragsblock beschäftigte sich mit der Biogasnutzung durch Einspeisung ins Erdgasnetz, aktuell ein viel diskutiertes Thema in der Branche. Technologisch sei die Einspeisung auf dem Vormarsch, so der fachliche Gesamtleiter des Symposiums und Leiter der Biogas-Sitzungs-

reihe Peter Weiland. Bald werden seiner Ansicht nach neue Akteure das Biomethangas belegen. Mit Händlern und Contractoren, die Interesse an Einspeiseprojekten haben, werden sich auch neue Gesamtkonzepte etablieren.

Ruf nach Einspeisegesetz

Weiland lobte die Aktivitäten der Branche und sprach von einer Erfolgsgeschichte in Deutschland: 23 Aufbereitungsanlagen sind am Netz. Für kleinere Biogasanlagen gelten Mikronetze als vorteilhaft. Unzufriedenheit herrscht allerdings bezüglich der politischen Rahmenbedingungen. Der Fachverband Biogas fordert ein Einspeisegesetz, stößt damit aber auf Widerstände. So könnten die Ziele der Bundesregierung, bis 2020 6 Mrd. m³ Biogas einzuspeisen, nicht erreicht werden, so der Vorwurf an die Politiker.

Gesicherte Position

Grundsätzlich hat die Bioenergie aber bereits ihren festen Platz im Angebot von Energieversorgern und bei der Planung von ökologischen Stadtteilen. Ein bestens geeigneter Energieträger sei die Biomasse besonders für die Energieversorgung ländlicher Regionen wie Niederösterreich, berichtete Roman Igelspacher vom niederösterreichischen Regionalversorger EVN. Die EVN treibt Heizkraftwerke, zwei große KWK-Anlagen und ist mit einer Pilotanlage in der Biomethanzeugung aus Biomüll aktiv. Zudem testet EVN gerade eine Biomasse-Pyrolyseanlage zur Vergasung für Stroh als Ersatzbrennstoff für ein Kohlekraftwerk.

Auch Till Jensen vom Institut für Energiewirtschaft und Rationelle Energieanwendung (IER) an der Universität Stuttgart präsentierte ein positives Anwendungsbeispiel. Das Neubaugebiet

Energiesparlampen:

Gefährlicher Abfall

Die traditionelle Glühbirne hat ausgedient. Energiesparlampen sind inzwischen die gängigsten Leuchtmittel. Nur wenige wissen, dass diese Leuchtmittel aufgrund des enthaltenen Quecksilbers zur Kategorie der gefährlichen Abfälle zu zählen sind. Wie Bültel Gültchre, Sachbearbeiter vom Dezernat für Kommunale Abfallwirtschaft beim Regierungspräsidium (RP) Gießen mitteilt, werden derzeit nur zu circa 40 Prozent Energiesparlampen recycelt, der Rest landet einfach im Hausmüll. Dadurch kann Quecksilber über die Depone in Boden und Grundwasser oder per Müllverbrennung in die Luft gelangen.

Die Abfallxperten beim RP appellieren daher dringend an alle Bürgerinnen und Bürger, sowohl Energiesparlampen als auch andere quecksilberhaltige Gegenstände wie zum Beispiel Thermo-, Baro- oder Manometer sowie kleine Elektrogeräte, die eventuell Knopfzellen enthalten können, vom übrigen Abfall zu trennen und sie bei den örtlichen Wertstoffhöfen zur umweltschonenden Entsorgung abzugeben.

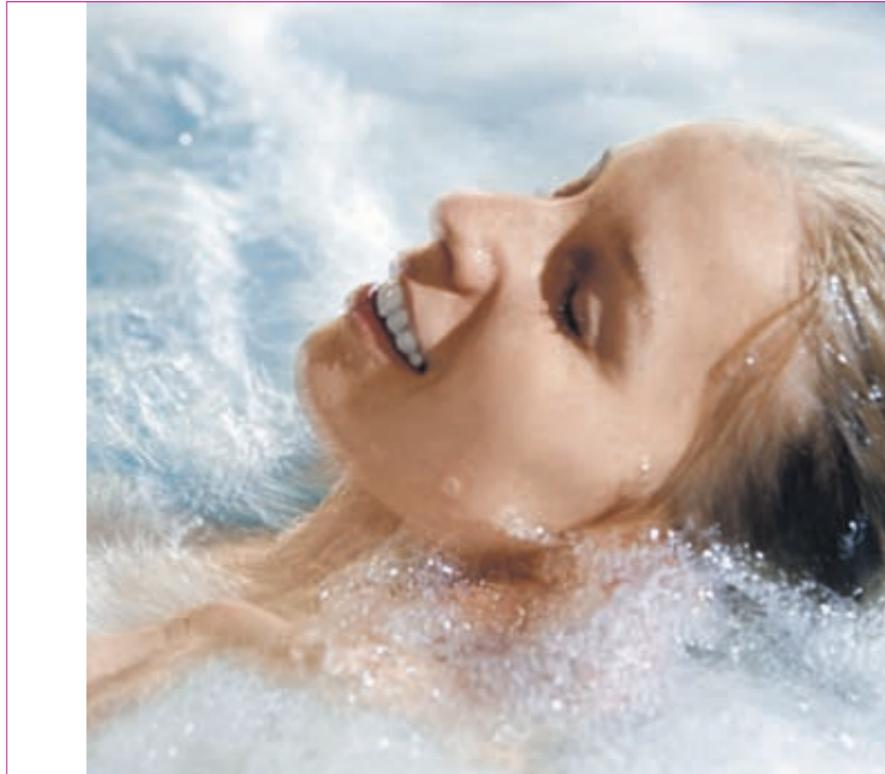
Quecksilber sei eines der für Menschen und Tiere giftigsten Schwermetalle und rufe bei übermäßiger Aufnahme durch den Körper ernste Gesundheitsschäden hervor. Darüber hinaus sei es stark wasserlöslich. Das Schwermetall aus den Abgasen einer Abfallverbrennungsanlage zu entfernen, sei mit einem hohen technischen und finanziellen Aufwand verbunden. Abfälle mit Quecksilbergehalt könnten zu Überschreitungen der zulässigen Grenzwerte sowie zu einer Kontamination von Rauchgasreinigungsrückständen führen, die dann mit hohen Kosten als Sonderabfall entsorgt werden müssten, fasste der Experte abschließend zusammen. □

Scharnhäuser Park in Ostfildern mit 6.000 Einwohnern deckt einen Großteil seines Energiebedarfs über ein KWK-Holzheizkraftwerk mit ORC2-Modul. Das IER untersucht vier energetische Entwicklungspfade und die entsprechenden Treibhausgasbilanzen für das Gebiet. Sollte das Szenario mit 100 % erneuerbare Energien realisiert werden, würden 80 % der Wärme und 30 % des Stroms durch Bioenergie gedeckt. Die CO₂-Emissionen würden um 80 % reduziert.

Repowering von Biogasanlagen

Ingenieur Martin Paproth zeigte schließlich auf, wohin seiner Meinung nach der Weg führen muss. Er stellte das Repowering von Biogasanlagen als Konzept zur Effizienzsteigerung vor. Paproth will die „Bastelanlagen“, die nicht mehr dem Stand der Technik entsprechen, durch neue Anlagen ersetzen oder zumindest technisch aufrüsten. Bei dieser Gelegenheit solle man auch den Standort der Anlagen hinsichtlich der Effizienz prüfen. Heutzutage gehe es nicht mehr darum, einfach nur Mais zu fermentieren. Man müsse auch die Wärmenutzung in Betracht ziehen. Paproth forderte zudem, die Anlagenbetreiber sollten sich entsprechend fortbilden.

Spätestens ab 2020, so Paproth, sei es auch mit der Wärmenutzung nicht mehr getan. Biogasanlagen müssten dann eine Rolle bei der stofflichen Nutzung als Rohstofflieferant für die Industrie übernehmen. DK



Andere baden darin.
Wir machen daraus Fernwärme.

Energie aus heißen Tiefenwässern

Evonik New Energies GmbH St. Johanner Straße 101-105, 66115 Saarbrücken
TELEFON +49 681 9494-00, TELEFAX +49 681 9494-2211
info-new-energies@evonik.com, www.evonik.de/new-energies

Evonik. Kraft für Neues.



Jahrespressekonferenz des Kernkraftwerkes Gundremmingen:

Stabiler Energieversorger mit Weltrekord

Erster Siedewasserreaktor mit 250 Milliarden Kilowattstunden
Das beste Produktionsergebnis seit dem Beginn vor 25 Jahren

Gundremmingen (jdt). Mit dem „besten Produktionsergebnis seit dem Betriebsbeginn vor 25 Jahren“ und dazu einem Weltrekord, beeindruckten die beiden Geschäftsführer Dr. Helmut Bläsing und Christian Quick in der Jahrespressekonferenz des Kernkraftwerkes Gundremmingen.

Das Jahr 2009 sei „besonders erfreulich“ gewesen. Der technische Geschäftsführer Dr. Bläsing betonte, mit über 21,7 Milliarden Kilowattstunden (5,5 Prozent mehr als 2008) habe das Unternehmen die alte Bestmarke aus dem Jahr 2006 um 44 Millionen Kilowattstunden übertroffen.

Von Dr. Bläsing wurde hervorgehoben, dass diese sehr positive Bilanz für 2009 zurückzuführen sei auf den störungsfreien Betrieb beider Blöcke, der nur eine Unterbrechung erfahren habe durch die planmäßigen Revisionen. Die Jahresproduktion 2009 entspreche einem rund 30-prozentigen Anteil an der bayerischen Stromversorgung, was allein schon die hohe Bedeutung von „Gundremmingen“ beweise.

Großer Beitrag zum Klimaschutz

Registriert wurde von dem technischen Geschäftsführer in seinem Bericht über das Jubiläumsjahr 2009, mit der Stromproduktion in dem Werk in Kreis Günzburg könne der Bedarf von

mehr als 6,2 Millionen Durchschnittshaushalten (3500 kWh/a) gedeckt werden. Zugleich werde die Atmosphäre um über 21 Millionen Tonnen Kohlendioxid entlastet. Um einen vergleichbaren Beitrag zum Klimaschutz zu erreichen, müssten - so verdeutlichte der Redner - alle 41 Millionen Pkw in Deutschland mindestens drei Monate in der Garage bleiben.

Stolzes Ergebnis

Neben dem einen Rekord im Jahr 2009 sei schon dieses Jahr ein weiterer, externer Rekord gefolgt, vermerkte Dr. Bläsing sichtlich erfreut: „Als erster Siedewasserreaktor der Welt hat unser Block B am 18. Januar 2010 die Marke von 250 Milliarden Kilowattstunden Strom geknackt. Sie können sich vorstellen, wie stolz unsere gesamte Mannschaft auf dieses Ergebnis ist. Übrigens haben wir im Kopf-an-Kopf-Rennen mit der amerikanischen Doppelblock-Siedewasseranlage Peach Bottom in Pennsylvania jetzt die Nase vorn. Dort wird allerdings

schon seit 1973/1974 Strom produziert“.

Vom Block B seien allein im vergangenen Jahr 10,9 Milliarden Kilowattstunden Strom produziert worden, knapp sieben Prozent mehr als 2008, mit einer sehr bemerkenswerten Verfügbarkeit von 92,6 Prozent: „Wir sind fast durchweg mit Voll-Last Strich durchgeführt, unterbrochen natürlich von Jahresrevision und Brennstoffnachladung vom 28. Juni bis 24. Juli.“ Aktuell arbeite der Block, so fuhr Bläsing fort, im Voll-Lastbetrieb, wegen der kalten Witterung mit einer durchschnittlichen Generatorleistung von knapp 1380 Megawatt. Im Sommer werde Block B planmäßig für sechs Wochen zur Jahresrevision und für Modernisierungen abgeschaltet.

Maximale Leistung

Für den Block C wurde eine Produktion im Jahr 2009 von rund 10,8 Milliarden Kilowattstunden gemeldet, bei einer Verfügbarkeit von 91,7 Prozent, knapp 315 Prozent mehr als 2008. Außer der großen Jahresrevision mit Brennelementwechsel zwischen dem 27. September und 27. Oktober habe die Anlage durchgehend zur Stromproduktion zur Verfügung gestanden. Lastabsenkungen hatten sich ergeben aus den Erfordernissen von sogenannten Wiederkehrenden Prüfungen, Anforderungen durch den Lastverteiler und Arbeiten im laufenden Betrieb. Auch in den ersten Wochen des Jahres 2010 laufe Block C mit maximal möglicher Leistung, durchschnittlich fast 1380 Megawatt.

100 Messpunkte

Im Blick auf die strahlenschutztechnische Überwachung des Kraftwerkes und seiner Umgebung habe es an über 100 Messpunkten und Probeentnahmestellen rund um die Uhr keine belastbaren Ergebnisse und nichts Negatives ergeben. Zur Verfügung stehe seit 2009 ein neu beschafftes hochmodernes Überwachungs- und Strahlmessaufzug.

Herausgestellt wurde von Dr. Bläsing, dass die Voraussetzung für Akzeptanz und Vertrauen, die dem Betrieb des Kraftwerkes entgegengebracht werde, das erreichte und bewahrte „Höchstmaß an Sicherheit“ sei. Diesem Anspruch werde man auch durch ein umfangreiches Modernisierungsprogramm gerecht, das im Rahmen der großen Jahresrevision von Block B im Sommer beginne. Der Kraftwerksbetrieb werde in einem mehrjährigen Prozess auf digitale Leittechnik umgerüstet.

Hingewiesen wurde auf das Ende 2009 bezogene neue Verwaltungsgebäude, die Einstellung von 38 neuen Mitarbeitern und die jetzt erreichte Höchstzahl von 43 Auszubildenden. Groß geschrieben werde die Sicherheitskultur, mit dem erfolgreichen Arbeits- und Gesundheitsschutz, auch für das Fremdpersonal.

Sichere Arbeitsplätze

Auf den besonderen Rang des Kernkraftwerkes Gundremmingen als stabiler Wirtschaftsfaktor ging der kaufmännische Geschäftsführer Christoph Quick ein. Zu 830 eigenen Mitarbeitern kämen rund 375 dauerhaft am Standort arbeitende Mitarbeiter von RWE-Gesellschaften und externe Firmen. Diese Beschäftigten verfügten über ein Kaufkraftvolumen von fast 60 Millionen Euro, das vorwiegend in die Region fließe. Während der beiden Jahresrevisionen kämen jeweils bis zu 2000 Fachleute dazu. Diese ließen für Übernachtung, Verpflegung und Freizeitgestaltung noch zusätzlich etwa 3,5 Millionen Euro in der Umgebung. Quick betonte, dass der Standort außerdem weitere rund 1000 Arbeitsplätze bei Dienstleistungsunternehmen und Zulieferern sichere.

Positive Wirkungen gingen 2009 aus erheblichen Investitionen und Erneuerungen in Höhe von über 100 Millionen Euro. Als „gute Nachricht“ verkündet wurde, dass 2010 Investitionen in Höhe von über 200 Millionen Euro geplant seien, davon allein rund 50 Millionen Euro für die Revisionen und Ausbau- und Modernisierungsmaßnahmen.

Laufzeitverlängerung begrüßt

Besondere Aufmerksamkeit gehörte dem Blick von Geschäftsführer Quick in die Zukunft der Sicherung der Energieversorgung. Die Regelfähigkeit der Kernkraftwerke unterstütze die Erneuerbaren Energien. Kernenergie werde

Zweiter bayerischer Windbranchentag in Fürth

Am 17. März findet ab 9 Uhr in der Stadthalle Fürth der zweite bayerische Windbranchentag des Bundesverbandes Wind-Energie e.V. - Landesverband Bayern statt.

„Wir wollen deutlich machen“, so BWE-Landesvorsitzender Günter Beermann, „dass die Windkraft als klimafreundliche Energietechnologie auch im Süden Deutschlands zu einer starken und dynamischen Wirtschaftskraft herangewachsen ist.“ Dies sei gerade im Großraum Nürnberg mit namhaften Zulieferunternehmen, vielen Arbeitsplätzen und nicht zuletzt mit dem neuen Windtriebwerk von Bosch Rexroth besonders augenfällig.

Erwartet werden namhafte Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. In drei Foren diskutieren Experten über „Potenziale und Perspektiven der bayerischen Windbranche“, über den Stand der Nutzung der Windkraft („Woher der Wind in Bayern weht“) sowie die Frage, ob und wie das Bundesland Bayern die Chancen der Windenergie nutzt (mit Energie-Experten aus den Landtagsparteien). □

Holz - ein Energielieferant mit Zukunft

LWF aktuell Nr. 74 zum Thema Holzenergie erschienen

Freising – Holz gewinnt als preisgünstiger und umweltneutraler Energieträger in Zeiten des Klimawandels einen immer größeren Stellenwert. In der neuen Ausgabe der Reihe „LWF aktuell“ beleuchtet die bayerische Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft die Bedeutung von Holz als zukunftssträchtigen Energielieferanten. Sie gibt einen Überblick über den derzeitigen Stand von Wissenschaft und Praxis bei der Gewinnung und Verwendung von Energieholz. Dabei werden sowohl ökonomische als auch ökologische Aspekte betrachtet.

Seit Jahren unterliegen Öl- und Gaspreise starken Schwankungen während die Preise für Holzenergie weitgehend stabil geblieben sind. Schon jetzt ist der Betrieb moderner holzbetriebener Feuerungsanlagen aus wirtschaftlicher Sicht ausgesprochen kostengünstig. Die Kosten für die Ernte von Energieholz können künftig durch den Einsatz innovativer Arbeitsverfahren spürbar gesenkt werden. Die Ergebnisse ökologischer Bewertungen belegen die Umweltfreundlichkeit der Energiegewinnung aus Hackschnitzeln. Holz ist ein „nachwachsender

auch künftig einen wichtigen Platz im Energiemix einnehmen müssen. Beim Nachlassen von Windenergieleistung könnten die Kernkraftwerke mit steigerungsfähiger Produktion als stabiler Pfeiler einer Versorgungsbrücke einspringen. Begrüßt wurde, dass sich die Bundesregierung im Koalitionsvertrag auf eine Laufzeitverlängerung für die Kernkraftwerke festgelegt habe. □

Rohstoff“ der bei seiner Verbrennung nur so viel CO₂ freisetzt wie er vorher der Atmosphäre entzogen hat. Seine nachhaltige Nutzung ist ein wichtiger Schritt bei den Bemühungen, dem Klimawandel entgegenzuwirken.

Inhalte

Das Heft Nr. 74 „Holz: Energie großgeschrieben“ aus der Reihe LWF aktuell der Bayerischen Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft stellt im Schwerpunktthema die aktuellen Herausforderungen und Forschungsaktivitäten im Zusammenhang mit Holzenergie dar. Beiträge zu forstgenetischen Fragestellungen in Samenplantagen, eine Klimabilanz des vergangenen Herbstes und aktuelles aus der Forstwirtschaft runden das Heft ab.

LWF aktuell Nr. 74 kann zum Einzelpreis von 5,- Euro über den Bestellservice der LWF bezogen werden (Frau Naderer Tel.: 08161/71-4908 oder bestellung@lwf.bayern.de). □

Landkreis Starnberg:

Fünf Energiepreise

Im Rahmen einer feierlichen Ehrung hat Landkreischef Karl Roth den ersten Energiepreis Landkreis Starnberg 2009 überreicht. Im Beisein zahlreicher Gäste wurden fünf Preisträger mit Urkunden ausgezeichnet.

Ziel der Preisvergabe ist es, positive Beispiele bekannt zu machen und zur Nachahmung anzuregen. Es gilt, die Energiewende 2035 im Landkreis voranzutreiben. Die Ausschreibung im Sommer vergangenen Jahres richtete sich an Privatpersonen, Unternehmen sowie Kommunen und sonstige Institutionen. Gesucht wurden vorbildliche und erfolgreich umgesetzte Initiativen im Bereich der Energieeinsparung und Energieeffizienz.

Der Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Verkehr entschied, zwei 2. Preise und drei 3. Preise zu vergeben, um die Bandbreite an Initiativen gebührend zu würdigen. Zweite Preise gingen zunächst an die AWA-Ammersee Wasser- und Abwasserbetriebe gKU; „Umwelt- und Energieprojekte“ sowie an Alfons Rauscher; „Wohnhaus Wandelsteinstraße Gilching“.

Vor allem die Vielfalt der von der AWA-Ammersee realisierten Energie-Initiativen hatte die Jury überzeugt. Hervorzuheben sind beispielsweise die gelungene energetische Sanierung der AWA-Geschäftsstelle, die Einführung eines eigenen Umweltmanagementsystems oder der Anstoß wegweisender Projekte im Landkreis wie das Klimaschutzkonzept Fünfseenland. Sie vereint damit vorbildliches Engagement und Verantwortungsbereitschaft mit großer Außenwirkung.

Beim „Wohnhaus Wandelsteinstraße Gilching“ wurde eine große Bandbreite an energiesparenden Maßnahmen bei der Haussanierung verwirklicht. Auf Basis eines Energiegutachtens setzte man auch viel in Eigenregie um. Darüber hinaus engagierte sich Alfons Rauscher ehrenamtlich in unterschiedlichen Projekten und hat damit eine große Vorbildfunktion.

Ein dritter Preis ging zunächst an Barth-Architekten GbR; „Webasto Entwicklungszentrum Gilching“ Beim Neubau des Webasto-Entwicklungszentrums wurde ein innovatives Energie- und Technikkonzept verwirklicht, das überwiegend auf dem Einsatz erneuerbarer Energien (Wärmepumpe, Hackschnitzelheizung, semitransparente Fotovoltaikanlage) und effizienter Techniken (Abwärmenutzung) basiert. Als gelungenes Beispiel für die Vereinbarkeit von Architektur und Ökologie kann es eine Vorbildfunktion für gewerbliche Neubauten besitzen.

„CO₂ neutral Schritt für Schritt“

Martin Fink jun. wurde mit einem dritten Preis für „CO₂ neutral Schritt für Schritt“ bedacht. Schritt für Schritt hat Fink den Einsatz erneuerbarer Energien ausgeweitet. Nachdem die eigenen Gebäude bereits seit langem mit einer Hackschnitzelheizung versorgt wurden, konnten nach und nach auch acht benachbarte Gebäude über ein Nahwärmenetz angeschlossen und so von Heizöl auf eine effiziente Versorgung durch Energie aus Biomasse umgestellt werden. Die Nutzung von Solarstrom sowie die Einrichtung einer Pflanzenöltankstelle runden das positive Bild ab.

Die Gemeinde Pöcking wurde für die Sanierung ihres alten Pfarrhauses ausgezeichnet. Die Sanierung zeigt laut Jury eine gelungene Vereinbarkeit von energetischen und architektonischen Ansprüchen. Ressourcen schonend ist, dass das Gebäude in Verbindung mit einem gelungenen Energiekonzept saniert wurde. Dies hat gerade für öffentliche Gebäude in dörflicher Struktur vorbildlichen Charakter. DK

LEW
Lechwerke



Lechmuseum Langweid

REGIONAL. ENGAGIERT. LEW.

Voller Energie sind die Lechwerke seit mehr als 100 Jahren der zuverlässige und sichere Partner für Bürger, Unternehmen und Kommunen in Bayern und Teilen Baden-Württembergs. Als Arbeitgeber, Ausbildungsbetrieb und einer der großen Auftraggeber für Unternehmen aus der Region trägt LEW zur wirtschaftlichen Entwicklung bei.

Weitere Informationen unter www.lew.de

VORWEG GEHEN

N-ERGIE belohnt Engagement für den Klimaschutz

Seit dem 1. Januar 2010 unterstützt die N-ERGIE Aktiengesellschaft mit ihrem CO₂-Minderungsprogramm wieder Kunden in Nürnberg und in der Region, die zum Klimaschutz beitragen. Die von der N-ERGIE 2009 um 100.000 Euro auf 850.000 Euro aufgestockte Fördersumme steht auch in diesem Jahr zur Verfügung.

Das CO₂-Minderungsprogramm wurde bereits 1996 als freiwillige Leistung des N-ERGIE Vorgängerunternehmens EWAG und der Stadt Nürnberg eingeführt. Seit ihrer Gründung im Jahre 2000 führt die N-ERGIE das Programm fort und finanziert es. Allein im vergangenen Jahr förderte die N-ERGIE mit dem CO₂-Minderungsprogramm insgesamt 2.250 Maßnahmen, die eine Verminderung des Kohlendioxidanstieges um 5.400 Tonnen auslösten.

Energieeffizienter Haushalt

Nach Berechnungen des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (BDEW) wird ein Drittel des Stromverbrauchs in Privathaushalten in der Küche für den Betrieb von Kühl-, Gefrier- oder anderen Haushaltsgeräten verbraucht.

Wer sich vom alten Kühl- und Gefrierschrank oder von der alten Waschmaschine trennt und stattdessen Haushaltsgeräte der Energieeffizienzklasse A (Eurolabel) bzw. A+/A++ erwirbt, spart nicht nur Energiekosten und leistet einen Beitrag zur Umwelt, sondern kann auch über das CO₂-Minderungsprogramm eine Stromgutschrift in Höhe von 200 kWh erhalten.

Eine Stromgutschrift in dieser

Höhe erhält außerdem, wer sich für einen Wärmepumpentrockner entscheidet, veraltete Heizungs- umwälzpumpen austauscht oder den Elektro- gegen einen Gasherd austauscht.

Energie- und Umweltberatung

Seit Jahren bietet die N-ERGIE qualifizierte Energieberatung. In diesem Jahr baut sie ihr Energie- und Umweltberatungsangebot erheblich aus – und zwar auf die Themen Solar, Energieeffizienz bei der Erstellung von Neubauten oder der Altbauanierung. Die rund 15 Minuten dauernde Impulsberatung bleibt auch weiterhin kostenfrei; die komplexeren und zeitaufwändigeren Beratungsgespräche bezuschusst das CO₂-Minderungsprogramm mit bis zu 39 Euro.

Umweltschonende Mobilität: Erdgas- und Elektrofahrzeuge

Erdgasfahrzeuge emittieren bis zu 25 Prozent weniger CO₂ als herkömmliche Benzin- oder Dieselfahrzeuge und sind auch in punkto Feinstaubbelastung sauber. Deshalb fördert das CO₂-Minderungsprogramm auch 2010 neu zugelassene Erdgasfahrzeuge und Umrüstungen auf Erdgasbetrieb.

Private Nutzer erhalten Gutschriften für die N-ERGIE Tankstellen in Nürnberg und Oettingen im Wert von 450 Euro. Für gewerblich genutzte Erdgasfahrzeuge beträgt die Fördersumme je nach Gewichtsklasse bis zu 1.500 Euro.

Auch die Anschaffung von Elektrofahrzeugen unterstützt das Programm, da ein Elektrofahrzeug rund 60 bis 95 Prozent weniger Kohlendioxid emittiert als ein durchschnittlicher Benziner. N-ERGIE Kunden mit einem erstzugelassenen privat oder gewerblich genutzten Elektrofahrzeug können mit einer Stromgutschrift in Höhe von 2.000 kWh rechnen. Der Kauf eines Elektromotorrollers wird mit 500 kWh bezuschusst.

Gebäudedämmung senkt den Heizverbrauch

Maßnahmen zur Verbesserung der Gebäudedämmung bei Einfamilienhäusern werden aus dem CO₂-Minderungsprogramm mit bis zu 1.000 Euro bezuschusst. Mehrgeschossige Wohngebäude erhalten bis zu 8.000 Euro. Gemeinnützige Einrichtungen, die ihre Gebäude dämmen, fördert die N-ERGIE mit 2.000 Euro.

In diesem Jahr neu ist ein Sonderbonus für den zusätzlichen Einbau einer zentralen Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung in Höhe von 500 Euro.

Ungefähr ein Fünftel der energiebedingten CO₂-Emissionen wird in Deutschland von Haushalten und Kleinverbrauchern

verursacht, davon 90 Prozent für Raumheizung und Warmwasserbereitung. Wer von Öl, Kohle, Koks oder Elektrospeicherheizungen auf umweltschonende Erdgas-Brennwerttechnik umstellt, erhält aus dem CO₂-Minderungsprogramm bis zu 800 Euro

Förderung der Fernwärme

Fernwärme zählt zu den effizientesten Heizsystemen. Das CO₂-Minderungsprogramm fördert die Heizungsumstellung auf Fernwärme, gestaffelt je nach Anschlussleistung der Gebäude, mit bis zu 2.000 Euro.

Auch den Einbau einer elektri-

schen Wärmepumpe zur Raumheizung in Neubauten oder die Heizungsumstellung von Kohle, Koks oder Öl auf Wärmepumpe in bestehenden Gebäuden unterstützt das Programm. Wärmepumpen nutzen die im Grundwasser, im Boden oder in der Luft vorhandene Wärme, so dass aus einem Viertel Strom bis zu drei Viertel Wärme gewonnen wird.

Stromgutschrift

Die Kunden erhalten in Abhängigkeit von der erreichten Leistungsleistung eine Stromgutschrift in Höhe von bis zu 5.000 Kilowattstunden (kWh).

Förderung von Erzeugungsanlagen

Auch in diesem Jahr unterstützt das CO₂-Minderungsprogramm den Neubau von Wasserkraftanlagen, die Erneuerung bestehender oder die Wiederinbetriebnahme bereits stillgelegter Wasserkraftanlagen. Die Höchstfördersumme beträgt 2.500 Euro.

Solkollektoranlagen werden mit dem Programm ab einer Kollektorfläche von 5 Quadratmetern unterstützt. Kunden, die eine solche Anlage auf einem bestehenden Gebäude errichten, erhalten eine Förderung von bis zu 1.200 Euro. □

SÜDWÄRME AG:

Kreativer Energieverbund in Lauingen

Zentrale Versorgung von Gymnasium, Grundschule und Kinderheim

Ökologisch sinnvolle und ökonomisch erforderliche Erneuerungen bei der öffentlichen Hand scheitern zunehmend an der Finanzierung. Für viele öffentliche Auftraggeber ist die Investition in moderne und zukunftsweisende Anlagentechnik allein aus den Rücklagen nicht finanzierbar. Dass es zum Kauf und vor allem zum Eigenbetrieb von Heizanlagen kreative Alternativen gibt, beweist der Energieverbund in Lauingen.

Unterschleißheim/Lauingen. Von Seiten des Contractors – SÜDWÄRME Gesellschaft für Energielieferung AG aus Unterschleißheim und der JULIUS GAISER GmbH & Co. KG aus Ulm – wurde ein sehr cleveres und innovatives Finanzierungs- und Dienstleistungskonzept in Lauingen umgesetzt.

Der Landkreis Dillingen sowie die Immobilien Freistaat Bayern beziehen für ihre Liegenschaften als Wärmeabnehmer lediglich das was sie benötigen, Nutzenergie in Form von „Wärme“. Hierfür bezahlen die Wärmeabnehmer lediglich einen fixen Grundpreis sowie einen verbrauchsabhängigen Arbeitspreis.

Ganzheitliches Konzept

Die komplette Finanzierung sowie der eigenverantwortliche Betrieb der modernen Heizanlage wird zukünftig vom Contractor übernommen. Zusätzlich wurden vom Contractor noch Fördermittel über das KfW Programm zur Reduzierung der Investitionskosten eingebracht. Die Partner SÜDWÄRME/GAISER bekamen letztendlich deshalb den Zuschlag für die Projektumsetzung, weil in einem ganzheitlichen Konzept die Rahmenbedingungen vor Ort berücksichtigt wurden.

Die Vorteile der günstigen Finanzierung über den Contractor verbinden sich mit den Vorteilen des wirtschaftlichen Anlagenbetriebes über das SÜDWÄRME Kompetenzzentrum GAISER aus Ulm. Das bringt für den Landkreis Dillingen und der Immobilien Freistaat Bayern über die gesamte Vertragslaufzeit von 20 Jahren Betriebssicherheit sowie eine Effizienzgarantie und Kostensicherheit durch den Einsatz des heimisch nachwachsenden Rohstoffes Holz.

Günstige Belieferung

Sowohl die SÜDWÄRME als auch GAISER sind Mitglieder des mittelständischen Biomasse – Energie – Netzwerkes (B.E.N e.G.), das die zeitnahe und günstige Belieferung mit dem umweltfreundlichen Energieträger Holzpellets nachhaltig sicherstellt. Die Belieferung erfolgt über das B.E.N Mitglied Biomassehof Unterallgäu GmbH aus Erkheim.

Die gesamte Wärmeversorgung für das Albertus Gymnasium, Grundschule, Montessori Kinderheim und Wirtschaftsge-

bäude in Lauingen erfolgt zentral über eine moderne Holz – Pelletskesselanlage mit einer Wärmeleistung von 720 kW. Neben der Modernisierung der Wärmeerzeugungsanlage wurden auch die Wärmeverteilungseinrichtung sowie die da-

zugehörige Schalt- und Regelanlage auf den neuesten technischen Stand gebracht.

CO₂-Emissionen reduziert

Mit diesem innovativen und zukunftsweisenden Anlagenkonzept können die umweltschädlichen CO₂-Emissionen vor Ort jährlich um ca. 419 Tonnen reduziert werden. Dies entspricht einer Fahrleistung von ca. 174 Pkw mit einer durchschnittlichen Fahrleistung von 15.000 km pro Jahr. □



Dillingens Landrat Leo Schrell (rechts) bekommt das CO₂-Zertifikat überreicht. □

Startschuss für mehr Energieeffizienz

Vor wenigen Wochen fand das erste Treffen des N-ERGIE TISCH EFFIZIENZ statt. Bereits sieben mittelständische Unternehmen, die ihren Energieverbrauch und CO₂-Ausstoß minimieren wollen, haben sich im Rahmen des Projekts N-ERGIE TISCH EFFIZIENZ für eine vierjährige Zusammenarbeit mit der N-ERGIE entschieden.

Gemeinsam mit Energieexperten der N-ERGIE Aktiengesellschaft werden die OBI Baumarkt Franken GmbH & Co. KG in Nürnberg, die Dataform Gesellschaft mbH in Ammerndorf, die Fränkische Thermoglas GmbH & Co. KG in Diespeck-Stübach, die ZF Electronics GmbH in Auerbach, die Nürnberger Gummi Babyartikel GmbH & Co. KG in Georgensmünd, die Raiffeisen-Volksbank eG Gewerbebank in Ansbach und das Ziegelwerk Ignaz Schiele in Adelschlag ihre jeweiligen Energieeffizienz- und CO₂-Minderungspotentiale aufspüren und Lösungsansätze ausarbeiten.

Individuelle Einsparmöglichkeiten

Aktuell sind die Unternehmen gerade dabei, ihre Verbrauchsdaten zu erfassen. Auf Basis dieser Daten und einer Betriebsbegehung zeigt der beratende Ingenieur des N-ERGIE TISCH EFFIZIENZ den Teil-

nehmern individuelle Einsparmöglichkeiten auf. Im Anschluss an diese Initialberatungen einigen sich die Firmen dann auf ein gemeinsames Sparziel, das bis Dezember 2013 erreicht werden soll. Während dieser Zeit treffen sich die Netzwerkpartner in regelmäßigen Abständen am N-ERGIE TISCH EFFIZIENZ, um über Fortschritte zu berichten, Erfahrungen auszutauschen und sich beraten zu lassen.

Zweites Treffen im Juli

Das zweite Treffen aller Teilnehmer wird im Juli bei ZF Electronics in Auerbach stattfinden. Bis dahin haben interessierte Unternehmen noch die Möglichkeit, am N-ERGIE TISCH EFFIZIENZ teilzunehmen.

Weitere Informationen erhalten interessierte Betriebe bei Verena Stopka, Tel. 0911/802-58245 oder über n-ergie-tisch@n-ergie.de. □

Für die Umwelt



Klimaschutz geht nur gemeinsam. Wir investieren in umweltgerechte Energieerzeugung, effiziente Kraftwerkstechnik, die Nutzung erneuerbarer Energien sowie Wasser- und Gewässerschutz.

Weitere Informationen unter www.n-ergie.de oder Telefon 0180 2 11444 (6 Cent pro Anruf aus dem Festnetz, Mobilfunk höchstens 42 Cent pro Minute)

N-ERGIE
Spürbar näher.

Energieunabhängig bis 2050:

Stadt Garching will Vorreiterin beim Klimaschutz sein

Integriertes Konzept mit ehrgeizigen Zielsetzungen kurz vor dem Abschluss

Dass der Schutz des Klimas eine der zentralen Herausforderungen im 21. Jahrhundert ist, streitet mittlerweile niemand mehr ab: die Erwärmung der Erdatmosphäre auf ein erträgliches Maß zu begrenzen erfordert jedoch tatkräftiges Handeln auf allen Ebenen. Den Kommunen kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Vor Ort werden die Treibhausgas-Emissionen produziert: in den privaten Haushalten, in Industrie und Gewerbe, beim Handel und bei Dienstleistungen und im Verkehr. Die Städte und Gemeinden sind hier von allen Ebenen des Staates am nächsten dran. Beim Energieverbrauch in den eigenen Liegenschaften und den CO₂ Emissionen durch eigene Aktivitäten haben die Gemeinden eine besondere Verantwortung und müssen eine Vorbildfunktion erfüllen, um glaubwürdig zu sein und Anstöße zu geben.

In der Stadt Garching bei München ist man sich dessen voll bewusst und will sich an die Spitze im Landkreis und in der Region stellen. Bis 2050 soll eine Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern erreicht werden. Um ihre Aktivitäten im Klimaschutz zu bündeln, wirksamer zu gestalten und auf alle Bereiche der städtischen Einflussmöglichkeiten auszuweiten arbeitet die Stadt seit wenigen Monaten an einer ganzheitlichen Klimaschutzstrategie. Mit Hilfe von Fachbüros und staatlicher Förderung durch das Bundesumweltministerium wird ein Masterplan für wirksamen Klimaschutz erstellt.

Zunächst wurde der aktuelle Energieverbrauch auf dem Gebiet der Stadt ermittelt. Und der ist beträchtlich, haben doch die Institute auf dem Forschungs-Campus einen großen Energiehunger bspw. zum Betrieb und zur Kühlung von Hochleistungsrechnern oder durch For-

schungsbetrieb der Universität und der Max-Planck-Gesellschaft. Fast 75 % des Stromverbrauchs und 25 % des Wärmebedarfs der gesamten Stadt gehen auf das Konto des Forschungs- und Universitätscampus. Doch auch bei den privaten Wohngebäuden ist noch ein hoher Energieverbrauch für Heizung und Elektrogeräte vorhanden. Die Daten wurden vom Ingenieurbüro Hausladen ermittelt und in einem Energieatlas aufbereitet.

Masterplan für die Energieunabhängigkeit

Der Masterplan für wirksamen Klimaschutz soll nun nicht nur Wege aufzeigen, um Energie einzusparen und effizienter einzusetzen. Auch werden die Potenziale für Einsatz erneuerbarer Energien aufgezeigt. Bisher sind die Garchinger hier eher zurückhaltend. Nur relativ wenige Hausbesitzer nutzen die

Fördermöglichkeiten und bestücken ihre Dächer mit Anlagen um die Sonnenenergie zur Erzeugung von Wärme und Strom zu nutzen. Nur 700 qm Dachfläche wurden seit 2001 mit solarthermischen Anlagen belegt und lediglich rund 300 kWp Strom durch Photovoltaikanlagen erzeugt. Zu wenig um die Energievision der Stadt umzusetzen.

Städtische Verpflichtung

Immerhin hat sich die Stadt verpflichtet, den Energieverbrauch um 60 % bis zum Jahr 2050 zu reduzieren. Die verbleibenden 40 % Energiebedarf sollen dann vollständig durch rege-

Energiekonzerne:

Brandbrief an Bundesregierung

Kommunale Unternehmen verlangen vor erneutem Atomgipfel ein Energiekonzept

Die vier großen Energiekonzerne Eon, RWE, Vattenfall und EnBW dringen in einem Brandbrief an Kanzleramtsminister Ronald Pofalla (CDU) auf eine zügige Wiederaufnahme der Monitoring-Gespräche zwischen Energiewirtschaft und Bundesregierung. Das berichtete die „Rheinische Post“ unter Berufung auf Regierungskreise. In dem Schreiben mahnen die Konzerne ein weiteres Gespräch über die Reststrommengen der Atomkraftwerke und die Pläne für ein Energiekonzept an, heißt es.

Pofalla ist Chef der Monitoring-Gruppe, die noch von der rot-grünen Bundesregierung als Gesprächsforum zwischen Energiewirtschaft und Bundesregierung eingesetzt wurde. Ein erstes Treffen hatte es Ende Januar gegeben. Dabei hatten sich die Teilnehmer auf ein Folgetreffen verständigt, das aber vom Kanzleramt verschoben worden sei.

Gegen Vorfestlegungen

Angeht die aktuellen Medienberichterstattung zu Forderungen nach einem neuen „Atomgipfel“ warnen die Stadtwerke in Deutschland davor, dass es jetzt schon zu Vorfestlegungen in der Energiepolitik der nächsten Jahrzehnte kommt, ohne dass auch nur angefangen wurde, über die Details eines Energiekonzeptes der Bundesregierung mit allen wichtigen Akteuren zu sprechen. „Es kann nicht sein, dass die großen Energiekonzerne jetzt schon wieder zu einem Spitzengespräch im Kanzleramt geladen werden wollen. Jede Vorfestlegung hätte sofort Auswirkungen auf ein mögliches Gesamtkonzept“, so VKU-Hauptgeschäftsführer Hans-Joachim Reck. „Es sollte nun erst einmal die Abstimmung in den Ressorts der Bundesregierung abgewartet werden, um dann alle relevanten Akteure frühzeitig in die Debatte mit einzubeziehen“, fuhr Reck fort.

Breiter Konsens nötig

Die Konsistenz des im Koalitionsvertrag angekündigten Energiekonzeptes hänge entscheidend davon ab, dass alle Erzeugungsoptionen vorurteilsfrei auf ihren sinnvollen Beitrag zu einer zukunftsfähigen Energieversorgung geprüft würden. Insofern begrüßt es der VKU, wenn der Bundesumweltminister in seiner Positionierung ausgewogen argumentiert und die Notwendigkeit eines breiten Konsenses für ein tragfähiges Energiekonzept sieht. Eine nachhaltige, innovations-

nerative Energien abgedeckt werden. Die Experten von Green City Energy, einem alternativen Energiedienstleister aus München, die zum Team der Fachberater zählen, haben ausgerechnet, dass immerhin ein Viertel des Stromverbrauchs und 7 % des Wärmebedarfs durch Sonnenenergie gedeckt werden könnten, wenn die geeigneten Dächer genutzt würden.

Masterplan

Um nun den Dreisprung des Klimaschutzes zu schaffen - wirksames Energiesparen, Steigerung der Energieeffizienz und Nutzung erneuerbarer Energien - wurden über 60 Experten aus der Stadt zusammengerufen, um einen Masterplan für Garching zu erarbeiten. In zwei Klimaschutzkonferenzen wurden in acht Arbeitsgruppen Ziele und Strategien diskutiert und konkrete Maßnahmen entwickelt. Für zielgerichtetes und effizientes Arbeiten bei den Konferenzen sorgte die Moderation und Begleitung durch das Team von

Power für Bayerns Kommunen:

GZ lädt zum Energie-Forum

Mehr Wissen setzt Energie frei. Bereits zum 3. Mal lädt die Bayerische Gemeindezeitung zum großen Info-Tag für Kommunen am 24. Juni 2010. Im Garchinger Bürgerhaus treffen die Profis der Kommunalpolitik auf die Profis der Energie-Branche. Bitte merken Sie den Termin schon heute vor. □

Prof. Dr. Miosga, der mit seinem Fachbüro für Kommunalberatung im Auftrag von Identität & Image die Arbeiten am Masterplan koordiniert und für eine Beteiligung der Bürger sorgt. Das Konzept steht jetzt kurz vor dem Abschluss und soll noch vor der Sommerpause vom Stadtrat verabschiedet werden.

Solarpark als Sofortmaßnahme

Erste Erfolge sind schon sichtbar. Als Sofortmaßnahme wurde ein Solarpark in Garching auf den Weg gebracht. Die Idee ist einfach und nutzt nicht nur dem Klimaschutz. Unter Mithilfe der Stadt Garching werden gemeinsam mit Green City Energy geeignete Dachflächen gesucht. Die Stadt stellt Dächer von städtischen Liegenschaften bereit und private Hausbesitzer werden angesprochen, ihre Dächer zur Verfügung zu stellen. Die Bürgerinnen und Bürger können sich finanziell beteiligen und von den Einnahmen profitieren. Dadurch bleibt die Wertschöpfung in der Stadt.

Neben der Nutzung der Sonnenenergie ist Garching dabei, die Erdwärme zu erschließen. Mit der „Energiegewende Garching GmbH & Co KG“ hat die Stadt in Kooperation mit der EON und die Altholzentsorgungsfirma AR-Recycling GmbH ein Unternehmen zur Nutzung der Geothermie ins Leben gerufen. Aus 2200 m Tiefe soll 70 Grad warmes Wasser gefördert und zur Wärmenutzung eingesetzt werden. Der Wärmebedarf der Stadt Garching könnte damit weitgehend gedeckt werden. Ein wichtiger Baustein bei der Verwirklichung der Energievision. Fehlt nur noch die Bereitschaft der Garchinger, sich an die Wärmenetze anzuschließen. Durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit soll der Boden bereitet und die Akzeptanz eines Anschlusses gesteigert werden.

Doch auch in anderen Handlungsfeldern wird nun gezielt angepackt. Beispiel Verkehr: das Angebot im Öffentlichen Personennahverkehr ist heute schon gut und soll noch nachfrageorientiert ergänzt werden.

Über Bewusstseinsbildung, gezieltes Marketing und den Aufbau einer Mobilitätsberatung für Privatpersonen und Betriebe soll nun die Bereitschaft gesteigert werden auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen.

Überhaupt: klimaschonendes Verhalten soll in Zukunft „sexy“ werden. Wer in den privaten Haushalten Strom sparen will oder sein Eigenheim energetisch sanieren will, kann sich zukünftig auf eine verstärkte Beratung freuen. Ein Netzwerk unabhängiger Sanierungs- und Energiesparberater soll vor Ort in den Wohnquartieren tätig werden. Zudem sollen zusätzliche Anreize durch die Kommune geschaffen werden, sich klimafreundlich zu verhalten. Auch in den Schulen und Bildungseinrichtungen wird der Klimaschutz zum Thema gemacht. Handel, Gewerbetreibende und Industriebetriebe sollen ebenfalls eingebunden und an der Klimaschutzstrategie beteiligt werden.

Sanierungskonzept

Auch die Stadt selbst wird gefordert sein. Im Rahmen eines Sanierungskonzeptes sollen schrittweise die eigenen Liegenschaften energetisch fit gemacht und ein Mehrjahresinvestitionsprogramm aufgelegt werden. In der Bauleitplanung wird das Thema klimafreundliches Bauen aufgegriffen. In einem ersten Schritt wurden in Aufstellung befindliche Bebauungspläne von Prof. Miosgas Fachbüro auf Klimafreundlichkeit hin überprüft. Eine Checkliste für Klima schonendes Bauen wird entwickelt und hohe Standards angestrebt. In Zukunft soll es zudem keine Beschlussvorlage aus der Verwaltung mehr geben, die nicht auf ihre Klimawirkungen überprüft wurde.

Die Stadt Garching hat damit den Klimaschutz zur Querschnittsaufgabe gemacht und zur Chefsache erklärt. Ohne aktive Mitwirkung der Bevölkerung wird es jedoch nicht gehen können. Daher sollen neben dem Solarpark weitere „Leuchtturmprojekte“ zur Nachahmung anregen. So könnte schon bald eine neu gebaute Schule durch ihre energieoptimierte Bauweise von sich reden machen. □

150.000 Euro für Zivilcourage

Spende von bayerischen Kommunen und der ESB an die Dominik Brunner Stiftung

Die kommunalen Mitglieder der „Informationskreise Erdgas“ und die Erdgas Südbayern GmbH (ESB) spenden der Dominik Brunner Stiftung zur Umsetzung ihrer Ziele 150.000 Euro. Die offizielle Spendenübergabe fand im Casino auf dem Trainingsgelände des FC Bayern München in der Saebener Straße statt. Uli Hoeneß, Präsident des FC Bayern München und Kuratoriumsvorsitzender der Dominik Brunner Stiftung, begrüßte dazu die Vertreter der Informationskreise, der ESB und der Dominik Brunner Stiftung.

Der Großteil des Spendenaufkommens kommt von den 13 Informationskreisen Erdgas, in denen über 250 Kommunen in Ober- und Niederbayern Mitglied sind. Die ESB hat den Betrag noch einmal aufgestockt. „Das Schicksal von Dominik Brunner, den wir aus langjähriger Zusammenarbeit persönlich kannten, hat uns alle sehr schockiert“, erklärte Werner Bähre, Geschäftsführer der ESB. Sein tragischer Tod habe gezeigt, dass jeder Bürger unschuldig Opfer von sinnloser Gewalt werden könne.

„Wir möchten ein Zeichen für die Zivilcourage setzen“, so Bähre. Daher habe man sich entschlossen, in den Informationskreisen für eine Spende an die Dominik Brunner Stiftung zu werben und die Summe selbst aufzurunden. Wir möchten die wichtige und sinnvolle Arbeit der Stiftung damit tatkräftig unterstützen und unseren Teil dazu beitragen, dass so etwas nie wieder geschieht“, bemerkte Bähre.

Breite Unterstützung durch die Kommunen

Die 13 Informationskreise sind jährliche Treffen von Erdgas Südbayern mit mehr als 250 Bürgermeistern und Landräten aus Ober- und Niederbayern. Neben dem Austausch über Energiethemen geht es auch um die

Förderung von Umweltschutzprojekten in der Region. Dazu verfügt jeder Informationskreis über einen Umweltfonds mit einem jährlichen Volumen von 10.000 Euro. Nach dem tragischen Tod von Dominik Brunner hatten sich die Informationskreise auf Vorschlag der ESB spontan dazu entschlossen, die Gelder in diesem Jahr an die neu gegründete Stiftung zu spenden. „Da Zivilcourage ein zentraler gesellschaftlicher Wert ist, sehen auch wir uns als Kommune in der Pflicht, die Dominik Brunner Stiftung auf diese Weise zu unterstützen“, betonte Heinrich Trapp, Landrat aus Dingolfing.

Öffentlichkeit sensibilisieren

„Wir bedanken uns ganz herzlich bei den Kommunen und der ESB für diese sehr großzügige Spende“, so Uli Hoeneß, Vorsitzender des Kuratoriums der Dominik Brunner Stiftung. Sie werde der Stiftung dabei helfen, ihre drei wesentlichen Ziele weiter zu forcieren: die Öffentlichkeit für Zivilcourage zu sensibilisieren, Gewaltprävention zu betreiben sowie Menschen und deren Angehörigen zu helfen, die wegen ihres selbstlosen Handelns gesundheitlich oder finanziell in Not geraten sind. Weitere Informationen: www.dominik-brunner-stiftung.de □

Bezirk Mittelfranken:

Neues Energiekonzept

Der Bezirk Mittelfranken hat ein neues Energiekonzept vorgelegt. Darin ist vorgesehen, den Ausstoß von CO₂ durch aktive und passive Maßnahmen zu reduzieren sowie regenerative Energien zu nutzen. Der Bezirksausschuss hat das Konzept jetzt einstimmig dem Bezirkstag zur Beschlussfassung empfohlen.

Mit dem vorliegenden Entwurf formulieren die Bezirke, wie sie ihren Beitrag zum Umweltschutz leisten werden. Betrachtet werden die Liegenschaften bei der Herstellung und im Bauunterhalt, der Betrieb über die Lebensdauer und die Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen.

Das Energiekonzept beschreibt das Vorgehen von der Planung über die Entscheidungsfindung, den Bau und Betrieb der energetisch wichtigen Anlagen der Bezirkseinrichtungen. Außerdem legt es Wertungskriterien für die Ausschreibung von Dienstleistungen fest und zeigt die bisherigen Maßnahmen auf. Dazu gehört unter anderem das Blockheizkraftwerk beim Neubau der Maschinenbauschule Ansbach.

Die thermische Energie des zu 100 Prozent mit Rapsöl betriebenen Kraftwerks wird die Schule komplett mit Wärme versorgen und der erzeugte Strom wird in das allgemeine Netz eingespeist; so entsteht ein hoher Wirkungsgrad. Vor kurzem erst startete ein erfolgreicher Probetrieb. Zudem wird derzeit untersucht, auf welchen Flächen, insbesondere Dachflächen, die Errichtung von Photovoltaikanlagen möglich, sinnvoll und auch wirtschaftlich ist. DK

erdgas schwaben GmbH:

Erdgas ist der beste Brennstoff

GZ-Gespräch mit kaufmännischem Geschäftsführer Klaus-Peter Dietmayer

„Bis zum Jahr 2020 werden wir in Bayerisch-Schwaben mit Bio-Energie und effizienter Anwendungstechnik bis zu 30 Prozent des heutigen Erdgas-Verbrauchs einsparen.“ „erdgas schwaben“-Geschäftsführer Klaus-Peter Dietmayer betonte im Gespräch mit GZ-Chefredakteurin Anne-Marie von Hassel, dass sein Unternehmen auf Bio-Erdgas, Bio-Wärme und Bio-Strom aus der Region setze und damit ein sichtbares Signal für den Klimaschutz abgebe. Schon heute würden jährlich rund zehn Millionen Euro in erneuerbare Energien investiert.

2009 kaufte das kommunale Bieterkonsortium KOM9/Integra, bestehend aus 50 Stadtwerken und regionalen Versorgern wie erdgas schwaben, die Energiegruppe Thüga. Der Kauf des Energieversorgers wird als Chance auf mehr Wettbewerb zugunsten der Verbraucher gesehen. „Auf dem Energiemarkt erlaubt nur globale Größe die Möglichkeit, lokal frei zu handeln. Ein starker Partner ist in der heutigen Zeit extrem wichtig. Die Thüga Energie-

men beteiligt, die sich mehrheitlich in kommunaler Hand befinden und durch die Thüga zu einem Netzwerk zusammengeschlossen werden. Sie versorgt rund 3,5 Millionen Kunden mit Erdgas und 2,9 Millionen mit Strom.

Stärkung des Standortes

In der Beteiligung an der Thüga sieht Klaus-Peter Dietmayer eine klare Stärkung des Wirt-

Mehr Wettbewerb

Die neuen Thüga-Eigner sorgen für mehr Wettbewerb im Sinne der Erdgas- und Stromverbraucher. „Über den Thüga-Verband wird die Wettbewerbsfähigkeit mittelständischer Energieversorger gegenüber den Großkonzernen steigen“, ist Dietmayer überzeugt. Verbraucher würden vor allem dadurch profitieren, dass die Thüga ihre Eigentümer bei der gemeinsamen Energiebeschaffung, beim Vertrieb und bei der Entwicklung neuer Produkte und technischer Projekte unterstützt. „Der wichtigste Aspekt ist die nachhaltige Energieerzeugung aus regenerativen Quellen und mit dezentralen, regionalen Lösungen“, erklärt der erdgas schwaben-Geschäftsführer.

Re-Regionalisierung

Der Kauf gilt in Wirtschaftskreisen als ein Indiz für den Trend zur Re-Regionalisierung des Energiemarktes. Das sieht auch Klaus-Peter Dietmayer so: „Die Menschen in Schwaben erwarten von uns innovative Antworten auf die Fragen nach der Energieversorgung der Zukunft. Durch Beteiligung an der Thüga haben wir einen konsequenten Schritt auf unserem Weg vollzogen: Regionalisierung der Energieversorgung.“

Extrem risikoreicher Markt

Kleine Versorger, die keine Partner haben, so Dietmayer, erwarten ein sehr unberechenbarer Markt“, denn der Einkauf sei „extrem risikoreich“ geworden. „Im Sommer 2009 pasierte etwas, was es in 30 Jahren noch nicht gab. Der Gaspreis hat sich erstmals am Markt vom Ölpreis abgekoppelt. Der Gaspreis ging massiv runter, ein absolut neues Phänomen.“ Den Grund sieht Dietmayer darin, dass die mehrheitlich vom Gas abhängige Industrie im letzten Jahr geringere Gasmengen abgenommen hat.

Nach drei Preissenkungsrunden sei auch in Zukunft keine Preiserhöhung in Sicht. „Die po-

Bayerngas Norge:

Zuschlag für sechs Explorationslizenzen

Erfolgreich bei jährlicher Vergaberunde des norwegischen Ministeriums für Öl und Energie

Bayerngas Norge AS, Oslo, erhält aus der aktuellen APA-Lizenzrunde den Zuschlag für Anteile an sechs Explorationslizenzen auf dem norwegischen Kontinentalschelf. Das ist für das erst 2006 von Bayerngas GmbH gegründete Unternehmen eine Auszeichnung.

„Bayerngas Norge ist seit ihrer Gründung mit hoher Geschwindigkeit gewachsen. Lizenzkauf und Kompetenzaufbau waren stets im Gleichklang. Der sichtbare Erfolg bei der staatlichen Vergaberunde ist ein weiterer Meilenstein in der Entwicklung des norwegischen Unternehmens“, sagt Marc Hall, Geschäftsführer von Bayerngas.

Ergänzung des Portfolios

Die sechs neuen Anteile ergänzen ein Portfolio aus 38 Lizenzen in drei Ländern: Norwegen, Dänemark und Großbritannien. In Norwegen ist Bayerngas Norge an einem produzierenden Feld und drei Feldentwicklungen beteiligt. Die großen Gasproduktionen aus den norwegischen Feldern Vega South und Trym in der Nordsee sollen bereits im vierten Quartal

sitive Nachricht für die Kunden ist, dass der Preis auf niedrigem Niveau ist und bleibt.“

„Grünes“ Bio-Erdgas

Bereits seit 1952 versorgt das Unternehmen Schwaben und Teile Oberbayerns mit der umweltschonenden Energie Erdgas, seit 2008 auch mit CO₂-neutraler Bio-Energie. Dietmayer hebt die Vorteile des grünen Bio-Erdgases hervor. Es ist nicht nur regenerativ und CO₂-neutral, sondern wird zudem auch in der Region produziert und stärkt damit massiv den Wirtschaftsstandort Schwaben. erdgas schwaben verfügt als einziger deutscher Energieversorger über drei laufende Bio-Erdgas-Anlagen (Graben bei Augsburg, Mailhingen bei Nördlingen und Altenstadt/Schongau), die CO₂-neutrales Gas produzieren. Zusammen mit Bio-Energieprojekten in Mindelheim, Dillingen und Kaufbeuren können somit 15.000 Haushalte mit umweltschonender Energie versorgt werden.

Mit jeder neuen Bio-Energieanlage lassen sich ca. 10.000 Tonnen CO₂ einsparen. „Unser Ziel ist es, bis 2020 20 Prozent des fossilen Erdgaseinsatzes in Schwaben einzusparen. Durch Bio-Erdgas, effizienteste Erdgasanwendungstechnik und Energieparmaßnahmen.“ In Cham wird im April der Spatenstich für die 4. Bio-Erdgasanlage gefeiert.

Deutschlands erste Bio-Erdgas-Aufbereitungsanlage für Speiseabfälle

Seit Herbst 2009 produziert erdgas schwaben in der Altenstädter Aufbereitungsanlage zusammen mit dem Unternehmer Johann Emter Biogas. Emter's Firma „Öko-Power GmbH & Co. Biogas KG“ wandelt in großem Stil gewerbliche Abfälle und Speisereste in Bio-Erdgas um. „In Altenstadt werden zu 100 Prozent Speiseabfälle eingesetzt, die noch energetisch sind!“, erklärt der erdgas schwaben-Geschäftsführer.

Das auf Erdgasqualität veredelte Biogas wird vom Energieversorger in sein bestehendes Netz eingespeist. „Dieses Erdgas ist genauso hochwertig wie das, was wir anderswo zu kaufen, und ein interessierter Kunde kann es überall in der Republik aus unserem Netz beziehen.“

Recht und Pflicht

Die Vergabe der APA-Lizenzen erfolgt durch das norwegische Ministerium für Öl und Energie. In den jährlich stattfindenden Vergaberunden werden vom norwegischen Staat Lizenzen in vordefinierten Gebieten (APA: Awards in Predefined Areas) vergeben. Die Unternehmen haben damit das Recht und die Pflicht, den definierten Sektor auf Gas- bzw. Ölfunde hin zu untersuchen.

Robuste und wirtschaftliche Technik

Die Anlage hat eine jährliche Einspeisungskapazität von rund 66 Millionen Kilowattstunden und spart rund 20.000 Tonnen CO₂ ein. „In der Anlage werden pro Stunde 1000 Kubikmeter Bioerdgas zu 700 Kubikmetern Bio-Erdgas veredelt. Genug, um rund 3.500 Haushalte zu versorgen.“ Dazu wird die Technik der Druckwasserwärme verwendet: „Diese Technik hat sich als robust und sehr wirtschaftlich erwiesen“. Bis zur Zusammenarbeit mit erdgas schwaben diente das produzierte Rohgas ausschließlich der Verstromung, jetzt wird die Wärme auch in einem Blockheizkraftwerk genutzt. erdgas schwaben investiert jährlich über zehn Millionen Euro in Bio-Energieprojekte, in Altenstadt waren es fast vier Millionen.

Kostensenker Blockheizkraftwerk

Besonders stolz ist Dietmayer auf ein Bio-Hotel im Allgäu: Es verfügt über ein mit Bio-Erdgas betriebenes Blockheizkraftwerk für die Heizung und den hausinternen Strombedarf. Die jährlichen Energiekosten lassen sich so durch die Kombination von Bio-Erdgas und Kraft-Wärme-Kopplung mittels Blockheizkraftwerk um fast 50 Prozent senken.

Gerade beim Blockheizkraftwerk, das so wirtschaftlich arbeitet wie keine andere Erdgastechnik, könne sich der Einbau schon ab der Größenordnung eines Zwei- bis Dreifamilienhauses lohnen, betont Dietmayer. Ein erdgasbetriebener VW Touran, der auch für die Gäste zur Verfügung steht, wird an der hoteleigenen Bio-Erdgastankstelle aufgetankt. Das Bio-Erdgas wird aus den Speiseresten der Hotelküche

Geothermie:

Ehrgeizige Pullacher

Pullach - Hoch sind die Erwartungen der Isartalgemeinde in punkto Geothermie. Ende des Jahres soll mit einer dritten Bohrung im Süden von Pullach und im Herbst 2011 dann mit der Umsetzung der Ausbauphase II begonnen werden. Der Gemeinderat hat dazu jetzt einstimmig grünes Licht gegeben und die für den Kauf des Bohrplatzes und die Bohrung erforderlichen Mittel bewilligt. Bürgermeister Jürgen Westenthanner: „Ein zukunftsweisender Beschluss!“

Gute Voraussetzungen für eine erfolgreiche größere Bohrung sah der Geologe Achim Schubert von der Münchner Firma Erdwerk in seinen seismologischen Untersuchungen. Rund um einen im Pullacher Süden ins Auge gefassten Bohrplatz gebe es in der Tiefe einen alten Riffkörper aus poröser Kalksteinschicht, den so genannten Malm. Dieser sei zudem mit einem Bruch durchzogen.

Kaufverhandlungen

Also gut geeignet für eine Reinjektion des im Norden geförderten und nach der Fernwärmenutzung abgekühlten Thermalwassers. Der dortige Verpressungs-Stollen könnte dann mit dem Förderstollen die derzeitige Schüttungsmenge von 32 Liter pro Sekunde erhöhen. Ralph Baasch vom Umweltamt hat auch schon einen konkreten Bohrplatz westlich der B 11 im Forstenrieder Park im Auge. Über den Kauf verhandelt die Gemeinde bereits.

Ralph Kaelcke, Geschäftsführer der Geothermiegesellschaft IEP, rechnet bei der Ausbauphase II ohne Fernwärmenetz in diesem Jahr mit Investitionen von knapp zehn Millionen Euro. Dazu schiebt die Kommune nun 5,5 Millionen Euro für die Eigenkapitalrücklage zu und gewährt eine Bürgschaft in gleicher Höhe. Im nächsten Jahr kommen noch mal fünf Millionen Euro an Investitionen auf die IEP zu.

über die Anlage in Altenstadt gewonnen. Ein fabelhafter Kreislauf.

Insgesamt zehn Heimgaststellen im Versorgungsgebiet von erdgas schwaben werden aktuell in einem Pilotprojekt auf ihre praktische Anwendung getestet. Die letzte Tankstelle geht bis Ende Februar in Betrieb, im August soll der Feldversuch abgeschlossen sein. Heimgaststellen sind mit jeweils 3.500 Euro in der Anschaffung noch relativ teuer, der Preis soll aber langfristig unter 2.500 Euro fallen.

Umweltfreundliche Erdgasautos - heute schon

Dietmayer sieht sowohl im Elektroauto als auch im Erdgasauto Fahrzeuge der Zukunft. Elektroautos würden über einen hohen Nutzwert in Ballungsräumen verfügen, ihre kurze Reichweite sei jedoch im Langstreckenverkehr problematisch. „Erdgasautos dagegen kommen in der aktuellen Diskussion zu kurz. Ihre ausgereifte Technologie wird von der Politik zu selten erwähnt. Erdgas gibt es in so vielen Anwendungen, wir brauchen kein neues Konzept wie beim Strom. Wir haben die Erdgasfahrzeuge und das Tankstellennetz, sie sind viel umweltfreundlicher als heutige Fahrzeuge.“

Spitzenposition

Erdgas sei der beste Kraftstoff, über den wir heute schon verfügen, da er feinstaubfrei und bestens kombinierbar mit alternativen Energien ist, gibt sich Dietmayer überzeugt. Der erdgasbetriebene VW Passat steht mit einer 5-Sterne Auszeichnung des ADAC an der Spitze der umweltfreundlichsten Fahrzeuge. „Auf diese Erfolge können wir bauen.“ **dsp**



Der kaufmännische Geschäftsführer von erdgas schwaben Klaus-Peter Dietmayer im Gespräch mit GZ-Chefredakteurin Anne-Marie von Hassel.

gruppe steht damit auf Augenhöhe mit den vier Großen im Energiemarkt – E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW“, freut sich Dietmayer über die Beteiligung an der Energiegruppe.

Wertschöpfung durch Investitionen in der Region

Die Thüga AG ist an etwa 90 regionalen Versorgungsunterneh-

Mit hocheffizienten Heizungspumpen:

Geld und Energie sparen

Für die meisten Hausbesitzer bleibt es tief im Dunkel des Heizungskellers verborgen – und ist dennoch oft der größte elektrische Verbraucher im Haus. Die Rede ist von der Heizungsumwälzpumpe. Linda Madir von der ESB erklärt, warum sich der Austausch alter Pumpen gegen ein energieeffizienteres Modell lohnt und welche Fördermittel zu Verfügung stehen.

Alte und ungeregelte Heizungspumpen verbrauchen viel Strom, da sie Tag und Nacht auf hoher Drehzahl laufen, um heißes Wasser vom Heizkessel zu den Heizkörpern zu transportieren. Dementsprechend groß ist das Einsparpotenzial neuerer Heizungspumpen: Ein energieeffizientes, geregeltes Modell kann im Idealfall eine Stromersparnis von 80 Prozent erzielen.

Empfehlung

Neue Modelle stellen sich automatisch auf die Heizungsanlage ein und erkennen selbstständig, wann eine Anpassung der Einstellung erforderlich ist. Dadurch verwenden sie immer nur so viel Antriebsleistung, wie tatsächlich benötigt wird. Linda Madir vom Energieversorger Erdgas Südbayern empfiehlt deshalb, mit der Investition in eine neue Pumpe nicht bis zum Ausfall des Altgeräts zu warten. Bei einem routinemäßigen Heizungs-Check durch ein Heizungsunternehmen sollte die Heizungspumpe am Besten mit einbezogen werden. Der Fachmann erkennt auf den ersten Blick, um welche Pumpenbauart es sich handelt und ob ein Austausch sinnvoll ist.

Austauschen und sparen: Der Monteur ersetzt eine ungeregelte Heizungspumpe durch eine

schaftsstandortes Schwaben: „Wir haben die wirtschaftlichen Chancen für Schwaben gesehen und gekauft. Ziel ist es, die größtmögliche Selbstständigkeit von erdgas schwaben zu sichern, so dass Entscheidungen in Schwaben getroffen werden. Damit bleiben vor allem Arbeitsplätze und damit das Geld in der Region.“

Pumpe der Energieeffizienzklasse A. Mit der neuen Heizungspumpe lassen sich bis zu 80 Prozent Strom einsparen.

Kurze Amortisationszeit

Hocheffiziente Heizungspumpen erkennt man am Energielabel A. Energiesparende Pumpen mit solch einem Label haben meist höhere Anschaffungskosten, davon sollte man sich nicht abschrecken lassen, diese amortisieren sich bereits nach zwei bis vier Jahren.

Staatliche Prämie

Zudem wird der Einbau von hocheffizienten Pumpen vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) gefördert. Wer eine ungeregelte Heizungspumpe durch eine Pumpe der Energieeffizienzklasse A ersetzt, erhält dafür seit 1. April 2009 eine staatliche Prämie. Die Investition in eine neue Pumpe wird im Rahmen des Programms „Effizient Sanieren“ mit 25 Prozent der Kosten bezuschusst, mindestens aber mit 100 Euro. Den Zuschuss können alle Eigentümer von selbst genutzten und vermieteten Wohngebäuden beantragen.

Mehr Informationen hierzu gibt es unter www.bafa.de.

VDV-Jahrespressekonferenz:

Licht und Schatten

Verkehrspolitische 100-Tage-Bilanz der neuen Bundesregierung

Gemischt fällt die vorläufige Bilanz der Arbeit der neuen Bundesregierung nach 100 Tagen im Amt aus, die der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) im Rahmen seiner Jahrespressekonferenz in Köln zog. Wie VDV-Präsident Jürgen Fenske erläuterte, sei es positiv zu verbuchen, dass eine Reihe von wichtigen Aussagen im Koalitionsvertrag wie die Zukunft der Regionalisierungsmittel, die Anschlussregelung zum GVFG, das Bekenntnis zur Finanzierungsverantwortung für die Infrastruktur der nicht-bundeseigenen Eisenbahnen oder der Erhalt des reduzierten Mehrwertsteuersatzes in den Bereichen der Daseinsvorsorge festgehalten sind. Jedoch „macht uns die Verteilung der Gelder auf die Verkehrsträger große Sorgen“.

„Verkehrsträgerbezogene Finanzierungskreisläufe“ sollen laut Koalitionsvertrag gestärkt werden; dies würde, so Fenske, die Finanzierung des Öffentlichen Verkehrs schwächen – sowohl bei der Infrastrukturfinanzierung als auch beim Betrieb. Dabei seien die Herausforderungen enorm.

Falsche Anreize

„Die Rechnung ‚Straße finanziert Straße‘, nach der die LKW-Maut-Einnahmen ausschließlich dem Straßenbau zugute kommen soll, wird nicht aufgehen. Und sie würde verkehrs- und klimapolitisch falsche Anreize setzen“, meinte Fenske. Während die Straße die Einnahmen aus der LKW-Maut vollständig erhalten sollte, würden die Schieneninvestitionen dann den Schwankungen des Bundeshaushalts unterworfen.

„Angesichts von Schuldenbremse und Sparvorgaben ist ein Ausgleich dieser Mittel aus dem Bundeshaushalt kaum vorstellbar“, kritisierte der VDV-Präsident. Am Ende hieß es: Weniger Geld für Straßen entlastende Schieneninvestitionen und Vergrößerung des Nachholbedarfs. Mit Blick auf die Lkw-Maut würden der Schiene 1,3 Milliarden Euro im Jahr fehlen.

Gute Gründe für Investitionen

Laut Fenske gibt es gute Gründe, in den Öffentlichen Verkehr zu investieren: 28 Millionen Fahrgäste nutzen jeden Tag Busse und Bahnen. Dadurch bleibt Deutschland mobil, denn sonst gäbe es über 18 Millionen Autofahrer mehr. Dazu kommt der Schienengüterverkehr: 77.000 voll beladene Lkw wären ohne den Schienengüterverkehr jeden Tag mehr auf deutschen Straßen unterwegs. Darüber hinaus sind Busse und Bahnen Problemlöser beim Umwelt- und Klimaschutz. Ihre Daten in diesem Bereich – ganz

gleich ob CO₂, Kohlenmonoxid oder Russpartikel – sind im Vergleich mit PKW, Flugzeug und LKW drei bis vier Mal besser, wie Fenske erläuterte. Durch den öffentlichen Verkehr könnten jedes Jahr 15 Millionen Tonnen Kohlendioxid eingespart werden. Im Vergleich: „Das ist der gesamte Jahresverbrauch der Stadt Hamburg.“

Hoher Nutzen

Eine wissenschaftliche Untersuchung im Auftrag von 13 Bundesländern, Deutschem Städtetag und VDV hat Fenske zufolge gezeigt, dass über 500.000 Arbeitsplätze direkt und indirekt von ÖPNV und Schienengüterverkehr abhängen. Drei Arbeitsplätze bei einem der VDV-Mitgliedsunternehmen, bei Zulieferern und Industrie induzierten durch den Konsum noch einmal zwei weitere. Zudem sei die Branche wirtschaftlich ein wichtiger Faktor: Rund 12 Milliarden Euro werden allein von den ÖPNV-Unternehmen jedes Jahr für Investitionen und Vorleistungen ausgegeben. 90 Prozent davon fließen in die deutsche Wirtschaft. Insbesondere der regionale Mittelstand profitiere maßgeblich von Bussen und Bahnen. Jeder in den Betrieb des ÖPNV investierte Euro bringe einen gesamtwirtschaftlichen Nutzen von bis zu vier Euro.

Erstklassige Infrastruktur

Der VDV wies darauf hin, dass der Substanzerhalt bei den Investitionen in die ÖPNV-Infrastruktur ein wichtiges Thema ist. „Mit dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und seinen Vorläuferinstrumenten wurde eine erstklassige Infrastruktur geschaffen“, so Fenske, „diese droht jetzt zu verrotten, weil kein Instrument da ist, den Erhalt zu finanzieren.“ Aus diesem Grund forderte der VDV eine gemeinsame Task Force von Bund, Ländern, kommunalen

Spitzenverbänden und VDV, um einen Vorschlag für die Zukunft des GVFG und die Finanzierung der ÖPNV-Infrastruktur zu erarbeiten. Themen dieser Task Force sollten dann auch sein: Abbau des Rückbaus bei Erneuerungsinvestitionen in Höhe der bisher aufgelaufenen 2,35 Milliarden Euro sowie das Schließen der Finanzierungslücke für laufende Erneuerungsinvestitionen.

Ländliche Räume

VDV-Hauptgeschäftsführerin Dr.-Ing. Claudia Langowsky unterstrich, dass das Thema Sicherung des ÖPNV-Betriebs inklusive SPNV dem Verband sehr am Herzen liegt. Es sei eng verbunden mit der Sicherung von Mobilität in ländlichen Räumen. Der VDV begrüße die Ankündigung der Koalitionsparteien zur Erfüllung der Finanzierungsverpflichtungen aus dem Regionalisierungsgesetz. Mit diesen Mitteln werde der Betrieb des ÖPNV – vor allem im Schienenpersonennahverkehr – finanziert. „Das ist ein wichtiger Faktor, um ländliche Räume verkehrlich zu erschließen und anzubinden“, so Langowsky.

Dynamisierung anheben

Einer VDV-Studie zufolge muss hier in den kommenden 15 Jahren mehr Leistung erbracht werden. Aus diesem Grund sollte die Dynamisierung

Verkehrsminister Zeil zum Nordtunnel:

„Keine vernünftige Alternative für den Bahnknoten München“

Die Ergebnisse der ergänzenden Untersuchung des ‚Nordtunnels light‘ bestätigen: Die Flughafenanbindung über den Ostkorridor in Verbindung mit dem 2. S-Bahn-Stammstreckentunnel ist und bleibt das beste Konzept für den Bahnknoten München.

Bayerns Verkehrsminister Martin Zeil: „Auch wenn die ergänzende Untersuchung noch im Detail ausgewertet werden muss, steht bereits fest: Es gibt keine vernünftige Alternative zum Gesamtkonzept aus 2. S-Bahn-Stammstreckentunnel, Flughafenanbindung über den Ostkorridor, Erdinger Ringchluss sowie Ausbau und Elektrifizierung der Strecke München – Mühldorf. Nur mit diesem Konzept machen wir den Bahnknoten München fit für die Zukunft, erreichen eine schnelle Flughafenanbindung aus allen Landesteilen und können die wichtigen Ausbauschritte bis zu den angestrebten Olympischen Winterspielen 2018 realisieren.“

Weniger Reisezeit

Die Flughafenanbindung über den Ostkorridor in Verbindung mit dem 2. S-Bahn-Stammstreckentunnel erreichte von allen untersuchten Varianten mit 1,7 den mit Abstand höchsten volkswirtschaftlichen Nutzen. Zeil: „Mit dem 2. S-Bahn-Stammstreckentunnel und dem Ausbau des Ostkorridors können wir rund ein Drittel mehr Autoverkehr auf die Schiene verlagern als mit dem ‚Nordtunnel light‘. Zudem ersparen wir den Fahrgäste rund 20 Prozent mehr Reisezeit.“

Hauptgrund für diese Differenzen sei die langsamere oder fehlende Erreichbarkeit von Marienplatz und Ostbahnhof beim ‚Nordtunnel light‘. Die bessere Erschließung des Münchner Nordens könne diesen

der Regionalisierungsmittel von 1,5 auf 2,5 Prozent angehoben werden.

Erstmals hat der VDV den Investitionsbedarf bei der Finanzierung der Infrastruktur der nicht-bundeseigenen Eisenbahnen – kurz NE – erfragt. Rund 200 Projekte wurden dabei identifiziert. Wie die Hauptgeschäftsführerin konstatierte, dokumentiere die Liste eindrucksvoll den Investitionsstau bei den NE-Infrastrukturen. Dies betreffe sowohl Ersatz als auch Bau- und Ausbauinvestitionen.

Zweistufiges Vorgehen

Um die Finanzierung der nichtbundeseigenen Eisenbahninfrastruktur nun schnellstmöglich umzusetzen, schlägt der Verband ein zweistufiges Vorgehen vor: „In der ersten Stufe brauchen wir eine Förderrichtlinie, die eine schnelle Umsetzung von Investitionen in die Eisenbahninfrastruktur nichtbundeseigener Eisenbahnen ermöglicht“, so Langowsky. Das Förderinstrumentarium wäre im Rahmen eines Nachtragshaushalts für den Bundeshaushalt 2010, spätestens aber im Rahmen des Bundeshaushalts 2011, haushaltsrechtlich abzuschließen.

Hoffnung auf Gesetz

In der zweiten Stufe könnte dann ein Bundesgesetz die Finanzierung der Infrastrukturen der nichtbundeseigenen Eisenbahnen dauerhaft absichern. „Wir hoffen sehr, dass ein solches Gesetz in der zweiten Hälfte der laufenden Legislaturperiode auf den Weg gebracht wird“, so die VDV-Hauptgeschäftsführerin. **DK**



Die Nachfrage nach Abstellmöglichkeiten für Fahrräder wächst stetig.

Planungshilfen für Bike+Ride und Park+Ride

Die 1995 unter dem Motto „Verkehrsprobleme gemeinsam lösen“ gegründete INZELL-Initiative der Landeshauptstadt München, der BMW Group und zahlreicher weiterer Partner aus dem Verkehrssektor unterstützt seit Jahren u. a. Kommunen im Münchner Raum praxisorientiert bei der Konzeption und Realisierung von Bike+Ride- und Park+Ride-Anlagen.

Gerade die stetig wachsende Nachfrage nach Abstellmöglichkeiten für Fahrräder veranlasste die Arbeitsgruppe „Fahrrad und Öffentlicher Verkehr“ unter Leitung der Technischen Universität München und des Münchner Verkehrs- und Tarifverbundes (MVV) dazu, einen Leitfaden für die Erstellung von Bike+Ride-Anlagen zu entwickeln (März 2009).

Lösungsmöglichkeiten

Ziel der Broschüre ist es, die kommunalen Gebietskörperschaften konstruktiv bei den erforderlichen Planungs- und Umsetzungsprozessen zu unterstützen. Zum einen werden attraktive Lösungsmöglichkeiten für Bike+Ride dargestellt, zum anderen die für die Realisierung wesentlichen Planungsschritte einzubindenden Institutionen und erforderliche Ansprechpartner aufgezeigt.

Hilfestellungen für Entscheidungsträger

Ähnliche Intentionen hat auch der vom INZELL-Arbeitskreis „P+R regional“ unter Federführung der BMW Group publizierte Leitfaden „P+R Anlagen – Planen, Bauen und Betreiben“ (September 2009). Den politischen Entscheidungsträgern und Planern in den Gemeinden sollen profunde Hilfestellungen gegeben werden, um attraktive Park+Ride Anlagen zu entwickeln und zu einem umweltverträglichen Verkehrsgeschehen beizutragen.

Themen

Behandelte Themen sind unter anderem die integrierte städtebauliche Planung, Qualitäts-

Störungen zeigten einmal mehr die Vordringlichkeit dieses Aspektes.

Blick auf Winterspiele

Auch der Zeitplan spreche für die 2. Stammstrecke und den Ausbau des Ostkorridors. Zeil: „Nur mit diesem Konzept können wir bis zu den olympischen Winterspielen 2018 die angestrebten Verbesserungen beim Bahnknoten München erreichen. Alle anderen Varianten könnten wegen der langen Planungszeiten nicht rechtzeitig fertig gestellt werden.“ Bereits in einer ersten, vergleichsweise kostengünstigen Baustufe kann durch den vierspurigen Ausbau zwischen Daglfing und Johaneskirchen die Fahrzeit zwischen Marienplatz und Flughafen

standards, Planungsrecht, Öffentlichkeitsarbeit sowie Finanzierung und Förderung von Stellplatzanlagen an den Schnittstellen zum ÖPNV und SPNV.

Ein wichtiges Anliegen war, dass auch die Belange und Wünsche der Nutzer besondere Berücksichtigung finden, denn nur attraktive und funktionsgerecht gestaltete Stellplatzanlagen werden in der Praxis optimal angenommen. Oftmals lassen sich hier auch mit relativ geringem Aufwand gute Wirkungen erzielen.

Für viele Kommunen interessant

Langjähriges, detailliertes Know-how der genannten Experten sowie von ADAC, ADFC, Bayerischer Eisenbahngesellschaft (BEG), DB Station & Service AG, Green City, IHK, Münchner Verkehrsgesellschaft, P+R Park und Ride GmbH und des Regionalen Planungsverbundes (RPV) und anderer Fachleute machen die P+R- als auch die B+R-Broschüre zu umfassenden Planungshilfen, die auch für viele Kommunen über die Grenzen des Ballungsraums München hinaus interessant sein dürften.

Kostenfreie Bestellung

Daher hat das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie als Fördermittelgeber bei der Erstellung beider Leitfäden mitgewirkt. Park+Ride- und Bike+Ride-Broschüre können über den Münchner Verkehrs- und Tarifverbund (MVV) kostenfrei bestellt werden und stehen unter www.mvv-muenchen.de/downloads zur Verfügung. **□**

fen auf nur 21 Minuten verkürzt werden.

In der ergänzenden Untersuchung wurde die Flughafenanbindung über den Ostkorridor in Verbindung mit dem 2. S-Bahn-Stammstreckentunnel dem alternativen Vorschlag eines ‚Nordtunnels light‘ gegenübergestellt. Beim ‚Nordtunnel light‘ wurden Varianten ohne und mit Vorsorge für einen späteren Fernverkehrs-ausbau Richtung Flughafen betrachtet. Die Nordtunnel-Varianten erreichen einen Nutzen-Kosten-Indikator von 1,0 ohne Vorsorge für den Fernverkehr und 0,9 mit Vorsorge für den Fernverkehr. Das Gesamtkonzept mit 2. S-Bahn-Stammstreckentunnel erreicht mit 1,7 einen deutlich höheren volkswirtschaftlichen Nutzen. **□**

Mit dem MVV zur IHM + Garten München und zu Auto Tage 2010

Auf dem Münchner Messegelände findet vom 3. bis 9. März 2010 die IHM, die Leitmesse für Handwerk und Mittelstand, statt. Zur selben Zeit gehen die Garten München 2010 und vom 5. bis 9. März die Auto Tage 2010 über die Bühne. Gemeinsam mit der Messe München bietet der MVV ein Messe-KombiTicket an. Darin sind die Hin- und Rückfahrt zum Messegelände sowie der Eintritt in die Messe enthalten. Das Ticket kostet 12,50 Euro (inklusive 50 Cent Vorverkaufsgebühr).

Das Kombi-Ticket gibt es seit Montag, 1. März, an allen S-Bahn-Automaten – einfach die Taste „Kombi-Tickets“ drücken. Ebenfalls erhältlich ist das Ticket bei den MVV-Kundencentern und bei allen MVV-Verkaufsstellen im Stadtgebiet. Auch in den MVV-Regionalbussen mit elektronischen Fahrscheindruckern verkauft der Busfahrer die Kombi-Tickets für die IHM. Die Tickets gelten zugleich für die Garten München in der Halle A 6 und die Auto-Tage 2010 in der Halle B0. Zur Messe fährt man am besten mit der U 2.

Vom Flughafen kommend fährt man mit der S 1 nach Feldmoching oder zum Hauptbahnhof und von dort weiter mit der U 2 bis zur Messe oder alternativ mit der S 8 bis Ostbahnhof, dort steigt man in die U 5 bis Innsbrucker Ring und dann weiter mit der U 2 zur Messe.

Vom S-Bahnhof Riem (S2) kommt man mit den MVV-Regionalbuslinien 263 und 264 ebenfalls bequem zur Messe. **□**



Martin Zeil.

„Mit dem Nordtunnel können wir die bestehende Stammstrecke im Störfall nicht entlasten. Im Interesse der vielen tausend Pendler, die täglich die S-Bahn benutzen, ist das aber eine der wesentlichen Forderungen für den Ausbau des Bahnknotens München“, so der Verkehrsminister. Die jüngsten

TUN SIE IHREN KOLLEGEN EINEN GEFALLEN. KOMMEN SIE ENTSPANNT AN.



28 Mio. haben den Einstieg in die Zukunft schon gefunden.

Die meisten Deutschen finden ihren Arbeitstag ziemlich anstrengend. Allerdings sind immer mehr so clever und ersparen sich schon auf dem Weg zur Arbeit viel Stress, indem sie sich chauffieren lassen. Denn kein anderes Verkehrsmittel verbraucht weniger Nerven pro Kilometer als die öffentlichen Verkehrsmittel. Ob günstig, sicher oder umweltfreundlich – was immer Sie bewegt, mit Bussen und Bahnen fahren Sie richtig.



**Damit Deutschland
mobil bleibt**
Busse & Bahnen

www.deutschland-bleibt-mobil.de. Eine Kampagne des VDV (Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e.V.).

Betafence-Gabionen im Lärmschutz-Einsatz

Funktionsbauwerk im Einklang mit der Natur

Ob als Stützwand, Küstenschutz, Grundstückseinfriedung oder im Straßenbau – Gabionen lassen sich vielfältig verwenden. Im Einsatz an Autobahn und Bahnstrecke, beispielsweise, verrichten die robusten Drahtgitterkörbe ihren Dienst als ideale Lärmschutzwand. Ihr Vorteil: Sie sind kostengünstig, schnell installiert, widerstandsfähig und flexibel. Überdies fügen sie sich bestens in die natürliche Landschaft ein. Hersteller Betafence bietet dem Garten-, Landschafts- und Tiefbau für variable Anwendungen hochwertige, punktgeschweißte Stahlraht-Gabionen mit hoher Zugfestigkeit und zuverlässigem Korrosionsschutz.

Lärmschutzwände aus Gabionen absorbieren mehr Lärm als zum Beispiel Plexiglas und werden von Graffiti-Sprayern gemieden. Neben ihrer technischen Wirksamkeit und den niedrigen Herstellungskosten überzeugen sie als natürliches Bauelement, das sich harmonisch in die Umgebung einfügt und überdies noch begrünen lässt. Gabionen zeichnen sich durch ihre einfache und zeitsparende Montage sowie niedrige Materialkosten aus, da sie kein Betonfundament benötigen und mit verschiedenen Materialien schnell befüllt werden können.

Als idealer Lärmschutz bewährt hat sich zum Beispiel das von der Ferrondo Lärmschutz-

Bau GmbH eigens für die ICE-Strecke Köln-Rhein/Main im Bereich Limburg konzipierte System aus Betafence Rundgabionen. Es erzielt seine hervorragende Lärmschutzwirkung durch ein Dreikammersystem: Natursteinschotter in den Außenkammern, dahinter eine technische Absorberplatte und ein Kern aus bewehrtem Beton, der neben der Schalldämmung auch die Windlast und die statischen Kräfte der vorbeifahrenden Züge aufnimmt.

Stabil und elastisch

Gabionen sind wasserdurchlässig und haben somit keine hydrostatische Belastung. Sie übernehmen die Kräfte, die

durch Schub-, Zug- und Druckspannungen entstehen und setzen Einflüssen durch Naturgewalten eine hohe Stabilität und Elastizität entgegen. Speziell runde Gabionen, die Betafence kundenspezifisch anfertigt, erlauben eine Vielfalt an Gestaltungsmöglichkeiten. Winkel und Wellen sind problemlos ausführbar, zudem können die Lärmschutzwände in Säulen- oder in versetzter Verbundoptik gestaltet werden.

Betafence-Gabionen bestehen aus hochelastischen, punktgeschweißten Stahlrahten mit ei-

ner Zincau-Beschichtung, die gegenüber herkömmlich verzinkten Drähten eine doppelt so lange Lebensdauer aufweist und somit höchsten internationalen Qualitätsstandards entspricht. Sie sind korrosionsbeständig gemäß DIN 50021-SS.

Die Gabionen sind als kundenspezifische Anfertigung sowie in fünfzehn verschiedenen Standardformaten verfügbar: von 0,5 x 0,5 Meter bis 3,0 x 1,0 Meter mit einer Maschung von 10 x 10 beziehungsweise 10 x 5 cm. Die Zugfestigkeit der drei verfügbaren Drahtstärken von 3,5; 4,5 und 5,0 mm liegt bei > 550 N/mm². Die passenden Spiralen und Distanzhalter bietet Betafence ebenfalls an.

Weitere Informationen zu Gabionen-Lösungen von Betafence finden Interessierte unter: www.betafence.com.

Innovative Ideen im Mobilitätsmanagement gesucht

dena startet bundesweiten Wettbewerb

Die Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena) ruft Kommunen und Betriebe in Deutschland auf, sich an einem Wettbewerb zum Mobilitätsmanagement zu beteiligen. Ausgelobt sind Preise im Wert von über 300.000 Euro. Im Rahmen des bundesweiten Aktionsprogramms „effizient mobil“ werden insgesamt zehn Akteure prämiert, die mit besonders guten Konzepten Autofahrten auf öffentliche Verkehrsmittel und das Fahrrad verlagern oder ganz vermeiden wollen. Die Teilnehmer können bis Ende März ihre Konzepte für eine geplante Umsetzung von Mobilitätsmanagement bei der dena einreichen.

Prämiert werden je fünf Gewinner im betrieblichen und im kommunalen Mobilitätsmanagement. Die Konzepte werden nach der geschätzten Wirksamkeit der geplanten Maßnahmen, aber auch hinsichtlich ihres Innovationscharakters und ihrer Übertragbarkeit beurteilt. Wichtig sind hier vor allem weiche Maßnahmen wie Kommunikation, Koordination und Service. Dies können beispielsweise Car-sharing-Angebote, Jobticketregelungen oder Maßnahmen zur Fahrradförderung sein – entscheidend ist ihr Zuschnitt auf den jeweiligen Standort und auf den Bedarf der konkreten Zielgruppen.

Neben Investitionskostenzuschüssen für die Umsetzung der Konzepte zwischen 10.000 und 50.000 Euro hat die dena auch die fachliche Begleitung der geplanten Mobilitätsmanagementprojekte ausgelobt. Die Gewinner werden auf einer Fachveranstaltung im Sommer 2010 prämiert.

Im Rahmen des Aktionsprogramms „effizient mobil“ hat die dena letztes Jahr zusammen mit dem Bundesumweltministerium

100 Unternehmen und Kommunen aus ganz Deutschland ausgewählt, die bis zum Frühjahr eine kostenlose Erstberatung zum Mobilitätsmanagement erhalten. Darunter sind große Unternehmen wie BMW oder DHL, zahlreiche mittelständische Betriebe sowie Städte und Gemeinden wie Stuttgart, Leipzig oder Trier. Ziel ist es, Pkw-Verkehr auf effizientere und klimaschonende Verkehrsmittel zu verlagern. Im Mittelpunkt der Beratungen steht eine umfangreiche Bestandsaufnahme vor Ort sowie die Entwicklung eines Grobkonzepts.

Das Aktionsprogramm wird vom Bundesumweltministerium im Rahmen der Klimaschutzinitiative gefördert und vom ACE Auto Club Europa sowie dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung unterstützt. Die dena hat mit dem Programm in 15 deutschen Regionen Netzwerke aufgebaut, um Mobilitätsmanagement bundesweit voranzubringen.

Weitere Informationen zu den Erstberatungen, zum Wettbewerb sowie zum Aktionsprogramm unter www.effizient-mobil.de.



Lärmschutzwände aus Gabionen absorbieren mehr Lärm als zum Beispiel Plexiglas.

Bayerische Regiobahn:

Verbessertes Angebot

Sozialministerin Christine Haderthauer, Ingolstadts Oberbürgermeister Dr. Alfred Lehmann und Landrat Roland Weigert haben den Betrieb der bayerischen Regiobahn GmbH (BRB) auf der Paartalbahn gestartet.

In einer Staffelfahrt begleiteten die politischen Vertreter der Stadt Augsburg und der Landkreise Aichach-Friedberg und Neuburg-Schrobenhausen den symbolischen ersten Zug der BRB von Augsburg nach Ingolstadt. Als Staffelfahrer hatte die BRB eine Tafel vorbereitet, auf der die Staffelfahrer unterschieden.

Mit der Übertragung der Schienenverkehre zwischen Augsburg und Ingolstadt auf die BRB wird diese wichtige Bahnverbindung auch zusätzliche Fahrten für die Kunden mit sich bringen und damit den bedeutenden Wirtschaftsraum Augsburg mit der prosperierenden Region Ingolstadt noch enger verbinden. Durch die Umsteigemöglichkeiten am Augsburger Hauptbahnhof werden die Verbindungen aus und in Richtung Stuttgart ebenfalls attraktiver.

Region profitiert

Wie Oberbürgermeister Lehmann ankündigte, „werden wir uns in exakt einem Jahr am Hauptbahnhof versammeln können, um dann die neue Donautalbahn auf die Schiene zu schicken, die von der neu gegründeten Bahnfirma Agilis, eine Tochter der Hamburger Hochbahn, mit zusätzlichen Verkehrsleistungen zwischen Ulm und Regensburg betrieben wird“. Auch hier werde die Re-

gion Ingolstadt wieder sehr stark profitieren, weil die Landkreise Neuburg-Schrobenhausen und Pfaffenhofen mit ihren Bahnhöfen auch wieder enger mit Ingolstadt verbunden werden.

Handlungsbedarf

Vor dem Hintergrund, dass auf der Strecke München – Ingolstadt – Nürnberg von der Deutschen Bahn AG der schnellste Nahverkehr Deutschlands lediglich im 2-Stunden-Takt angeboten wird, besteht nach Lehmanns Auffassung noch „dringender Handlungsbedarf, trotz der ICE-Angebote auf dieser Strecke“. Nicht jeder Schienenkunde könne oder wolle sich den zuschlagspflichtigen ICE leisten. Bei der Gelegenheit forderte der OB Staatsministerin Haderthauer auf, sich in der Staatsregierung dafür einzusetzen, dass über die BEG entsprechende Bestellungen aufgegeben werden.

Zwischen der Stadt Ingolstadt, der INVG und der BRB hatte bereits im Vorfeld der Inbetriebnahme der Strecke Augsburg – Ingolstadt eine Vielzahl an Gesprächen stattgefunden, um eine enge Kooperation eingehen zu können. Derzeit werden Tarifkooperationsmodelle diskutiert, die voraussichtlich im April 2010 eingeführt werden können. **DK**

Hessen und Bayern:

Bundesverkehrswegeplan ist dramatisch unterfinanziert

Bayern und Hessen fordern gemeinsam von der Bundesregierung eine bessere und ausreichende Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur. Die Wirtschaftsminister Martin Zeil (Bayern) und Dieter Posch (Hessen) sowie Bayerns Innenminister Joachim Herrmann erklärten nach einer gemeinsamen Sitzung der beiden Kabinette: „Nach Auslaufen der Konjunkturprogramme der Bundesregierung drohen schwierige Zeiten für Schiene und Straße. Wenn die Ansätze im Bundeshaushalt ab 2011 wieder auf das Niveau von 2008 zurückfallen, reicht das bei weitem nicht für eine nachhaltige Verkehrspolitik. Der Bund muss seine Investitionsmittel mindestens auf dem heutigen Niveau verstetigen.“

„Der Bundesverkehrswegeplan ist dramatisch unterfinanziert. Die Maßnahmen des Vordringlichen Bedarfs, die eigentlich bis 2015 verwirklicht sein sollen, werden bei der aktuellen Planung teils mit mehreren Jahrzehnten Verspätung fertig“, fassten Zeil und Posch zusammen. „Im deutschen Straßennetz besteht noch auf Jahre erheb-

licher Ausbaubedarf“, sagte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann.

A 3 muss verbreitert werden

„Nach der Öffnung der Grenzen zum Osten hat der Verkehr auf den großen Ost-West-Straßenachsen stark zugenommen.“ Ein Beispiel sei die Bundesautobahn A 3, die zwischen Aschaffenburg und Biebelried und weiter bis Nürnberg dringend verbreitert werden müsse. „Mein Ziel ist es, den sechs-spurigen Ausbau zwischen Aschaffenburg und Biebelried bis 2016 auf gesamter Strecke abzuschließen. Voraussetzung ist, dass der Bund die noch benötigten rund 800 Millionen Euro zeitgerecht zur Verfügung stellt.“

Zeil, Posch und Herrmann erklärten: „Auf keinen Fall dürfen Straße und Schiene gegeneinander ausgespielt werden. Es sind mindestens 12 Milliarden Euro pro Jahr für die Verkehrsinfrastruktur insgesamt notwendig. Hessen und Bayern werden den Bundesverkehrsminister bei den entsprechenden Verhandlungen nach Kräften unterstützen.“



Der neue internationale Fernradweg: ein Radfahrerlebnis der Superlative. Foto: obx-news/Gruber

Neue Premium-Route München-Prag:

450 Kilometer pures Radvergnügen

Regensburg (obx) – Europas Radwegenetz erhält in diesem Frühjahr eine neue Premium-Route: Die Strecke von der bayerischen Landeshauptstadt München in die tschechische Hauptstadt Prag verbindet auf 450 Kilometern spannende Stadterlebnisse mit unberührten Flüssen und Panorama-Ausblick über das „Grüne Dach Europas“ im Bayerischen und im Böhmerwald. Die Radfahrer werden sich dabei auf historischen Spuren bewegen: Die Trasse orientiert sich an einer alten Handelsstraße, auf der vor tausenden Jahren einst tonnenschwere Feuersteine von Bayern nach Böhmen transportiert wurden.

„Geplant und umgesetzt wurde die neue Trasse weitgehend verkehrsfrei, ohne große Steigungen und meist entlang romantischer Flussläufe, was sie besonders auch für Hobbyradfahrer und Familien interessant macht“, sagt Ulrike Eberl-Walter vom Tourismusverband Ostbayern, durch dessen Gebiet die neue Route zu einem großen Teil führt.

450 Kilometer grenzenloses Radvergnügen: Mit dem internationalen Fernradweg München-Regensburg-Prag geht für viele Touristiker in Bayern und Böhmen ein Traum in Erfüllung, auf den sie lange hingearbeitet haben. An der Streckenführung wurde lange intensiv gearbeitet – um den neuen Weg möglichst ruhig, verkehrsfrei und naturnah zu gestalten.

Ab München führt die Route auf dem Isar-Radweg in die Bischofsstadt Freising und dann durch Europas größtes Hopfenanbaugebiet – die Hallertau – auf dem Abens- und dem Donau-Radweg weiter zum berühmten Kloster Weltenburg, zum Donau-Durchbruch und ins 2000-jährige Weltkulturerbe Regensburg. Da-

nach schlängelt sich der Radweg durch die Täler des Bayerischen und des Oberpfälzer Waldes weiter bis zur tschechischen Grenze. Er folgt dabei den gut ausgebauten Routen durch das Regen- und das Chamtbau.

Auf böhmischer Seite ist der neue internationale Fernradweg auf verkehrsarmen Nebenstraßen ausgeschildert und führt zunächst in die Bierstadt Pilsen, wo der niederbayerische Braumeister Josef Kroll einst das heute weltberühmte Pilsener Bier erfand. Bei Horovice vereinen sich die Radwege München-Regensburg-Prag und Wien-Prag, streifen gemeinsam die Burg Karlstein und folgen dem romantischen Flusstal der Berounka, die kurz vor Prag in die Moldau fließt.

Der Weg ist durchgehend beschildert. „Noch in diesem Jahr wird eine eigene Radwanderkarte erscheinen, einen eigenen Flyer gibt es bereits“, sagt Ulrike Eberl-Walter vom Tourismusverband Ostbayern. Fünf-Tage-Pauschalangebote für den neuen bayerisch-böhmischen Radweg gibt es bereits ab 239 Euro. □

Initiative Marzlinger Spange:

Plädoyer für Gutachten zur Flughafenbindung

Die Mitglieder der Initiative Marzlinger Spange haben sich in einer Vollversammlung einstimmig für die schnelle Realisierung einer Schienenanbindung von Nord- und Nordostbayern an den Flughafen München ausgesprochen. Damit unterstützen sie die Ergebnisse des vom Freistaat Bayern in Auftrag gegebenen Gutachtens zur Flughafenbindung. Bayerns Verkehrsminister Martin Zeil: „Ich freue mich über das deutliche Votum der Initiative. Dieser Beschluss zeigt, dass die Empfehlungen aus dem Gutachten zur Flughafenbindung einen gangbaren und konsensfähigen Weg darstellen.“

Die Ergebnisse des Gutachtens zur Flughafenbindung empfehlen den Bau einer Neufahrer Kurve. Sie soll die Bahnstrecke Landshut - Freising - München nördlich von Neufahrer bei München mit der bestehenden S-Bahnstrecke der S 1 zum Flughafen verbinden. Mit ihr kann eine neue und umsteigefreie Zugverbindung zwischen Regensburg über Landshut und Freising zum Flughafen München eingerichtet werden.

Dieser neue Flughafen-Express, der in einem Stundentakt verkehren würde, benötigt zwischen Regensburg und dem Flughafen München nur noch 67 Minuten. Damit würde sich die Reisezeit um rund eine halbe Stunde verkürzen. „Die DB Netz AG muss nun zügig das Planfeststellungsverfahren mit den bereits fertig gestellten Planungen für die Neufahrer Kurve beim Eisenbahn-Bundesamt beantragen“, so Zeil. Damit werde ein weiterer wesentlicher Schritt zum Schienenanschluss von Nord- und Nordostbayern an den Flughafen München erreicht. □

Der Unimog im Wintereinsatz:

Schneeräumung in Bergregionen

Einsatzfahrzeuge für Waldwege und Anwohnerstraßen

Die alte Bergstadt im sächsischen Erzgebirgskreis gehört mit ihren 470 m über NN (Normalniveau) zu den schneesicheren Gebieten. „Von Ende Oktober bis Ende März kann es hier richtig Winter sein“, erzählt Uwe Lenk, Inhaber des Kommunalen Reinigungsservice Lenk. Seit 1995 ist er für den Winterdienst in dem 16 000 Einwohnerort zuständig. „Das heißt, täglich sind insgesamt 120 Kommunalstraßenkilometer von Eis und Schnee zu befreien“, erläutert Lenk. „Dafür brauchen wir robuste und zuverlässige Fahrzeuge. Und das sind eben die Unimogs“, fügt er hinzu.

Im Jahr 2000 kaufte Lenk die ersten beiden U 300. Und da aller guten Dinge drei sind, kam 2004 ein U 1650 dazu. Sie sind ausschließlich mit Schmidt-Aufbauten für den Winterdauereinsatz ausgestattet. „Wir sind sehr zufrieden“, lobt Lenk die Qualität und die permanente Leistungsbereitschaft der Mercedes-

Benz-Typen. Bis auf einen Achsschaden, der mal zwischenzeitlich bei einem Modell für eine Pausenwoche sorgte, „hatten wir mit den Fahrzeugen keinerlei Probleme“, versichert der Reinigungschef. Stolz verweist er auf zehn Jahre permanenten Unimog-Wintereinsatz.

Gemeinsam mit vier seiner

Kollegen teilt sich Unternehmer Lenk den täglichen Schneeräumdienst, der stets um 3 Uhr beginnt und nicht selten erst nach 20 Uhr endet – je nach Wetterlage. „Ja, hier räumt auch noch der Chef selbst“, kommentiert Lenk den Einsatzplan lächelnd. Während vorn das kräftige Stahlschild den Schnee von der Straße schiebt, schleudert der Heckaufsatz das Tausalz auf die Fahrbahn. Nach jeder Tourrunde, die etwa vier Stunden dauert, muss neues Streugut nachgetankt werden.

Bergiges Gelände

„Mit den drei Unimogs sind wir gut aufgestellt“, meint Lenk. Mit dieser Technik räumen er und seine Männer nicht nur die innerstädtischen Straßen, sondern auch die Waldwege zu abgelegenen Gaststätten, damit die Angestellten, die Zulieferer und die Touristen möglichst sicher ihr Ziel erreichen. In dem bergigen Gelände des Westerzgebirges haben sich die bulligen Win-

terhelfer bestens bewährt.

Wie im Erzgebirge, so ist der Unimog im Winterdienst in ganz Deutschland, von Rügen bis zu den Alpen, im Einsatz. Sein permanenter Allradantrieb in Verbindung mit der Portalachsenkonstruktion für hohe Bodenfreiheit lässt ihn auch in hohem Schnee durchkommen, wo andere Fahrzeuge längst passen müssen.

Permanenter Allradantrieb und hohe Bodenfreiheit

Der Unimog U 300 gehört zur Baureihe U 300 bis U 500, die als geländegängige Geräteträger hauptsächlich im Arbeitseinsatz bei Einrichtungen des Öffentlichen Dienstes, bei kommunalen Lohnunternehmen, in der Bau- und Energiewirtschaft sowie im innerbetrieblichen Transport und im 2-Wege-Einsatz (Straße/Schiene) anzutreffen sind.

Ergänzt werden sie durch die Baureihe der hochgeländegängigen Unimog U 4000 bis U 5000, die für schwierige Einsätze im Gelände abseits aller Straßen

und Wege prädestiniert sind. Ihre Haupt-Einsatzgebiete finden sich bei der Feuerwehr - insbesondere bei der Waldbrand-Bekämpfung - im Katastrophenschutz, im Expeditionseinsatz

sowie bei Service- und Wartungsarbeiten in schwer zugänglichen Gebieten. Jüngster Spross der Unimog-Familie ist der 2008 in den Markt eingeführte kompakte Unimog U 20. □



Wie im Erzgebirge - hier in Schneeberg - so ist der Unimog im Winterdienst in ganz Deutschland im Einsatz. Sein permanenter Allradantrieb in Verbindung mit der Portalachsenkonstruktion für hohe Bodenfreiheit lässt ihn auch in hohem Schnee durchkommen, wo andere Fahrzeuge längst passen müssen. □

Appell des Bayerischen Landesamtes für Umwelt:

Räumschnee nicht in Gewässer einbringen

Alter Schnee von Verkehrsflächen enthält viele Schmutz- und Schadstoffe

Der Präsident des bayerischen Landesamtes für Umwelt, Albert Göttele, hat an Kommunen und Bürger appelliert, den Räum Schnee nicht in Gewässer einzubringen: „Altschnee von Verkehrsflächen hat in Bächen und Flüssen nichts zu suchen.“ Dieser Schnee enthält Schmutz- und Schadstoffe, die besonders bei konzentrierter Einbringung an Brücken oder Schneebledelplätzen die Gewässer belasten.

Umweltfreundliche Abschmelzung auf Deponieflächen

Räumschnee von Verkehrsflächen kann durch Tausalze belastet sein und gerade bei niedrigen Wasserführungen die Salzgehalte der kleineren Gewässer erhöhen, wenn er direkt in das Gewässer eingebracht wird. Bleibt der Schnee zuvor noch mehrere Tage an den Straßenrändern liegen, lagern sich verstärkt organische Schmutzstoffe wie Abrieb, Öl und Ruß und Metalle wie Zink, Kupfer und Eisen an den Krusten des Altschnees ab. Der verschmutzte Räum Schnee muss deshalb auf geeigneten Deponieflächen abgelagert werden, wo er umweltfreundlich abschmelzen kann. Dort wird die Reinigungswirkung der belebten Bodenzone genutzt. □

Wasservorräten interessant vermittelt werden, dafür sorgen die erfahrenen Instruktoren des Mercedes-Benz ProfiTrainings, die natürlich auch noch den ein oder anderen Insidertipp parat haben.

Einsteigen, Gang einlegen, bedacht Gas geben - so könnte man Baustein zwei des Allradtrainings von Mercedes-Benz beschreiben. Denn hier gilt es, dass Gelernte beim „Selbstfahren“ anzuwenden und umzusetzen. Die Maschinisten können bei diesem aktiven Part nicht nur die Fähigkeiten und Grenzen der Fahrzeuge ausloten, sondern auch ihre eigenen. Gekonntes Fahren im Gelände erfordert mehr als nur den richtigen Einsatz der Technik, das bestätigen einstimmig die Teilnehmer nach Bewälti-

gung des anspruchsvollen Offroadparcours. Ebenso bedeutend sind eine vorausschauende Fahrweise sowie das richtige Einschätzen der Bodenbeschaffenheit des zu befahrenden Terrains. Denn die Traktion in tiefem Sand ist eine gänzlich andere als auf glatter Straße.

Die technischen Entwicklungen der letzten Jahre, vor allem die leichter bedienbaren Getriebe, Sperren und Motorbremsen haben bereits für große Erleichterung beim Fahren eines Feuerwehrfahrzeugs gesorgt, doch die Fahrpraxis im Gelände ist durch nichts zu ersetzen. Die zahlreichen Anmeldungen bei den Mercedes-Benz Niederlassungen seitens der Feuerwehren zu den angebotenen Trainings bestätigen dies. □



Oberbürgermeister Georg Rosenthal (rechts), Umweltreferent Wolfgang Kleiner (2.v.r.) und Peter Steinbach vom Umweltamt (links) begutachten den Hybridmotor. Foto: Christian Weiß

Würzburg:

Umweltamt fährt Hybrid-Fahrzeug

Mit Hybrid-Technik läuft das neue Fahrzeug des Umweltamtes der Stadt Würzburg. Der Hybridfahrzeug der Marke Toyota hat bei einem Hubraum von knapp 1,8 Litern 100 kW oder 136 PS und verbraucht dabei theoretisch vier Liter bei einem Kohlendioxid ausstoß von gerade einmal 92 Gramm je Kilometer. Das Fahrzeug gehört damit zu den saubersten Serienfahrzeugen und setzt Umweltmaßstäbe.

Alle Kurzstrecken werden bei dem Vollhybriden mit dem Elektromotor gemeistert. Der Akku wird mittels eines Generators über den Motor aufgeladen und ist somit unabhängig von einer Steckdose, was zudem noch Kohlendioxid einspart. Das Fahrzeug verfügt über eine Bremskrafttrückgewinnung und hat die Möglichkeit bei Bergabfahrten den Akku mittels einer Stellung des Ganghebels verbessert zu la-

den, wobei auch die Schubabschaltung einsetzt und der Benzinverbrauch bei null Litern liegt.

Der Motor schaltet sich ab, sobald Gas weggenommen wird, also beim Bremsen, Abwärtsrollen und Ausrollen. Auf diese Art können im Vergleich zu einem nicht Hybrid-Fahrzeug mindestens 50 % des Treibstoffs und einiges an Kohlendioxid eingespart werden. Doch auch in Punkto Sicherheit steht das Fahrzeug weit vorne. □

Mercedes-Benz macht Fahrer von Feuerwehren fit:

Gefahrensituationen besser bewältigen

Sicher über Stock und Stein mit Blaulicht und Martinshorn

Wenn's brennt, ruft man die Feuerwehr und die rückt täglich knapp zehntausend Mal in Deutschland aus. Das macht rund 3,5 Millionen Einsätze pro Jahr, in denen sich die Frauen und Männer in den Freiwilligen, Berufs-, Werk- und Betriebsfeuerwehren für den Schutz und die Sicherheit von Bürgern einsetzen. Über 1,3 Millionen Mitglieder zählen heute die Feuerwehren in Deutschland und sind damit die bundesweit größte Gefahrenabwehr-Organisation. Unter den rund 25.500 Feuerwehren bilden die Freiwilligen Feuerwehren das Gros. Mehr als eine Million Retter sind im „doppelten Einsatz“ und garantieren durch ihr ehrenamtliches Engagement schnelle und professionelle Hilfe.

Maßgeschneidertes Training

Für die notwendige Mobilität der Feuerwehren sorgt auch die Fahrzeugpalette von Mercedes-Benz. Ob Lkw, Transporter oder die ausgewählten Pkw-Modelle, selbst bei anspruchsvollem Gelände und zahlreichen Hindernissen sorgen die Fahrzeuge mit dem Stern für sicheren Transport der Einsatzkräfte und dem Gerät zum Unfallort und zur schnellen

Schadensbekämpfung vor Ort.

Eine besondere Rolle bei den Feuerwehren kommt den Maschinisten zu. Sie sind nicht nur Fahrzeugführer, sondern darüber hinaus für die Instandsetzung und Bedienung der Feuerwehropumpen und Sonderaggregate zuständig. Beim Einsatz im Notfall sind die Maschinisten, wie auch die anderen Einsatzkräfte, auf das Äußerste gefordert. Deshalb bietet die Mercedes-Benz Vertriebsorganisation ihren Niederlassungen ein maßgeschneidertes Allradtraining für Feuerwehr-Maschinisten vor Ort an.

Theorie und Praxis

Während der halbtägigen Offroad-Schulungen stehen Theorie und Praxis im Einklang. Bevor es ins Gelände geht, wird die theoretische Basis gelegt, schließlich bedarf die Handhabung eines Fahrzeugs auf unwegsamem Terrain gewisser technischer und physikalischer Grundlagen. Dass Themen wie Nutzung des permanenten und ausschaltbaren Allradantriebs, Schwerpunktage bei Geländefahrten, die korrekte Sitzposition, der effektive Einsatz der Motorbremse sowie das umsichtige Fahren mit vollen

Eine Marke der Daimler AG



Der Unimog. Einer für alles.

Mehr Wirtschaftlichkeit im Ganzjahreseinsatz.

Ob mähen, räumen, streuen, fräsen, reinigen oder transportieren, ob im Sommer oder im Winter: Der Mercedes-Benz Unimog ist 365 Tage im Jahr flexibel einsetzbar. Mit bis zu vier An- und Aufbauräumen und Schnellwechselsystem sind Anbaugeräte schnell und einfach ausgetauscht. Dabei ist der Unimog äußerst verbrauchsgünstig unterwegs. Informieren Sie sich jetzt bei Ihrem Unimog Partner oder unter: www.mercedes-benz.de/unimog

Mercedes-Benz

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 99 11-10, Fax: 09453 99 11-06, E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de, Internet: www.bassewitz.de

Henne-Unimog GmbH Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 12 06-6100, Fax: 089 12 06-6127, E-Mail: henne-unimog.hst@daimler.com, Internet: www.henne-unimog.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Baumaschinen und Nutzfahrzeuge GmbH & Co. KG Albert-Ruckdeschel-Str. 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG Werner-von-Siemens-Str. 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV Kommunal- und Baumaschinenvertrieb GmbH Robert-Bosch-Str. 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Fliegl Abschiebesystem:

Bewährungsprobe im Winter bestanden

Im harten Wintereinsatz bewährte sich in diesem Jahr das originale Fliegl Abschiebesystem, gleich, ob aufgebaut auf einem Sattelaufleger, Lastkraftwagen oder einem Anhänger hinter einem Traktor.

Vor allem auf Flughäfen ist das originale Abschiebesystem mittlerweile unverzichtbar geworden. Dort transportieren gigantische Abschiebe-Sattelaufleger im Lohneinsatz bei plötzlich auftretenden Schneefällen die „weiße Pracht“ von Lande- und Startbahnen. Ohne Probleme

schieben sie selbst schweren klebrigen nassen Neuschnee auf eigens dafür vorgesehene Lagerflächen ab.

Logistische Schlagkraft

Der Einsatz von Abschiebe-Sattelauflegern auf Flughäfen im Winter kommt nicht von ungefähr. Das Management der Airports fordert von Lohnunternehmern, dass sie innerhalb kürzester Zeit die Lande- und Startbahnen vom Schnee räumen. Eine Stunde völliger Blockade eines Großflughafens kostet nach Berechnungen von Experten bis zu einer Million Euro. Lohnunternehmer, die bei der Auftragsvergabe zur Schneeräumung und Abfuhr auf Flughäfen zum Zuge kommen wollen, müssen mit höchster logistischer und technischer Schlagkraft aufwarten.

Mit den Abschiebe-Sattelauflegern von Fliegl können das Lohnunternehmer. Die Transportleistungen der Abschiebe-Sattelaufleger und damit deren Schlagkraft im Einsatz sind extrem hoch. Mit einem Fassungsvermögen von mehr als 80 Kubikmeter und einer Tragkraft von mehr als 80 Tonnen erfüllen Abschiebe-Sattelaufleger von Fliegl die hohen Anforderungen der Flughafen-Logistiker an Ladevolumen und Ladegewicht. Die gigantischen Sattelaufleger garantieren neben anderer logistischer Vorteile, dass auch Flugvorfeld und Transportwege für den Güternachschub weniger belastet werden. Außerplanmäßige Transportbewegungen, an denen der Flughafen nichts verdient, werden so deutlich reduziert.

Fachleute haben errechnet, dass ein Abschiebe-Sattelaufleger von Fliegl mit seinem hohen Leistungsvermögen drei handelsübliche Sattelkipper ersetzt. In der Praxis dürften es jedoch mehr sein. Denn Abschiebe-Sattelaufleger schieben den Schnee restlos von der Ladefläche. Er verklebt nicht wie bei Kippssystemen auf der Ladefläche des Trans-

portfahrzeugs. Dort entstehen innerhalb kurzer Zeit Schneeburden, die fast zur Hälfte das Ladevolumen des Kippers verringern können. Im praktischen Einsatz wiederum bedeutet das: Die Transport- und Abladeleistung von Kippssystemen verringert sich deutlich, die von Abschiebe-Sattelauflegern dagegen steigt im Vergleich dazu überproportional an.

Hohes Ladevolumen und große Tragkraft

Neben hohem Ladevolumen und großer Tragkraft ist es vor allem die hohe Abladeleistung der Abschiebe-Sattelaufleger von Fliegl, die imponiert. Innerhalb von nur zwei Minuten schiebt jeder von ihnen 80 Kubikmeter Schnee jeglicher Konsistenz ab und türmt ihn zu Bergen auf. Besonderer Pluspunkt: Lockerer pulvriger Schnee lässt sich durch das Abladeschild zusammenpressen und verdichten. Gegenüber anderen Transportfahrzeugen, die das nicht können, ein Riesenvorteil. Mehr Schnee kann transportiert werden.

Für Kunden von Vorteil ist, dass die Fliegl Bau- und Kommunaltechnik GmbH, Töging, als Unternehmen mittelständischer Prägung, eine Größe hat, deren Mitarbeiter noch flexibel auf Kundenwünsche eingehen können. Mit hohem technischem Sachverstand suchen sie jeden-

falls gemeinsam mit Kunden preiswürdige Lösungen und setzen sie praxisreif um, wie beim Abschiebe-Sattelaufleger für den Winterdienst. Damit nicht genug: Für Josef Fliegl, dem geschäftsführenden Gesellschafter des Unternehmens, ist Kundendienst Chef- und Ehrensache. Er und seine Mitarbeiter lassen Kunden nicht in Stich, das vor allem beim Service und bei der Versorgung mit Ersatzteilen in Stoßzeiten. Auch nachts, an Wochenenden und Feiertagen stehen sie dann parat.

Abschiebe-Sattelaufleger werden jedoch nicht nur im Winterdienst auf Flughäfen eingesetzt. In Lohnunternehmen haben sie das ganze Jahr über einen Vollzeitjob mit höchster Auslastung. Sie sind im Winter ständig im Einsatz. Auch Bauhöfe nutzen sie für das Räumen von Straßen und Plätzen. Flexibel kann die Abschiebetechnik eingesetzt werden auch in technischen Bereichen der Bundeswehr, des Grenzschutzes und der Polizei.

Leistungsmaßstäbe

Im Frühjahr, Sommer und Herbst setzen sie Leistungsmaßstäbe beim Be- und Entladen und Transport von Biogassubstraten und Grundfutter wie beispielsweise Gras- und Maissilage im Kombiverkehr. Hackschnitzel, recyceltes Papier, Kompost, Trockenmist und sonstige Schüttgüter sind ebenfalls geeignet für rentable Transportleistungen im Nah- und vor allem Fernverkehr. Derartige Ladegüter nutzen das riesige Ladevolumen voll aus. Das wissen clevere Lohnunternehmer. Sie setzen daher Abschiebe-Sattelaufleger bevorzugt für deren Transport ein.



Insgesamt zehn Iveco Stralis 260 S 36 Y/PS mit automatisiertem Schaltgetriebe Eurotronic setzt der Zweckverband Abfallwirtschaft Straubing Stadt und Land zur Müllentsorgung ein. □

Abfallsammlung in und um Straubing:

Zehn Iveco Stralis

Flexibilität und Service entscheidend

Zum 1. Januar 2010 wurde die Abfallsammlung in der Stadt Straubing und dem Landkreis Straubing-Boden „re-kommunalisiert“. Der „Zweckverband Abfallwirtschaft Straubing Stadt und Land“ (ZAW-SR) übernahm diese Aufgabe von einem Privatunternehmen. Der Grund: Eine Verlängerung des Vertrages mit dieser Firma sei ohne europaweite Ausschreibung nicht möglich gewesen. Und außerdem genossen laut einer vom Bayerischem Städtetag in Auftrag gegebenen Umfrage kommunale Unternehmen bei der Bevölkerung hohes Ansehen.

Weil der ZAW-SR bisher keinen eigenen Entsorgungspark hatte, musste der Verband zehn neue Fahrzeuge anschaffen. Geschäftsführer Anton Pirkel: „Das Personal konnten wir zum größten Teil übernehmen, die betagten Fahrzeuge aufgrund ihres Zustandes aber nicht.“ Die Wahl fiel auf den Iveco Stralis AD 260 S 36 Y/PS. Neun der Fahrzeuge werden für die Abfuhr von Restmüll und Bioabfällen, eines für die Sperrmüllentsorgung eingesetzt. Aufbauten und Schüttungen dafür kommen von Zöllner.

lastplus, das bei dem schweren Aufbau doppelt zählt. Gleiches gilt für das automatisierte Getriebe Eurotronic 12 AS 1930 TD. „Diese Automatik“, so Andreas Asen, Betriebsleiter Abfuhrbetrieb, „war einer der Gründe für unsere Wahl. In vergleichenden Tests zeigte sie sich als am besten für unsere Zwecke geeignet.“ Was die Fahrzeuge betrifft, so war laut Andreas Asen auch die große Wendigkeit bei geringen Lenkkräften ein wichtiger Punkt.

Professionelle Beratung

Andere entscheidende Punkte für die Wahl erläuterte Anton Pirkel: „Professionelle Beratung bei der Fahrzeugauswahl, intensive Schulungen für die Fahrer und vor allem die Flexibilität von Iveco haben uns sehr beeindruckt. So war es kein Problem, die Schalter für die Basisfunktionen des Getriebes – automatisch, manuell, Fahrtrichtung, Rangiermodus – vom Armaturenbrett auf eine rechts neben den Fahrersitz montierte Konsole zu verlegen. Auf dieser Konsole befinden sich auch die Bedienschalter für den Müllsammelaufbau. Für die Fahrer, die sehr oft auf die Getriebeschalter zugreifen müssen, ist diese Verlagerung ein deutliches Komfortplus.“

Der Straubinger Iveco-Vertragshändler FNV Freitag Nutzfahrzeuge, bei dem die Fahrzeuge (für die Wartungs- und Reparaturverträge abgeschlossen wurde) betreut werden, hat seine Verantwortung für den neuen Kunden und dessen Lkw mit einer ausführlichen Fahrerschulung auch bereits bewiesen. □

Kräftiger Motor wichtig bei schwerem Aufbau

Beim Stralis AD 260 S 36 Y/PS handelt es sich um 6x2x4-Dreiaxler mit luftgefederten Hinterachsen und hydraulisch gelenkter, liftbarer Nachlaufachse. Den Antrieb übernimmt ein Euro-5-Sechszylinderdiesel mit 265 kW (360 PS). Anton Pirkel ist davon überzeugt, dass diese Leistung für das Einsatzgebiet mit unterschiedlichster Topografie gut ausreicht; schließlich sind nicht nur Gemeinden im ebenen Donautal, sondern auch viele Orte im Bayerischen Wald anzufahren. Dazu kommen eine ganze Reihe von Einsiedlerhöfen, zu denen nicht immer gut ausgebaute Wege führen. Die Einsatzhöhen liegen zwischen 320 und 900 m über dem Meeresspiegel.

Die neuen Fahrzeuge verfügen über das Nahverkehrsfahrerhaus Active Day (AD). Der leichte, aber dennoch kräftige Cursor-8-Motor mit 7.790 cm³ Hubraum bringt ein entscheidendes Nutz-

los ablaufen kann, geht der Appell aber auch an alle Verkehrsteilnehmer, ihre Fahrzeuge und ihr Fahrverhalten den winterli-

chen Verhältnissen anzupassen und enge Ortsdurchfahrten von parkenden Autos frei zu halten“, hob Gerhard Pülz hervor. DK

(Magnesiumchlorid) ist in zwei Hallen in den Bauhöfen Karlstadt und Marktheidenfeld eingelagert. Bei 50 bis 60 Einsätzen kostet der Winterdienst jährlich rund 220.000 Euro. Von den Mitarbeitern des Landkreises Main-Spessart werden in Kooperation mit den angrenzenden Landkreisen, dem Staatlichen Bauamt und Gemeinden auch Staats- und Gemeindestraßen betreut. Die Streustrecken führen dabei sogar aus dem Landkreis hinaus.

„Damit jeder Einsatz reibungs-

Leserwahl des Fachmagazins „Busfahrer“:

Setra und Mercedes-Benz „Bester Bus“

Bereits zum dritten Mal in Folge gewinnt Daimler Buses mit den Marken Setra und Mercedes-Benz die Wahl „Bester Bus“ des Fachmagazins „Busfahrer“. Rund 1.000 Leserinnen und Leser aus ganz Deutschland beteiligten sich 2009 an der Aktion der in München erscheinenden Zeitschrift.

In der Kategorie „Bester Reisebus“ kürten sie den Setra Doppelstockbus S 431 DT zum Sieger. Das Flaggschiff der neuen TopClass 400 überzeugte die Teilnehmer vor allem in den Bereichen Sicherheitsfeatures, Aussehen und Innovation. Mit dem Setra S 417 HDH - ebenfalls ein Mitglied der neuen TopClass 400 - und dem Setra S 419 GT-HD der neuen ComfortClass 400 wurden auch der zweite und der

dritte Platz an die Ulmer Traditionsmarke vergeben.

„Bester Linienbus“ und „Bester Reisebus“

Das Rennen in der Kategorie „Bester Linienbus“ entschied Mercedes-Benz mit dem Citaro G BlueTec Hybrid für sich. Besonders gute Noten bekam das Fahrzeug aus Mannheimer Produktion für die Sicherheits-

features und das Handling. Als Kriterien für die Stimmvergabe gab die Redaktion, die die Leserwahl zum dritten Mal durchführte, den sachkundigen Lesern die Punkte Aussehen/Design, Attraktivität, Innovation, Sicherheitsfeatures, Verarbeitungsqualität, Fahrerarbeitsplatz, Handling/Fahreigenschaften, Fahrgastfreundlichkeit sowie Fahrersicht nach außen vor. Zudem berücksichtigten die Redakteure den persönlichen Gesamteindruck der Teilnehmer bei der Auswertung. Insgesamt standen die Produkte von 13 europäischen Herstellern zur Wahl. □



MISSION POSSIBLE

Geniale Schubkraft im Multi-einsatz!



Schüttgut abschieben und nicht kippen!

Zum Beispiel beim Wegebau ...



... oder beim Schneetransport.

Original Abschiebewagen:

Dosiertes Abladen, beste Stand-sicherheit und restloses entleeren!

Jetzt Infos anfordern:

Martin Fliegl
Telefon 0 86 31 307 198
Fax 0 86 31 307 552

www.fliegl.com

Fliegl Bau- & Kommunaltechnik GmbH
Söderbergstraße 5, D-84513 Töging

Landkreis Main-Spessart:

Neuer Unimog im Winterdienst

Das modernste Winterdienstfahrzeug im Landkreis Main-Spessart ist neuerdings der Unimog U 400. Das bereits mit einem EURO5-Motor ausgestattete Fahrzeug wurde von Landrat Thomas Schiebel seiner Bestimmung übergeben.

Die Vorteile des EURO 5-Motors gegenüber dem EURO 4-Motor liegen auf der Hand. Der Ausstoß von Stickoxiden (NO) wird um weitere ca. 40 % gesenkt und die AdBlue-Eindüsung mit Euro 5 weiter optimiert. Das schont die Umwelt und den Geldbeutel. Zudem wird der Schadstoffausstoß durch den verminderten Kraftstoffverbrauch reduziert. Der Wartungsaufwand ist bei hoher Betriebssicherheit minimal, da alle Teile über eine lange Lebensdauer verfügen. Nicht nur deshalb erhofft sich der Landkreis einen erstklassigen Wiederverkaufswert für sein neues Fahrzeug.

Extreme Witterung

Der zunehmende Verkehr und immer häufigere extreme Witterungsverhältnisse stellen von Jahr zu Jahr höhere Anforderungen an die Qualität des Winter-



Ein Zugfahrzeug mit Fliegl Abschiebesystem beim winterlichen Schneeräumen. □

dienstes im Landkreis. Bei den 276 Kilometer zu betreuenden Straßen haben die Straßenwärter also alle Hände voll zu tun. „Gerade im Winterdienst hat die Sicherheit immer Vorrang“, ermahnte der Leiter der Abteilung Bauwesen, Gerhard Pülz, seine Mitarbeiter. So beginnt für einige Beschäftigte der Tiefbauverwaltung der Arbeitstag bereits zu nachtschlafender Zeit, wenn der Wetterbericht am Vorabend Minusgrade signalisiert oder Schneefälle ankündigt.

Angepaßtes Verhalten

Die Einsätze erfolgen von den Bauhöfen in Karlstadt, Marktheidenfeld und dem Gelände einer Wiesenthaler Firma. Neben den landkreiseigenen Fahrzeugen sind fünf weitere Fahrzeuge von Firmenunternehmen angemietet. Genügend Streusalz und Lauge

Internationale Handwerksmesse in München:

Mit dem Handwerk hat Elektromobilität Vorfahrt

Großes Produkt- und Informationsangebot über alternative und nachhaltige Antriebstechnologien

Die Internationale Handwerksmesse steht im wahrsten Sinne des Wortes unter Strom. Denn im Jahr 2010 wird Elektromobilität erstmalig auf der Leitmesse des Handwerks vom 3. bis 9. März 2010 präsent sein. Zahlreiche Anlaufadressen, wie der Gemeinschaftsstand der Bayerischen Handwerkskammern oder der Stand des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie gemeinsam mit dem ZVEH, bieten einen Überblick über die neue, emissionsfreie Fahrzeuggeneration. Beispiele von marktgängigen E-Autos, Fahrzeugprototypen und die nötige Technik wie Stromtankstellen oder die Batterien werden auf der Messe vorgestellt.

Der Nationale Entwicklungsplan der Bundesregierung sieht vor, dass in Deutschland im Jahr 2020 eine Million Elektrofahrzeuge unterwegs sein sollen. Angesichts der Endlichkeit der fossilen Brennstoffe und die kontinuierliche Reduktion der CO₂- und Schadstoffemissionen bietet die Elektrifizierung des Individualverkehrs dem Handwerk eine große Marktchance.

Gemeinschaftsstand

Welche Rolle das Handwerk bei dieser Antriebstechnologie von morgen bereits schon heute einnimmt, zeigt der Gemeinschaftsstand der bayerischen Handwerkskammern (Halle A3.135/240). Auf der „Straße der Elektromobilität“ werden Pioniere aus Bayern zur Mobilität der Zukunft vorgestellt. In diesem Jahr zeigen u. a. die Firmen elfar-Stalleicher (Trostberg), Fa. Smiles AG (Aub) und Quantyapar Xwindorf (Vilshofen) ihre Fahrzeuge.

Prototyp

Während Stalleicher in München den Prototypen eines Elektrofahrzeuges mit einer Methanol-Brennstoffzelle - dies ermöglicht das autarke Aufladen

Unterputz-Thermostat FIT von Eberle Controls:

Individuell und energiesparend heizen

Zahlreiche Möglichkeiten stehen Bauherren oder Renovierern offen, den eigenen Geldbeutel zu schonen und dauerhaft Energie einzusparen: von einer gedämmten Gebäudehülle über luftdichte Fenster und Türen bis hin zu regenerativen Energien in der Heiztechnik. Am effektivsten ist jedoch der Einsatz von moderner Regelungstechnik, da hier der größte Einspareffekt mit dem geringsten Kostenaufwand erzielt werden kann.

Aus diesem Grund hat Eberle Controls, Hersteller von Regelungs- und Steuerungstechnik aus Nürnberg, den programmierbaren Uhrenthermostat FIT zur Regelung der Temperatur in Einzelräumen entwickelt.

Mehrere Varianten

Der Unterputz-Thermostat FIT steht in mehreren Varianten zur Verfügung, abgestimmt auf die Anforderungen der unterschiedlichen Heizsysteme. Dabei ist der FIT für den Einsatz in Niedrigenergiehäusern besonders geeignet: Durch die direkte Sonneneinstrahlung steigt hier die Raumtemperatur schnell an und die Heizung fährt ihre Leistung automatisch zurück. Doch gerade bei Warmwasser-Fußbodenheizungen sind die Aufheizzeiten meist recht lang. Um diese zu verkürzen, kann der FIT so programmiert werden, dass er eine minimale Grundwärme im Boden hält, die vom Nutzer individuell einstellbar ist.

Zahlreiche Funktionen

Den optimalen Umgang mit

der Batterien bei Stillstandzeiten - zeigen wird, stellt die Fa. Smile den City-EL vor. Dieser Einsitzer erreicht eine maximale Geschwindigkeit von 60 km/h. Sein Cross-Motorrad stellt hingegen das Unternehmen Quantyapar vor, das sich u. a. durch keine Lärmbelastung und Nullemission auszeichnet. Ferner werden vom 3. bis 9. März 2010 am Gemeinschaftsstand auch Schrittmacher aus dem Zweiradhandwerk, wie die Firmen Zehentmaier (Rottach-Egern) und Zehentmaier (Eggenfelden) mit ihren Neuheiten vertreten sein. Schließlich werden elektrifizierte Stadträder oder Roller immer beliebter, um von A nach B zu kommen.

Begehrtes „E-Haus“

In der neu konzipierten Halle „Energie, Haus & Technik“ (Halle A4) wird das begehrte „E-Haus“ einer der Publikums-magnete. Unter der fachlichen Betreuung des Zentralverbandes der Deutschen Elektro- und Informationstechnischen Handwerke (ZVEH) wird am Stand des Bundeswirtschaftsministeriums (Halle A4.325/438) anschaulich gezeigt, wie das intelligente Haus der Gegenwart aussieht. Und auch hier spielt

der Ressource Energie machen diverse Funktionen möglich: Durch die Optimum-Start-Funktion spart FIT selbstständig Heizenergie ein, da er „lernt“, wie viel Vorlaufzeit notwendig ist, um die gewünschte Temperatur zur eingestellten Uhrzeit zu erreichen - unnötig langes und teures Vorheizen wird auf diese Weise vermieden. Sind die Bewohner mehrere Tage außer Haus, kann die Temperatur in dieser Zeit abgesenkt und mit der Urlaubsfunktion pünktlich zur Rückkehr wieder auf ein angenehmes Raumklima erhöht werden. Dazu muss lediglich das Datum von Urlaubsbeginn und -ende eingegeben werden.

der Ressource Energie machen diverse Funktionen möglich: Durch die Optimum-Start-Funktion spart FIT selbstständig Heizenergie ein, da er „lernt“, wie viel Vorlaufzeit notwendig ist, um die gewünschte Temperatur zur eingestellten Uhrzeit zu erreichen - unnötig langes und teures Vorheizen wird auf diese Weise vermieden. Sind die Bewohner mehrere Tage außer Haus, kann die Temperatur in dieser Zeit abgesenkt und mit der Urlaubsfunktion pünktlich zur Rückkehr wieder auf ein angenehmes Raumklima erhöht werden. Dazu muss lediglich das Datum von Urlaubsbeginn und -ende eingegeben werden.

Party-Kurzzeitimer

Geht man jedoch nur für einige Stunden außer Haus, kann die Temperatur in dieser Zeit mit dem Party-Kurzzeitimer den jeweiligen Bedürfnissen angepasst werden, ohne dass ein Eingriff ins Programm nötig wäre. Ist die Temperatur üblicherweise unter der Woche tagsüber abgesenkt, kann sie der Nutzer bei einem Urlaubs- oder

das Thema Elektromobilität eine große Rolle, denn schließlich braucht jedes Privathaus auch eine Ladestation für E-Autos. Über die Stromtankstelle (Home Charger) gelangt so die Sonnenenergie in die Autobatterie - in diesem Fall eines amerikanischen Sportwagens Tesla Roadster. Doch das komplett ausgestattete E-Haus hat noch mehr zu bieten. Auf 100 qm erfährt der Besucher u. a., wie man mit intelligentem Strommessen (Smart Meter) erkennt, wie viel z. B. Haushaltsgeräte in der Küche oder die HiFi-Geräte im Wohnzimmer verbrauchen.

www.der-flexible-Raum.de Container · Raummodule · Hallensysteme

Am Stand von E.ON Energie (Halle A4.267/368) erfährt man, woher der Strom für Elektrofahrzeuge kommt. Denn seit Juli 2009 gibt es in Zusammenarbeit mit BMW ein Pilotprojekt in München. Über das Stadtgebiet verteilt gibt es nun die Möglichkeit, Autos mit 12 Ampere oder 32 Ampere zu laden. Auf der Internationalen Handwerksmesse wird an einem MINI E gezeigt, wie einfach der Ladevorgang für E-Mobil-Fahrer aussieht: Stecker rein, Abdeckung zu und das Auto steht unter Strom.

Bayern Innovativ

Wie eine Stromzapfsäule aussehen kann, zeigt eine Vorserie

Krankheitstag über die Zuhause-Funktion schnell und unkompliziert anheben.

Um ein Gespür für den Energieverbrauch zu entwickeln, kann der Regler den Verbrauch der jeweils letzten Tage bis hin zu den vergangenen 12 Monaten darstellen. So bekommt der Nutzer die notwendigen Informationen, um den raumspezifischen Heizenergieverbrauch zu optimieren. Neben einem proportionalen Regelverfahren bietet der FIT auch eine Zweipunkt-Regelung. Für spezielle Anwendungen, bei denen die häufige Brennerschaltung vermieden werden muss, kann eine Wiedereinschaltverzögerung vorgegeben werden.

Raumtemperaturregler kann vollständig ausgeschaltet werden

Im Sommer kann der Raumtemperaturregler durch die integrierte Wirkungsumschaltung auch zur Kühlung der Räume eingesetzt oder auch vollständig ausgeschaltet werden. Die Ventil- bzw. Pumpenschutzfunktion sorgt dafür, dass Pumpen und Ventile nach der Sommerpause wieder problemlos anlaufen. Bei einem eventuellen Störfall wird die Heizleistung auf 30 Prozent verringert, somit kann der Raum weder überhitzen noch auskühlen.

Frostschutzfunktion

Die Gefahr von Schäden durch Kälteeinbruch und ausgeschaltetem Regler verhindert die Frostschutzfunktion, während die Unbefugten- und Kindersicherung einem ungewünschten Verstellen vorbeugt. Alle Varianten des Uhrenthermostats verfügen über einen Flashmemory-Speicher, in dem

des „E-Tower“ der EnWi-Etec GmbH (Eggenfelden). Sie ist einer der Aussteller am Stand von Bayern Innovativ und Cluster Automotive (Halle A4.259/358). Der Messebesucher erhält einen umfassenden Überblick über den aktuellen Forschungsstand im Bereich Elektromobilität. Des Weiteren ist die RUF Automobile GmbH (Pfaffenhausen) an diesem Stand vertreten. Sie präsentiert erstmalig auf einer Messe ihr allradgetriebenes Sport Utility Vehicle „Stormster“. Dieses Fahrzeug, das eine Höchstgeschwindigkeit von 150 km/h erreicht und eine Reichweite bis zu 200 Kilometer hat, fährt mit einer Lithium-Ionen-Batterie mit keramischer Speichertechnologie.

Blick in die Zukunft

Doch nicht nur auf Produktseite erwartet den Besucher auf der Internationalen Handwerksmesse ein Blick in die Zukunft. Die diesjährige Fachtagung des

Bayerischen Handwerkstages am Messesamstag (6. März 2010) zeigt in Vorträgen den Entwicklungsstand und die Potenziale auf. Unter dem Motto „Elektromobilität - eine Perspektive für das Handwerk“ erfahren die Handwerksbetriebe alles Wissenswerte über die technischen Herausforderungen, politischen Rahmenbedingungen, staatlichen Förderprogramme und neuen Schwerpunkte in der Aus- und Weiterbildung im Kfz-Gewerk. Weiterführende Informationen zu dem künftigen Kfz-Berufsbild gibt es zudem auf der Leistungsschau „Berufe rund ums Auto“, die vom Kfz-Gewerbe Bayern organisiert wird. □

alle Daten sicher aufgehoben sind - selbst bei einem Spannungsausfall.

Neben seinen zahlreichen praktischen Funktionen zeichnet sich der FIT durch eine hohe Bedienerfreundlichkeit aus - sowohl für den Installateur, als auch für den Endkunden. Durch die Klartextanzeige ist eine Bedienung nahezu ohne Anleitung möglich. Das sehr große Display mit Hintergrundbeleuchtung ermöglicht das einfache Ablesen der angezeigten Werte und das Bedienen des Steuerelements selbst bei ungünstigen Licht- und Sichtverhältnissen. Trotz der Vielzahl nützlicher Funktionen ist die Anzeige übersichtlich gegliedert und der Nutzer sieht nur die Informationen, die er gerade benötigt. Detailfunktionen sind über eine klar strukturierte Menüführung in Klartext erreichbar.

Bildung von Tagesblöcken möglich

Beim Einstellen der Schaltzeiten können Tagesblöcke gebildet werden: So besteht beispielsweise die Möglichkeit, Montag bis Freitag sowie Samstag und Sonntag zusammenzufassen, um gemeinsame Zeitprofile zu verwenden. Es können jedoch auch alle sieben Wochentage zusammengefasst oder jeder Tag individuell eingestellt werden. Pro Tag oder Tagesblock stehen bis zu neun Schaltzeiten zur Verfügung.

Die Programmierung dieser neuen Schaltzeiten kann jederzeit abgebrochen werden, beispielsweise wenn nur zwei Schaltzeiten benötigt werden. Weitere Auskünfte zu den Produkten von EBERLE Controls und zum Unternehmen unter www.eberle.de. □

IFH/Intherm 2010 in Nürnberg:

Weichen auf Grün

Wachstumsbranche „Erneuerbare Energien“ als Top-Thema

Vor allem um Kosten zu sparen, setzen Immobilienbesitzer zunehmend auf niedrigen Energieverbrauch. Bis zum Jahr 2020 soll außerdem per Gesetz der Anteil Erneuerbarer Energien am Wärmebedarf von derzeit sieben auf 14 Prozent steigen. Diese Tendenz eröffnet der SHK (Sanitär/Heizung/Klima)-Branche neue Marktchancen. Mit einem weiter wachsenden Anteil des Messeangebots rund um Erneuerbare Energien widmet sich die IFH/Intherm 2010 vom 14. bis 17. April im Messezentrum Nürnberg verstärkt der gesamten Palette an umweltschonenden Technologien.

Rund 50 Neuaussteller aus diesem Bereich nutzen den Branchentreff, um sich dem Fachpublikum zu präsentieren.

Nicht nur Zahl und Standgröße der angemeldeten Firmen versprechen ein gutes Klima auf der Fachmesse für Sanitär, Heizung, Klima und Erneuerbare Energien. Auch das Messeangebot und das begleitende Rahmenprogramm werden für eine starke Branchenplattform sorgen. Mit 650 Firmen, darunter mehr als 100 Neu-Ausstellern, geht die IFH/Intherm an den Start. In acht Hallen des Messezentrums Nürnberg erhalten Handwerker, Fachplaner, Architekten und Ingenieure auf 38.000 m² Netto-Ausstellungsfläche einen kompakten Marktüberblick. Aus erster Hand erfahren sie, welche marktreifen Lösungen die aktuellen gesetzlichen, gesellschaftlichen und technischen Anforderungen erfüllen.

Breites Spektrum

Vorgestellt wird das gesamte Spektrum alternativer Energieerzeugung in Ergänzung klassischer Heizsysteme. In den Hallen 7, 7A und 9 zeigt die Fachmesse die neuesten Fabrikate rund um Solarthermie, Blockheizkraftwerke, Wärmepumpen, Kraft-Wärme-Koppelung, Hackschnitzelanlagen, Photovoltaik, Pellet-Öfen und Solarpeicher. Außerdem kann sich der Fachbesucher über die komplette Bandbreite herkömmlicher Heizsysteme informieren. Dank ihrer ausgefeilten Technik bieten moderne Brennwertkessel günstige Voraussetzungen für eine effiziente Energienutzung.

Auf grün geschaltet ist auch der Ausstellungsbereich Klima- und Lüftungstechnik. Ob solarunterstützte Klimatisierung, ge-

othermische Energie für die Raumkühlung oder Wärmegewinnung in raumlufttechnischen Anlagen: Halle 9 zeigt ein ausführliches Angebot an energieeffizienten Klimälösungen - sowohl für den privaten Wohnbereich als auch für gewerbliche Bauten.

Bereich Sanitär

Einen kompletten Marktüberblick gibt es auf der IFH/Intherm 2010 ebenfalls im Bereich Sanitär. Hier stellt die Branche nicht nur das gesamte Angebotsspektrum, sondern auch ihre neuesten Fabrikate vor. Nachhaltige Sanitärleistungen spielen hierbei eine zentrale Rolle. In den Hallen 5 und 4 erfährt der Fachbesucher Wissenswertes über wassersparende Technologien - von modernen Filteranlagen und speziellen Wasseraufbereitungssystemen über sparsame WC-Spültechniken bis hin zu Druckminderern und Wasserenthärtern. Diese Lösungen ermöglichen es, den Wasserverbrauch erheblich zu reduzieren.

Rahmenprogramm

Die Ausstellungsbereiche der IFH/Intherm werden auch in einem umfangreichen, kostenfreien Rahmenprogramm abgebildet. Auf dem Zukunftsforum SHK in Halle 8 informieren die Profis vom Bundesindustrieverband Deutschland Haus-, Energie- und Umwelttechnik e.V. (BDH) sowie Aussteller und Experten über aktuelle Entwicklungen im SHK-Bereich. Die Themen der Kurzvorträge reichen vom „solaren Kühlen und Heizen“ über die „Trinkwasserhygiene durch Temperatur-Monitoring“ bis hin zur „Kraft-Wärme-Kopplung für das Einfamilienhaus“. DK

Energieeffizienz auf der IHM 2010

Sonderschau des Elektrohandwerks

Der Begriff „Energieeffizienz“ ist in aller Munde. Aber was steckt dahinter? Eine Antwort gibt während der Internationalen Handwerksmesse in München das „E-Haus“ der Elektrohandwerke. Die Sonderschau am Stand des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie in Halle A4 (Standnummer A4.325/438) zeigt zum Beispiel, wie Intelligentes Messen funktioniert, wie ein E-Sportwagen mit Sonnenenergie aufgeladen wird und was Grüne IT ist. Das „E-Haus - Energie, Effizienz, Elektrotechnik und Intelligenz in einem!“ wird organisiert vom Zentralverband der Deutschen Elektro- und Informationstechnischen Handwerke (ZVEH), Frankfurt/Main.

Das „E-Haus“ ist ein 100 Quadratmeter großes Modellwohnhaus mit sieben Räumen, in dem nahezu alle gebäudetechnischen, energieeffizienten Systeme im wahrsten Sinne des Wortes erlebbar werden. Küche, Bad, Büro, Technikraum, Garage und die zwei Wohnzimmer - ein herkömmliches und ein modernes im Vergleich - sind begehbar und jeweils nach außen offen.

Gezeigt wird das effiziente Zusammenspiel der verschiedenen Komponenten, alle auf dem weltweiten Standard KNX vernetzten Komponenten sind während der Messe in Betrieb. Dazu gehören energieeffiziente Beleuchtung und

TV, PC etc. (Grüne IT), die Erfassung und Auswertung von Verbrauchsmengen mit intelligenten Zählern (Smart Meter), vernetzte Hausgeräte, Photovoltaikanlagen und eine solare Hometankstelle für EMobile.

Das Smart-Meter-System visualisiert erstmals den individuellen Verbrauch jedes einzelnen Geräts auf einem Bildschirm. Und die Ladestation (Home Charger) für den amerikanischen Elektro-Sportwagen Tesla Roadster ist mit einer Tarifwahlfunktion ausgestattet, so dass der Kunde, nachdem er sich mit einer Chipkarte authentifiziert hat, den günstigsten Tarif wählen kann. □

Landkreis Donau-Ries:

Gesucht: Leihomas und Leihopas

Werbeoffensive gestartet - Viele Partner ziehen am gleichen Strang

Leihomas sind heiß begehrt, die Nachfrage steigt. Dort, wo sie im Einsatz sind ist die Freude groß: Bei den Kindern, den Eltern und auch bei den Leihomas. Grund genug für den Landkreis Donau-Ries nun eine Werbeoffensive für dieses begehrte Angebot zu starten.

„Wir sind froh über die zahlreichen Partner, die uns bei diesem Vorhaben unterstützen“, erzählt Landrat Stefan Rößle. Er steht hinter diesem Projekt, denn für ihn ist es ein kleiner, aber sehr wichtiger Baustein für ein bedarfsgerechtes und familienfreundliches System der Kinderbetreuung im Landkreis Donau-Ries. Eine Arbeitsgruppe im Bündnis für Familie hat in den vergangenen Monaten Ideen entwickelt, um potentielle Leihomas und Leihopas auf dieses Projekt aufmerksam zu machen.

Ehrenamtliches Potential

Vorgestellt wurden vom Landkreischef Rößle nun ein Plakat und ein Flyer, mit denen zukünftig im ganzen Landkreis für dieses Projekt geworben werden soll. „Wir sind sicher, dass in unserem Landkreis noch viel ehrenamtliches Potential schlummert“ meint dazu der Familienbeauftragte Günter Katheder-Göllner. Zusammen mit den fünf Leihoma-Stützpunkten will er dieses Potential wecken. „Wer gerne Zeit mit Kindern verbringt und eine neue Aufgabe sucht, für den kann

der Einsatz als Leihoma genau das Richtige sein“, so Katheder-Göllner weiter. Auf keinen Fall wolle man engagierte Menschen aus anderen Projekten und Initiativen abwerben.

Persönlicher Kontakt

Eines können und sollen die neuen Werbemittel aber nicht ersetzen: „Am besten lässt sich dieses Anliegen immer noch im persönlichen Kontakt vermitteln“, so Waltraud Eberhardt, die sich seit langem im Leihomaprojekt engagiert.

Deswegen wollen die Beteiligten auch weiterhin Wege suchen, um potentielle Leihomas direkt anzusprechen. Gelegenheiten nutzen und dorthin gehen, wo wir Interessierte treffen lautet das Prinzip der fünf Stützpunkte. Sie sei aber froh, so Eberhardt weiter, dass sie jetzt den Leuten bei diesen Gelegenheiten gleich Infomaterial in die Hand drücken kann. Und vielleicht werde bei dem ein oder anderen mit dem Plakat Interesse geweckt und er greife spontan zum Telefonhörer.

Ergänzt werden Flyer und Plakat noch durch einen kleinen Leitfaden. Wer sich konkret für

ein Engagement als Leihoma und Leihopa interessiert, kann darin alles Wissenswerte von A bis Z nachlesen. Ob es um die „Aufgaben einer Leihoma“ geht oder um „Versicherungsfragen“, in kurzen, verständlichen Kapiteln erhält man Antworten auf die wichtigsten Fragen rund um das Thema „Leihoma und -opa“.

Leihoma werden? Ganz einfach!

Warum gibt es im Landkreis (noch) nicht mehr Leihomas und Leihopas? Aus zwei Gründen, vermutet der Familienbeauftragte Katheder-Göllner. „Manche stellen es sich wahnsinnig schwierig vor, Leihoma zu werden; manche haben Angst davor, sich langfristig für etwas zu verpflichten.“ Beide Bedenken seien aber gar nicht nötig.

Natürlich sei Kontinuität wichtig. Aber Leihoma zu sein ist ein freiwilliges, ehrenamtliches Engagement. Leihomas entscheiden deshalb auch selbst, in welcher Form, wie oft und wie lange sie sich engagieren wollen. Und Leihoma zu werden, das sei nun wirklich ganz einfach. Fünf Schritte seien es bis dahin, die auch auf dem Flyer beschrieben werden:

Fünf Schritte

1. Melden Sie sich telefonisch

oder per E-Mail bei einem der Stützpunkte oder besuchen Sie diese einfach vor Ort!

2. Informieren Sie sich dort über die Rahmenbedingungen und lassen Sie sich von den Erfahrungen der aktiven Leihomas berichten.

3. Äußern Sie Ihre Wünsche. Sagen Sie, wie viel Zeit Sie einbringen möchten. Klären Sie, welche Hilfe und Unterstützung sie noch benötigen, um als Leihoma vermittelt zu werden.

4. Starten Sie in einen neuen Abschnitt Ihres Lebens, mit einer neuen Aufgabe, neuen Freunden, dem Lachen der Kinder und dem Gefühl, etwas wirklich Wichtiges zu tun. Sie sind jetzt Leihoma bzw. Leihopa!

5. Bleiben Sie mit der Organisation in Kontakt. Lernen Sie bei den regelmäßigen Infotreffen andere Leihomas und Leihopas kennen.

Lohnende Initiative

„Wenn auch nur zwanzig Interessierte den ersten Schritt tun und

Leihomas und -opas:

Details zum Projekt

► Leihoma-Einrichtungen gibt es mittlerweile in der ganzen Bundesrepublik. Die Idee, die aus Paris stammen soll, fand Nachahmerinnen vor allem in Großstädten wie München, Berlin und Frankfurt.

► „Liebe zu Kindern und ein gesunder Menschenverstand“ sind das Wichtigste für diesen Dienst. Lebenserfahrung mit Kindern, eine ausgeglichene, kontaktfreudige Persönlichkeit und die Lust sich mit Kindern zu beschäftigen sind gute Bedingungen, um als Leihoma tätig zu sein.

► Leihomas sind kein Ersatz für Tagesmütter, Haushaltshilfen oder Babysitter. Sie arbeiten ehrenamtlich, unterstützen stundenweise die Familien und erhalten hierfür Fahrtgeld, wenn welches anfällt.

► Die Stützpunkte des Leihoma-Projekts im Donau-Ries: Bündnis für Familie Asbach-Bäumenheim (0906/29 69 19), Mehrgenerationenhaus Donauwörth (0906/700 65 19), SOMIT e.V. Regionalbüro Monheim (09091/90 78 17), Soziale Stadt Oettingen (09082/ 4659), Evangelisches Bildungswerk Donau-Ries e.V. – Nördlingen (09081/22 180 c/o Waltraud Eberhardt)

► Weitere Informationen im Internet: www.donau-ries.de □

die Hälfte von ihnen irgendwann als Leihoma oder Leihopa startet,

dann hat sich unsere Werbeoffensive schon gelohnt“ steckt Landrat Rößle die Ziele ab. Ein ehrgeiziges oder ein realistisches Ziel? Egal – im Interesse der Familien, die sich sehnsüchtig eine Leihoma wünschen, ist zu hoffen, das Landkreis, Bündnis für Familie und die Leihoma-Stützpunkte viele neue Leihomas und Leihopas gewinnen. □



Landrat Stefan Rößle (links) und der Familienbeauftragte Günter Katheder-Göllner präsentierten Plakat und Flyer zum Leihoma-Projekt. □

Kindergartens St. Christophorus aus Fürth. Die Koordinatorin für die Beratungslehrkräfte im Landkreis Fürth informierte wiederum über die offene und gebundene Ganztageschule. Dass auch Kooperationen zwischen Kindertagesstätten und der Kindertagespflege funktionieren können, zeigte schließlich das Kinderbüro aus Garmisch-Partenkirchen auf. Das Kinderbüro Garmisch-Partenkirchen qualifiziert Tagesmütter und Tagesväter, vermittelt Tagesmütter, Tagesväter und Babysitter, berät Eltern in der Wahl der Betreuungsform, sorgt für die optimale Betreuung Ihrer Kinder zu flexiblen Zeiten und organisiert Vertretungstagesmütter bei Krankheit und Urlaub.

In 13 Qualifizierungskursen wurden bislang über 180 Tagesmütter und -väter qualifiziert. Acht Babysitter stehen zur Vermittlung zur Verfügung. Außer-

dem bietet das Kinderbüro vielfältige Weiterbildungsangebote, angelehnt an den Bayerischen Bildungsplan, die nicht nur von qualifizierten Betreuungspersonen genutzt werden können sowie regelmäßige Angebote für Kinder und Erwachsene.

Austausch

„Die dritte Familienkonferenz gab wieder sehr viele Möglichkeiten zum gegenseitigen Austausch. Ich bin mir sicher, dass alle Gäste viel Wissenswertes für ihre tägliche Arbeit mitgenommen haben“, stellte Landrat Dießl zum Abschluss fest. Er bedankte sich bei Maximilian Gaul, dem Vorsitzenden des „Runden Tisches Familie“, dem Verein „1-2-3 e.V.“ sowie bei Jugendhilfepfängerin Tabea Höppner für die umfangreichen Vorbereitungsarbeiten. **DK**

Familienkonferenz im Landkreis Fürth:

Kinderbetreuung auf hohem Niveau

„Gut betreut ist halb gewonnen“ lautete das Motto der dritten Familienkonferenz des Landkreises Fürth in Oberasbach. Vor weit über hundert Gästen wurden Fakten, Trends und praktische Beispiele aus dem Bereich der Kindertagesbetreuung aufgezeigt. Auf Einladung des „Runden Tisches Familie“ und des Vereins „1-2-3 e.V.“ waren neben Kommunalpolitikern und Sachbearbeitern der Gemeinden auch Vertreter der Kindertageseinrichtungen, Schulen, Elternbeiräte, Jugendhäuser, Freien Träger, Kirchen sowie Tagespflegepersonen und ehrenamtlich Tätige anwesend.

Landrat Matthias Dießl betonte eingangs, dass die Familie nicht zu ersetzen sei. Das wolle auch niemand. Dennoch sei eine gut organisierte und strukturierte Kinderbetreuung wichtig: „Insbesondere Familien, bei denen beide Elternteile berufstätig sind, können entlastet werden“, so Dießl. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf werde gefördert. Kognitive, emotionale und motorische Defizite von Kindern könnten früher erkannt und ausgeglichen werden. Kinder aus sozial benachteiligten Familien würden Sicherheit, Geborgenheit und Förderung erfahren. Durch die frühkindliche Bildung, könnten Kinder sogar eher aufs Gymnasium gehen und dadurch einen höheren Abschluss erzielen.

Über dem Durchschnitt

„Die Weichen werden also in jungen Jahren gestellt, deshalb ist es dem Landkreis so wichtig, dass die Kinderbetreuung auf einem hohen Niveau stattfindet“, verdeutlichte der Landrat. Die aktuelle Situation im Landkreis Fürth gestaltete sich laut Jugendhilfepfängerin Tabea Höppner positiv. Bei den unter Dreijährigen sei eine Versorgungsquote über dem bayernweiten Durchschnitt erreicht worden.

Nachdem Dr. Eckard Schiffer, ehemaliger Chefarzt für psychosomatische und psychotherapeutische Medizin am Christlichen Krankenhaus Quakenbrück in

Einblick

Einem Einblick in seine Arbeit gab zunächst das fünf Familienbüro aus Stein. Über spannende Ferienbetreuungsprojekte informierten der AWO-Bezirksverband und ein Vertreter der Gemeinde Veitsbronn. Wie ehrenamtliches Engagement in einer Kindertageseinrichtung aussehen kann, stellte das „Zentrum Aktiver Bürger“ aus Nürnberg vor. Zwischen Januar 2005 und Dezember 2006 war das ZAB am Modellprojekt „Große für Kleine“ des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) beteiligt. Ziel war es, möglichst reichhaltige Tätigkeitsfelder für Ehrenamtliche zu entwickeln, die den Bildungsanspruch der Kitas stärken. Daraus ist eine Vielzahl an Einsatzmöglichkeiten entstanden, die es den Ehrenamtlichen ermöglichen, sich nach ihren Interessen, Fähigkeiten und zeitlichen Möglichkeiten in Kindertagesstätten einzubringen.

Mit welchen Aktivitäten sich die Freiwilligen des ZAB in Kitas engagieren, zeigen folgende Beispiele: Eine Chemielehrerin führt mit den Kindern einfache natur-

wissenschaftliche Experimente durch; eine Frau kommt einmal in der Woche zum Vorlesen; ein Hobbyschreiner werkelt mit zwei bis drei Kindern an der Werkbank; eine Informatikerin schult Erzieherinnen im Umgang mit dem PC; eine Familienpatin betreut die Kinder während des Elternabends. Das ZAB bietet Fortbildungen für die freiwilligen Mitarbeiter im pädagogischen Bereich an. Auch die Erzieherinnen werden auf die Zusammenarbeit mit Freiwilligen vorbereitet.

Tipps für die Arbeit im Kindergarten gab es von der Leiterin des

KPV-Kreisverbände Günzburg und Neu-Ulm:

Spannungsfeld zwischen Kommunen und Unternehmen

Finanzdirektor Emil Schneider vom Landkreistag zu Gast

Nur eine „Verlockung“ um die Einnahmen zu verbessern oder eine zwingende Notwendigkeit, einen defizitären Haushalt auszugleichen? Viele Kommunen suchen nach Möglichkeiten, ihre Einnahmen zu verbessern, um den steigenden Ausgaben Herr zu werden. Wegen der Möglichkeit, dass Einzelunternehmen und Personengesellschaften bis zum 3,8fachen des Gewerbesteuerermessbetrages von der Einkommenssteuer absetzen können, wird in einigen Ratsgremien darüber nachgedacht, die Gewerbesteuer deutlich zu erhöhen. Dazu kommt, dass alles, was über 300 Punkte erhoben wird, bei den Kommunen bleibt und nicht in die Umlagenberechnung einfließt.

Emil Schneider vom Bayerischen Landkreistag schilderte zunächst die Zusammenhänge und vor allem die Abhängigkeiten der kommunalen Finanzen von Land und Bund. Gemeinde und Städte bilden mit Landkreis und Bezirken Schicksalsgemeinschaften. Sie müssen auf Umlagen zurückgreifen, um ihrer Aufgabe der Daseinsvorsorge nachkommen zu können. „Damit der Sozialstaat, wie wir ihn kennen, funktioniert“, so der ausgewiesene

Finanzexperte. Am ertragsreichsten ist immer noch die Gewerbesteuer. Einige Unternehmen gestanden ein, es so kompakt noch nie gehört und auch noch nicht ganz verstanden zu haben.

„Anrechenbarkeit“ Kern- und Knackpunkt des Referats und der Diskussion war jedoch die Anrechenbarkeit der Gewerbesteuer bei der Einkommensteuer. Dies greift nämlich nicht bei Kapitalgesellschaften und GmbHs. Kämmerer und Kommunalpolitiker sollten daher dringend prüfen und ventilieren, von welchen Gewerbebetrieben kommen vor Ort die Steuern. Wie geht es denen? Wichtig ist, dass die Menschen eine Beschäftigung haben. Dazu sollte die Kommune als Gewerbestandort auch attraktiv bleiben.

Roland Bürzle, 24 Jahre Bürgermeister in Bellenberg und jetzt Stellvertreter des Landrates in Neu-Ulm, erläuterte sein Rezept, um aus einer finanziellen Tiefphase zu kommen. Er empfahl die Drittellösung: Einsparen, Kreditaufnahmen und Erhöhung der Grundsteuer. Dies aber zeitlich begrenzt. Damit sind alle eingebunden, auch die Flächen von Gewerbebetreibern. **hj**

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Jakob Döring

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Peter Müller

Florian Hahn (KPv)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 44 vom 01.01.2010

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.deInternet: <http://www.gemeindezeitung.de>

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Pressdruck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Kreientwicklungsprogramm Neu-Ulm:

Erfolgreicher Auftakt

Mehr Partizipationsmöglichkeiten für die Bürger an politischen Prozessen – das ist eine viel gestellte und diskutierte Forderung in der Debatte über die zukunftsgerechte Weiterentwicklung der Demokratie. Der Landkreis Neu-Ulm greift diese Forderung auf, in dem er seine Bewohner einlädt, sich an der Erarbeitung seines Kreientwicklungsprogramms zu beteiligen. „Um gut für die Zukunft gerüstet zu sein, sind wir auf Ideen und Kreativität aus unserer Bürgerschaft angewiesen“, betont Landrat Erich Josef Geßner. Nur gemeinsam werde es gelingen, „die Weichen so zu stellen, dass wir auch künftig im Wettbewerb mit anderen Landkreisen, kreisfreien Städten und Regionen erfolgreich bestehen können“.

In den vergangenen Monaten wurde die Kreientwicklung nicht nur auf eine breite und verlässliche Datenbasis gestellt, sondern man befasste sich auch intensiv mit deren planerischen Aspekten. Entstanden ist ein Exposé, das die Ausgangslage des Landkreises Neu-Ulm zum Ende des Jahres 2009 darstellt. Es zeigt, dass der Landkreis hervorragend aufgestellt ist. Das bestätigen auch diverse externe Studien, wie sie etwa die Industrie- und Handelskammer (IHK) Schwaben, die Initiative soziale Marktwirtschaft und das Wirtschaftsmagazin „Focus Money“ in Auftrag gegeben haben.

Gute Position ausbauen

„Wir dürfen uns allerdings nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen, sondern müssen im Interesse unserer Bürger alles daran setzen, unsere gute Position auszubauen“, gibt Landrat Geßner als Ziel aus. Die Leitlinien und praktikablen Vorschläge dazu sollen im Kreientwicklungsprogramm zusammengefasst werden, das der Kreistag Ende 2011 – so die zeitliche Planung – verabschieden soll. Vorangehen soll ein zweijähriger, intensiver Erarbeitungsprozess. Der Startschuss fiel bei der „Zukunftswerkstatt Bildung“ in Weißenhorn, an der etwa 200 Bürger teilnahmen.

„Bildung und Wissenschaft“ ist gleichzeitig ein Feld, für das ein Arbeitskreis eingerichtet werden

soll. Drei weitere sind für die Themen „Mensch und Gesellschaft“, „Wirtschaft, Arbeit und Verkehr“ sowie „Bauen und Umwelt“ vorgesehen. Geleitet werden die Arbeitskreise von Experten aus dem Landratsamt. In den vier Halbjahren bis Ende 2011 soll jeder Arbeitskreis jeweils mindestens einmal zusammenkommen und in gemeinsamer Diskussion Inhalte für das Kreientwicklungsprogramm konzipieren. Die Sitzungen sollen nicht stets an ein und demselben Ort, etwa im Landratsamt in Neu-Ulm, stattfinden, sondern möglichst immer in einer anderen Stadt oder Gemeinde des Landkreises.

Megathema Bildung

Das Megathema Bildung hat der Landkreis Neu-Ulm bewusst an den Beginn des knapp zweijährigen Erarbeitungsprozesses für sein Kreientwicklungsprogramm gesetzt, denn – so begründete Landratschef Geßner in seiner einführenden Rede bei der Zukunftswerkstatt – „Bildung ist die wichtigste Ressource des 21. Jahrhunderts gerade in einem rohstoffarmen Land wie Deutschland“. Unter Bildung versteht der Landrat freilich mehr als Wissensanhäufung; Bildung erfordert nach seiner Auffassung dreierlei: Fachkompetenz, ein möglichst breites Allgemeinwissen und soziale Kompetenz. „In dieser Ganzheitlichkeit wollen wir das Bildungsangebot im

Landkreis verbessern und fortentwickeln – und das nicht nur in der Schule, sondern im gesamten Lebenslauf.“

Nach einer intensiven sog. Themenfindungsrunde bildeten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer insgesamt zehn Themenbezogene, sich selbst organisierende Arbeitsgruppen. Darin wurden die Themen in freier Diskussion vertieft, Knackpunkte identifiziert und Lösungsvorschläge gesammelt. Die „Zukunftswerkstatt zur Bildungsregion“ endete mit einer gemeinsamen Abschlussrunde, in der die Ergebnisse aus den einzelnen Arbeitsgruppen präsentiert wurden.

Konkrete Maßnahmen

Landrat Geßner und der Kreientwicklungsbeauftragte im Landratsamt, Raphael Bögge, zeigten sich nach Ende der Zukunftswerkstatt „sehr zufrieden“ über den Verlauf der Veranstaltung und die Resonanz, auf die sie gestoßen ist. „Der Auftakt des Kreientwicklungsprozesses ist ablauf gelungen. Jetzt gilt es, von da ab, wo wir nun stehen, erfolgreich fort zu fahren“, hob der Landratschef hervor.

Nach dem Platzen des Kreistages ist geplant, das fertige Kreientwicklungsprogramm Anfang 2012 bei einer öffentlichen Präsentationsveranstaltung vorzustellen. Damit ist die Kreientwicklung freilich noch längst nicht abgeschlossen. „Das Programm ist ja kein Selbstzweck, sondern soll durch konkrete Schritte und Maßnahmen sukzessive umgesetzt werden“, erläuterte Bögge. Das wird von 2012 an der bürgerschaftliche Auftrag an die Kreispolitik und -verwaltung sein. Sachzwänge, finanzielle Restriktionen sowie gesetzliche und politische Rahmenbedingungen werden dabei selbstredend Einfluss darauf ausüben, was mach- und realisierbar ist. DK

Modellprojekt Senioren im Markt Heiligenstadt/OFr.:

Lebens- und Wohnsituation von Senioren

Analyse und Handlungskonzept aus medizinischer und kommunalwissenschaftlicher Sicht

Ein zentraler Bestandteil dieser Untersuchung ist die Durchführung einer mündlichen Befragung aller über 50-jährigen Bürger und Bürgerinnen im Markt Heiligenstadt. Dabei soll ein Fragebogen zur Lebens-, Wohn- und gesundheitlichen Situation ausgefüllt werden. Studentische Hilfskräfte werden alle über 50-jährigen Einwohner der Gemeinde interviewen. Die Teilnahme an der Befragung ist selbstverständlich freiwillig.

In den ersten zwei Märzwochen werden die Studenten im Markt Heiligenstadt von Haus zu Haus gehen und die Befragung durchführen. Das Ausfüllen des Fragebogens dauert ca. 20 - 30 Minuten. Es werden Fragen zur derzeitigen Wohnsituation, zu den Zukunftsplänen und –wünschen bezüglich der Wohnsituation, zu gesundheitlichen Risikofaktoren und Einschränkungen im Alltag und Fragen zu Bildung und Beruf gestellt werden. Außerdem wird es, um den Kontakt mit Ärzten und um Fragen der gesundheitlichen Befindlichkeit gehen.

Nachfrage in 5 Jahren

In fünf Jahren ist eine Nachbefragung zur Erfassung von Veränderungen der Situation von Senioren im Markt Heiligenstadt geplant. Für die Teilnahme an der Nachbefragung wird eine schriftliche Einverständniserklärung eingeholt. Diese Erhebung unterliegt strengsten Datenschutzkriterien. Sollte man nicht damit einverstanden sein, in fünf Jahren

noch einmal aufgesucht und befragt zu werden, wird der Name der Befragten bei der diesjährigen Studie erst gar nicht erfasst. Helmut Krämer, Bürgermeister von Heiligenstadt, sieht in der Studie eine große Chance für die zukünftige Entwicklung der Marktgemeinde und appelliert an die Bürger, an der Befragung teilzunehmen. „Nur wenn wir heute erfassen, welche Ansprüche wir heute haben und was wir von der Zukunft erwarten, kann die Gemeinde rechtzeitig auf die Auswirkungen des demographischen Wandels reagieren und auch in den kommenden Jahren bedarfsgerecht planen“, so der Bürgermeister.

Der Hintergrund

In Oberfranken besteht seit Jahren eine rückläufige Bevölkerungsentwicklung. Dies ist einerseits auf Abwanderung und eine höhere Sterbe- als Geburtenrate zurückzuführen. Der Regierungsbezirk ist außerdem von einem hohen Anteil an über 65-jährigen geprägt.

„Um die zukünftigen Folgen dieser Entwicklung besser abschätzen zu können, will das interdisziplinäre Modellprojekt „Senioren im Markt Heiligenstadt“ die derzeitige Lebens- und Wohnsituation von Senioren darstellen und deren Wünsche und Bedürfnisse aufzeigen“, sagt Frau Prof. Träger-Weiß vom Lehrstuhl für Regionalentwicklung und Raumordnung der Technischen Universität Kaiserslautern. Diese Untersuchung wird von ihrem Lehrstuhl und dem Institut für Allgemeinmedizin der Technischen Universität München gemeinsam durchgeführt.

Spezielle Infrastruktur

Die Ergebnisse der Studie sind für die Entwicklung und Planung einer speziellen Infrastruktur für Senioren äußerst wichtig. Außerdem sind, laut Herrn Dr. Peter Landendorfer, Lehrbeauftragter für Allgemeinmedizin der Technischen Universität München, die gewonnenen Erkenntnisse für die Bedarfsplanung der künftigen medizinischen Versorgung unerlässlich. Die Verbindung von medizinischen und regional- und kommunalwissenschaftlichen Aspekten macht die Studie zu einem in Oberfranken bisher einmaligen Modell- und Pilotprojekt. □

GZ

Gestern

hat mein Chef gesagt ...



„Respekt! Eine so schnelle, konsequente und unpräzise Reaktion auf einen Fehler beweist eine bewundernswerte menschliche Größe.“ Mein Chef, der Bürgermeister, zog seinen Hut vor der Entscheidung Margot Käßmanns, nach ihrer Trunkenheitsfahrt durch Hannover alle Ämter abzulegen.

Klar, bei einem Fehltritt unseres Bürgermeisters wären die Medien nicht republikweit über Tage voll von Berichten über ihn, seine Hintergründe, seine früher einmal geäußerten Ansichten über Alkohol am Steuer und dies und das. Aber eine Grundsatzfrage stellt sich für den kleinsten Dorfschulzen wie für den Minister oder die Bischöfin: Wie werde ich den Ansprüchen der Öffentlichkeit gerecht?

Zum Beispiel dem Anspruch, Vorbild zu sein. Wobei das Ganze ja schon ein bisschen paradox

weiblichen wie auch entgegen anderslautenden Gerüchten dem männlichen Teil der Menschheit seit Anbeginn der Zeiten eigen ist, werden wir es immer zu verdanken haben, dass man in einer kleinen Stadt erfährt, wann und wo sich der Bürgermeister die Haare schneiden lässt, dass seine Frau innerhalb von drei Monaten jetzt schon die zweite Beule in seinen neuen Wagen

gefahren hat und seine Tochter mit einem ausgeht, der irgendwie so aussieht, als sei er nicht von hier. Alles schön und gut und allzumenschlich – aber warum haben die Leute nicht mal so viel Respekt vor der Privatsphäre ihrer gewählten Vertreter, wie sie es für sich reklamieren würden?

Das ist natürlich alles harmlos im Vergleich zu Spitzenpolitikern oder den Spitzenrepräsentanten wichtiger gesellschaftlicher Gruppen. Von Paparazzi hat man ja schon gehört, die uns offenbaren, wie Ministerpräsidenten in der Badehose aussehen und dass die Kanzlerin im Urlaub weiße Socken im 80er-Jahre-Stil trägt. Aber das jetzt Münte und Co. mit quasi-heimdienstlichen Mitteln ausspioniert werden ist neu. Und das Schlimmste: Selbst wenn sicherlich nur die Wenigsten glauben, dass die beschuldigte Zeitschrift diese Praktiken angewendet hat – so gut wie keiner hält es für absurd, dass solche Methoden von wem auch immer angewendet werden.

Menschliche Größe

ist: Einerseits liegen Politiker und andere, die im öffentlichen Leben stehen, regelmäßig am Ende der Skala der Berufsgruppen, die in der Bevölkerung hohes Ansehen genießen. Wenn es aber darum geht, dass man sich vielleicht mal im Ton vergreift, die political correctness etwas schleifen lässt oder es mit der ehelichen Treue nicht so genau nimmt, dann sollen sie plötzlich Vorbilder sein, die die Tugenden der Heiligen mit moralischer Rigorosität à la Lila-Latzhosen-Feminismus verbinden.

Im Kern geht es doch um die alte Erkenntnis von Kurt Tucholsky, nach der derjenige, der in der Öffentlichkeit die Kegel schiebt, es sich gefallen lassen muss, wenn nachgezählt wird. Die öffentliche Figur, die man als Politiker ist, bestimmt die Maßstäbe, die an einen angelegt werden. Wer aber aus dieser Öffentlichkeit macht sich Gedanken über die Zumutung, die damit verbunden ist? Gut, niemand sollte sich als Bürgermeister, Landrat oder auch nur Gemeinderat aufstellen lassen, dem es unangenehm ist, im Supermarkt erkannt, von wildfremden Gestalten mit Handschlag begrüßt und mit irgendwelchem Pillepalle zusetextet zu werden. Und der Klatsch- und Tratschsucht, die dem

the Sabriul



Schulleiter Arthur Pfoser und Schulbürgermeister Gerhard Weber (r.) in der Aula. Bild: osr

Neues Von-Müller-Gymnasium Regensburg:

„Unser Mensa-Essen ist voll cool“

Nach den Faschingsferien übernahmen Schüler und Lehrkräfte den Neubau ihres Von-Müller-Gymnasiums (VMG). Gleich zu Beginn kam Schulbürgermeister Gerhard Weber und ließ sich von der „reibungslosen Inbetriebnahme“ berichten. Die neue Schule an der Erzbischof-Buchberger-Allee ist das erste öffentliche Ganztagsgymnasium in Ostbayern, das kostenfrei ist. Es hat rund 21,5 Millionen Euro, an denen sich der Landkreis mit zwei Millionen beteiligt hat, gekostet.

Zufriedene Gesichter zeigten alle, die im neuen VMG lehren und lernen, als sie dem Bürgermeister, Schulleiter Arthur Pfoser und dessen Vertreter Hans Welck und Elisabeth Schwabenbauer beim Rundgang begegneten. Räumlichkeiten und Ausstattung lobten sie im Gespräch mit Weber ebenso wie die Licht durchfluteten Räume und den Blick in den grünen Karl-Freitag-Park, „ein schönes und zweckmäßiges Ge-

bäude“. Und was für ein Ganztagsgymnasium ganz wichtig ist, brachten die Kinder der 6 c vielmals auf den Punkt: „Das Mensa-Essen ist voll cool.“

Das pädagogische Konzept haben Pfoser und sein Kollegium selbst entwickelt, so Leiter Martin Schönberger. Entstanden ist eine Schule, die nur noch wenig mit dem zu tun hat, was man landläufig unter einer Schule kennt. Der Bürgermeister: „Natürlich ist eine

Ganztagschule für die Lehrkräfte mit zusätzlichen Belastungen verbunden, aber sie ist auch eine pädagogische Herausforderung.“ Das neue Gymnasium hat 32 Klassen und die notwendigen Fachräume für 1 200 Schüler. Außerdem wurden die erforderlichen Oberstufenzimmer und Räume für Mittagstagesbetreuung und Ganztagesbetrieb geschaffen. Da findet man an den Türschildern dann Bezeichnungen wie Studierraum, Kreativraum, Tonstudio, Musikpavillon, Lernbüro, Kursraum oder Teamraum. In der Nähe der Klassenzimmer, die auf höchstens 25 Schüler ausgelegt sind, hat jeder Schüler sein persönliches Schließfach. Und neben den Klassenzimmern sind Gruppenräume zur Lernvertiefung eingerichtet, wo Lehrkräfte eine individuelle Förderung je nach Leistungsstand anbieten können.

Mediensäulen

Allein für die Technik des neuen Hauses wurden 3,5 Millionen Euro umgesetzt. Das heißt hochwertiger und großzügiger Ausstattung mit Computern und einem Beamer in jedem Unterrichtsraum sowie Mediensäulen, von denen aus zum Beispiel auch die automatischen Schiebefenster gesteuert werden können. Das heißt aber auch eine über 600 Quadratmeter große Fotovoltaikanlage auf dem Dach.

Am Schluss des Rundgangs machte Schulleiter Pfoser Bürgermeister Weber noch auf einen kleinen Anbau direkt am Haupteingang aufmerksam – die Informationsloge. Hier erhalten Schüler, Lehrer, Eltern und Besucher alle Auskünfte, die sie wünschen oder brauchen. Weber dazu: „Und ein Sicherheitsaspekt ist sie an dieser Stelle auch.“ MS.

Landräte aus Niederbayern und der Oberpfalz:

Basteln an Europaregion

Die niederbayerischen und Oberpfälzer Landräte wollen eine große Europaregion aufbauen. Dies wurde bei Arbeitstagen in Deggendorf und Grafenwiesen deutlich. Gemeinsam mit den Regionen Südböhmen und Pilsen aus Tschechien, Oberösterreich und dem Waldviertel aus Österreich sowie der Oberpfalz will man sich laut Deggendorfs Landrat Christian Bernreiter in Europa einen Namen machen.

Vor allem in den Bereichen Wirtschaft und Tourismus soll die neue Europaregion wirken, außerdem solle ein Gegengewicht zu den Metropolregionen München und Nürnberg geschaffen werden.

Weiterhin sehen Niederbayerns Landräte die Region zu schlecht an München und den Flughafen angebunden. Die bisherige Anbindung per Bahn sei nicht optimal. Die Landräte aus Niederbayern fordern zunächst einen zweigleisigen Ausbau der Bahnstrecke zwischen Plattling und Landshut.

Regionalmarketing ankurbeln

Stärker ankurbeln wollen die Landkreise zudem das Projekt „Regionalmarketing Niederbayern“. Das Regionalmanagement als Instrument der Landesentwicklung leiste durch den Aufbau regionaler fachübergreifender Netzwerke in den Landkreisen und kreisfreien Städten einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit. Durch diese Netzwerke soll das vorhandene Potenzial in Teilregionen optimal genutzt und deren eigenverantwortliche Entwicklung nachhaltig gestärkt werden.

Bernreiter zufolge geht es bei der Vermarktung der Marke „Niederbayern“ um die Steigerung von Bekanntheit, Ansehen, Interesse und Anziehungskraft.

Außerdem sei es das Gebot der Stunde, die Interessen der Wirtschaft insgesamt und einzelner Unternehmen im Speziellen konsequent zu unterstützen.

Nach dem Beispiel ihrer niederbayerischen Kollegen machen sich auch die Oberpfälzer Landräte stark für die geplante Europaregion Donau-Moldau. Wie sie bei ihrer Sitzung im Landkreis Cham deutlich machten, sehen sie in dem Zusammenschluss eine Chance für den ländlichen Raum, sich für die ab 2014 laufende Ziel-3-Förderung gegenüber den Metropolregionen München, Wien und Prag zu positionieren. „Nur so bleiben wir konkurrenzfähig im europäischen Konzert“, betonte Vorsitzender Simon Wittmann (Neustadt/Waldnaab).

Bahnanschluss

Ein weiteres Schwerpunktthema der Tagung war die Frage der Bahnbindung an den Münchner Flughafen. Dass inzwischen die „Neufahrer Kurve“ favorisiert wird, ist für die Oberpfälzer Landräte laut Wittmann ein „Schritt in die richtige Richtung, aber noch lange nicht die Ideallösung“. Wittmann plädierte für eine Lösung ohne Umstiege, sprich eine durchgehende Bahnlinie von Regensburg über den Flughafen Franz-Josef-Strauß bis zum Ostbahnhof München. Es mache keinen Sinn, von Re-

gensburg und München aus jeweils eine Bahnstrecke in einem Kopfbahnhof am Flughafen enden zu lassen, so die Meinung der Landräte.

Einstimmig sprachen sie sich gegen einen aktuellen Vorschlag zur Abschaffung der Unteren Jagdbehörde bei den Landratsämtern aus und befürworteten die Einführung eines einheitlichen Ansprechpartners für ausländische Wirtschaftsinvestoren.

Sieg der Vernunft

Als „Sieg der Vernunft“ wertete der Präsident des Bayerischen Landkreistages, Chams Landrat Theo Zellner, die jüngste Entwicklung in Sachen Jobcenter. Eine Grundgesetzänderung soll die

Euregio Inntal Preisverleihung 2010:

Starke Verwurzelung

Zum mittlerweile fünften Mal zeichnete die Euregio Inntal Personen und Institutionen aus, die sich große Verdienste um die grenzüberschreitenden Beziehungen im Gebiet zwischen Traunstein, Rosenheim, Kufstein und Kitzbühel erworben haben.

Über 100 Mitglieder und Freunde der Euregio, darunter Rosenheims Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer, Nationalrat Josef Lettenbichler, die Bezirkshauptmänner Christian Bidner und Michael Berger, der stellvertretende Rosenheimer Landrat Erich Ellmerer sowie zahlreiche Bürgermeister und Interessensvertreter aus der Region, wohnten dem Festakt im österreichischen Going am Wilden Kaiser bei.

Grenzüberschreitende Begegnung

In persönlichen und mitunter auch launigen Worten würdigten die Laudatoren, darunter Landtagspräsident a. D. Alois Glück, die Protagonisten des Abends, die in unterschiedlicher Weise die Euregio nachhaltig geprägt haben. Dazu zählen Ehrensenator MdL a. D. Adolf Dinglreiter, der sich insbesondere im Wirtschafts-, Verkehrs- und IT-Bereich beson-

Fortführung der bewährten Arbeitsgemeinschaften zwischen den Landkreisen und der Agentur für Arbeit ermöglichen. „Es geht hier nicht um Parteiempfindlichkeiten, sondern um mehr als fünf Millionen Menschen“, meinte Zellner, der sich in dieser Angelegenheit laut Wittmann als „Wanderprediger“ betätigt hat.

Personalwechsel

Nachdem der frühere Regierungspräsident Wilhelm Weidinger angekündigt hatte, den Vorsitz beim Regionalmarketing Oberpfalz abzugeben, schlugen die Landkreise die amtierende Regierungspräsidentin Brigitta Brunner als Nachfolgerin vor. Im Beirat von Oberpfalz-Marketing sollen künftig auch Landräte, Oberbürgermeister, die Präsidenten der Fachhochschulen und der Universität Regensburg vertreten sein, lautete eine weitere Option der Landräte. **DK**

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt ein Prospekt der LfA Förderbank Bayern bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

Günzburg:

Landrat Hubert Hafner überbringt 1000. Willkommensgruß

Auch in 2010 gratuliert der Landkreis Günzburg wieder allen Eltern der neuen Landkreiserdenbürger.

Über den 1.000 Willkommensgruß, den Landrat Hubert Hafner diesmal persönlich überbrachte, freute sich die Günzburger Familie Fiyi. Ihr Sohn Kenan erblickte in der Günzburger Klinik Mitte Januar das Licht der Welt. Mit dem Willkommensgruß „Wie schön, dass du geboren bist“ erhalten die Eltern praktische Tipps und Informationen zu unterschiedlichen Themen, wie Gesundheit, Ernährung und Pflege.

Bei dieser Aktion steht der gesunde Babyschlaf im Focus. Ein ruhiger und gesunder Schlaf ist für Babys eine der wichtigsten Voraussetzungen für gutes Gedeihen. Beispielsweise erfolgt das Wachstum im Schlaf und auch die Gedächtnisbildung. Erfahrenes und Gelerntes wird dabei ins Langzeitgedächtnis transportiert. Letztlich entwickelt sich auch Kreativität während des Schlafens: die Entwicklung neuer Gedankenverbindungen.

Viele Eltern sind jedoch besorgt, seit sie von dem Risiko für Babys gehört haben, unerwartet im Schlaf zu sterben. Zwar ist dieses Risiko sehr gering, und die Ursachen konnten bis heute noch nicht eindeutig geklärt werden. Jahrelange Untersuchungen haben jedoch gezeigt, dass dieses Risiko durch einfache Maßnahmen nochmals erheblich gesenkt werden kann.

Die 6 wichtigsten Tipps für einen gesunden Babyschlaf:

- ▶ Das Baby schläft am sichersten auf dem Rücken (auch am Tag!).
- ▶ Es braucht frische rauchfreie Luft.
- ▶ Es möchte im Schlaf nicht schwitzen.
- ▶ Es schläft im eigenen Bettchen, im Schlafsack.
- ▶ Wichtig ist auch, dass das Babybett möglichst im Elternschlafzimmer steht
- ▶ eine harte Matratze hat, auf der sich das Kind abstützen kann,
- ▶ kein Fell, keine Kissen, Unterpolsterung oder Stoffauskleidung hat und keine Kuscheltiere,

Spielmaterial oder Ähnliches beherbergt.

Im Rahmen der Mütterberatung berät das staatliche Gesundheitsamt nicht nur zum gesunden Babyschlaf, sondern auch zur allgemeinen Entwicklung, zur Ernährung, zu Impfungen und Pflege von Säuglingen. Familie Fiyi hat sich schon während der Schwangerschaft bei Donum Vitae, der staatlich anerkannten Beratungsstelle für Schwangerschaftsfragen in Günzburg umfassend informiert. Auch hier wird über den gesunden Babyschlaf beraten, wie auch über andere Hilfen für Familien und Kinder bis zum 3. Lebensjahr. **hj**

Hersbruck:

Ilg neuer Bürgermeister

Robert Ilg vom Freien Rathausblock ist nach der Stichwahl neuer Bürgermeister von Hersbruck/Lkr. Nürnberger Land. Der 41-Jährige erreichte 56,2 % der Stimmen. Für den für die SPD kandidierenden parteilosen Stephan Krimm votierten 43,8 % der Wähler. Die Wahlbeteiligung lag bei 58,1 Prozent. Beim ersten Wahlgang Ende Januar hatte keiner der damaligen drei Bewerber die notwendige absolute Mehrheit erreicht. Der bisherige Hersbrucker Bürgermeister Wolfgang Plattmeier (SPD) kandidierte aus Altersgründen nicht mehr. **DK**

Vorschau auf GZ 6

In unserer Ausgabe Nr. 6, die am 18. März erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunalfinanzen
- Wasserversorgung, Grundwasser, Abwasser, Kläranlagen
- Kommunale Baupolitik
- Kommunal-Marketing
- Arbeitsschutzmaßnahmen, Unfallverhütung
- Sicherheitstechnik, Kontroll- und Überwachungsanlagen
- Brand- und Katastrophenschutz

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH GMBH
COBURG
www.fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöblierung

BECK
Möblierung für Aussen
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 Winnenden
Telefon 071 95 / 69 33 00 · Fax 071 95 / 69 33 33
www.beck-aussenmoeblierung.de

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH GMBH
COBURG
www.fahnen-koch.de

Fahnenmasten/Fahnen

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Fahradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Geschenke für Neugeborene

kerler
Alles in Textil bestickt — gewoben — bedruckt — bestrast — individuell gefertigt!
z. B. bestickte Baby-Handtücher mit dem Logo Ihrer Stadt als Begrüßungsgeschenk des Bürgermeisters.
z. B. BW-Tragetaschen 500 St. einfarbig bedruckt
€ 360,00 + MwSt. + Film.
Kerler GmbH
Schwanthaler Straße 100, 80336 München
Tel.: 0049(0)89 / 543 29 890, Fax: (0)89 / 543 43 587
post@kerler.de www.kerler.de

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (0 8171) 93 07-13

Kindergarteneinrichtungen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 · D-97285 Röttingen
Tel. (0 93 38) 89-0 · Fax (0 93 38) 89-199
E-Mail eibe@eibe.de · www.eibe.net
Entdecke die Welt des Spielens

Inserieren bringt Erfolg!

www.gemeindezeitung.de

Schacht-Ausrüstungen

Hailo
Schachtdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 · D-97285 Röttingen
Tel. (0 93 38) 89-0 · Fax (0 93 38) 89-199
E-Mail eibe@eibe.de · www.eibe.net
Entdecke die Welt des Spielens

Sportgeräte

www.benz-sport.de ORIGINAL
BENZ®
SPORT
Tel. 07195/69 05-0 · Fax: 07195/69 05-77 · info@benz-sport.de

Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Winterdienststechnik, die begeistert — weltweit! Gmeiner
Gmeiner GmbH
Daimlerstraße 18
92533 Wernberg-Köblitz
Tel.: +49 (9604) 33267-0
info@gmeiner-online.de
www.gmeiner-online.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
Wartehallen
38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

LfA Report

DIE KUNDENZEITUNG DER LFA FÖRDERBANK BAYERN



Schwerpunktthema: Kreditversorgung

Interview mit Alois Müller,
Präsident der Haupt-
verwaltung München der
Deutschen Bundesbank

Seite 2



Aus der LfA

Die LfA Förderbank
Bayern hat 2009
ihr Fördervolumen
für den Mittelstand
ausgeweitet

Seite 3



Betriebsführung

Unternehmen können
mit preiswerten
Marketinginstrumenten
neue Zielgruppen
erschließen

Seite 4

INVESTITIONEN

Mit Innovationen Wettbewerbsvorteile sichern



Erfindergeist wird belohnt: Investitionen in Forschung und Entwicklung verschaffen Unternehmen die nötigen Wettbewerbsvorteile, um in Krisenzeiten auf den globalen Märkten zu bestehen

Die Wirtschaftskrise erzeugt bei vielen Unternehmen Kostendruck. Doch gerade in einer solchen Situation dürfen Betriebe ihre Innovationskraft nicht vernachlässigen. Denn sie ist der fundamentale Antrieb des Wirtschaftsprozesses.

In der Rezession erweisen sich innovative Firmen bei Umsatz und Wachstum erfolgreicher als nicht innovati-

ve. Dies ergaben empirische Studien des Center for Innovation der Universität St. Gallen. Zudem fanden die Schweizer Forscher heraus, dass Kürzungen von Forschung&Entwicklungs-Budgets und ein Kostenwettbewerb die Folgen der Rezession verstärken.

Die positive Wirkung von Innovationen ist vielfältig. Zum einen stärkt die Innovationsfähigkeit eines Unter-

nehmens das Vertrauen von Kunden und Geschäftspartnern. Durch die Optimierung von Produkten, die Erweiterung des Serviceangebots und das damit verbesserte Preis-Leistungs-Verhältnis können Unternehmen bestehende Kundenbeziehungen festigen und neue Kunden gewinnen. Im Wettbewerb tragen innovative Produkte und Dienstleistungen zur Differenzierung bei.

Der deutsche Mittelstand hat die Bedeutung von F&E-Investitionen bereits erkannt. Das zeigt eine aktuelle Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) zum Innovationsverhalten von Unternehmen. Danach erhalten 50 Prozent der Unternehmen ihren Standard aufrecht. „30 Prozent der deutschen Mittelständler mit bis zu 500 Mitarbeitern reagieren mit mehr Innovationen auf die Krise“, resümiert DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben. Nur 20 Prozent der befragten Firmen reduzieren oder verschieben der Studie zufolge ihre Innovationsprojekte. „Deutlich weniger, als zu erwarten gewesen wäre“, so Wansleben. Dabei sehen die befragten Unternehmen mit bis zu 500 Beschäftigten die Krise oft auch als Chance. 72 Prozent der Betriebe erkennen „positive Begleiterscheinungen“ für ihr eigenes Innovationsverhalten.

„Bei mehr als der Hälfte der Unternehmen hat die Krise neue Innovationsprozesse angestoßen“, erklärt Wansleben. „Not macht also auch erfindertisch.“

INFO www.muenchen.ihk.de (Innovation und Technologie)
www.cfi.unisg.ch (Publikationen)

TOURISMUS

Bayern ist „Superbrand“

Die Tourismusmarke „Bayern“ ist von der Londoner Organisation Superbrands als eine der wichtigsten deutschen Marken ausgezeichnet worden. Eine 15-köpfige Jury prämierte die stärksten Marken in Deutschland nach den Kriterien Marktwert, Beständigkeit und Qualität. Der Freistaat erhält bereits zum zweiten Mal in Folge diesen Preis und gehört damit

zu den 65 Topmarken in der Bundesrepublik. Unter den Ausgezeichneten befinden sich auch bayerische Spitzenunternehmen wie BMW, Audi oder Adidas. „Das Tourismusland Bayern hat sich als eine feste Größe unter den renommiertesten Marken Deutschlands etabliert, erklärte Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil zufrieden.

ARBEITSLOSENSTATISTIK

Stabilität im Freistaat

Weniger als befürchtet hat sich die Zahl der Arbeitslosen 2009 erhöht. Laut der Bundesagentur für Arbeit (BA) lag Ende Dezember 2009 die Arbeitslosenquote in Deutschland bei 7,8 Prozent und damit um 0,5 Prozentpunkte höher als ein Jahr zuvor. Besonders robust zeigte sich der bayerische Arbeitsmarkt. Hier belief sich die Quote zum Jahresende auf 4,6 Pro-

zent (Vorjahr 4,0 Prozent), dem bundesweit besten Wert. Im bayernweiten Vergleich stehen die Regierungsbezirke Unterfranken und Oberbayern mit einer Arbeitslosenquote von jeweils 4,3 Prozent am besten da. Insgesamt waren in Deutschland zum Jahresende 3,3 Millionen Menschen auf Arbeitssuche, das sind gut 170 000 mehr als ein Jahr zuvor.

FINANZIERUNG

Beziehung zur Hausbank pflegen

Die Kreditklemme ist auch 2010 ein Dauerthema in den Medien, wobei Experten den Begriff unterschiedlich interpretieren. Der Wirtschaft kommt es jedoch nicht auf die Definition an, sondern auf ein ausreichendes Kreditangebot für kreditwürdige Unternehmen.

Umsatzeinbrüche und Auftragsrückgänge – die Wirtschaft hat im letzten Jahr gewaltige Herausforderungen zu stemmen gehabt. Die laufenden Ausgaben müssen gedeckt werden, auch wenn weniger Geld in die Kassen fließt. Gut ist derjenige dran, der dafür ein finanzielles Polster hat oder wenigstens Absicherungsreserven für die Aufnahme neuer Kredite. Das gilt nicht nur, wenn zusätzlicher Betriebsmittelbedarf zu decken ist, das gilt auch bei Investitionen. Schließlich müssen Unternehmen weiterhin in ihre Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit investieren, um nicht den Anschluss zu verlieren.

Verbreitete Sorge ist, dass die sich abzeichnende Erholung der Realwirtschaft durch ein zu geringes Kreditangebot beeinträchtigt wird; so klagen Unternehmen zunehmend über Verschärfungen in der Kreditvergabepraxis der Banken. Dabei geht es um Forderungen nach zusätzlichen Sicherheiten, um höhere Margen, um die ver-

minderte Bereitschaft von einigen Banken, Kreditlinien zu verlängern oder zu erhöhen.

In der Tat ist die Vergabe von Krediten im vergangenen Jahr stark zurückgegangen. Das liegt allerdings auch daran, dass Investitionen 2009 deutlich zurückgefahren und dafür weniger Kredite gebraucht wurden. Auch sinkt in einer Rezession typischerweise das Kreditangebot, da die Wahrscheinlichkeit von Kreditausfällen steigt. Banken können mit Rücksicht auf ihre Risikotragfähigkeit nur noch dann Kredite vergeben, wenn dem gestiegenen Risiko höhere Risikoprämien gegenüberstehen und sie strengere Anforderungen an die Kreditnehmer bei der Kreditüberwachung durchsetzen können. Dazu kommen Folgeprobleme aus der Finanzmarktkrise mit künftig schärferen Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung, von denen vor allem Großbanken betroffen sind.

Ganz generell heißt das, Unternehmen bekommen durchaus Kredite, sie müssen aber dafür – zum Teil wesentlich – mehr bezahlen und sich strengeren Dokumentationspflichten unterwerfen. Eine über Jahre hinweg gepflegte und gefestigte Beziehung zur Hausbank zahlt sich dabei in jedem Fall aus.



Kreditversorgung: Mittelständler mit guter Bonität sind umworbene Bankkunden

Unabhängig davon klagen kleinere Unternehmen weniger als größere. Zwar ist für Mittelständler der Bankkredit nach wie vor die wichtigste externe Finanzierungsquelle, doch haben sie als Hausbank oft eine regionale Sparkasse oder Genossenschaftsbank, die von der Finanzmarktkrise weniger betroffen sind. Und schließlich gibt es noch den Mittelstandsschirm der LfA Förderbank Bayern. Er bietet kleinen und mittleren Unternehmen Schutz vor den Folgen der Finanzmarktkrise.

INTERVIEW

Kreditangebot ausreichend

Alois Müller, Präsident der Hauptverwaltung München der Deutschen Bundesbank, über eine mögliche Kreditklemme bei mittelständischen Unternehmen und deren Eigenkapitalausstattung



Alois Müller rät Unternehmen, Bürgschafts- und Kreditprogramme der Förderbanken in Anspruch zu nehmen

LfA Report: Mittelständler betrauen mit der Hausbankfunktion oft eine Bank in ihrer Nähe. Sehen Sie darin angesichts der aktuellen Situation einen Vorteil oder eher einen Nachteil?

Müller: Dies ist ganz klar ein Vorteil! Es sind vor allem die regional tätigen Institute, also Sparkassen, Kreditgenossenschaften und regionale Privatbanken, die in der Mittelstandsfinanzierung aktiv sind. Diese Institute waren und sind in der Regel von der Finanzkrise viel weniger betroffen als die

großen Häuser. Studien zeigen, dass sich in der Krise der Zugang zu Bankkrediten für große Wirtschaftsunternehmen stärker verschlechtert hat als für den Mittelstand.

Ist das Thema Kreditklemme aus Sicht der Bundesbank ein generelles Problem?

Eine Kreditklemme ist gekennzeichnet durch ein unzureichendes Kreditangebot, das quantitativ so bedeutsam ist, dass es ein maßgebliches konjunkturelles Risiko begründet. Eine solche Situation ist nach unseren Analysen derzeit aber nicht gegeben. Zwar hat sich die Kreditdynamik seit dem Sommer 2008 merklich abgeschwächt. Dennoch ist diese Entwicklung im Vergleich zu früheren konjunkturellen Abschwungphasen nicht außergewöhnlich.

Wie können Unternehmen mit niedriger Eigenkapitalausstattung krisenresistenter gemacht werden?

Die Bestandsfestigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen – gemessen an ihrer Eigenkapitalausstattung – hat sich seit der letzten Abschwungphase merklich verbessert. Dort, wo die Eigenkapitaldecke unzureichend ist, rate ich, die Leistungen der Förderbanken in Anspruch zu nehmen. Auf mittlere und längere Sicht aber ist es sinnvoll, vermehrt Instrumente wie Beteiligungskapital oder mezzanine Kapitalformen zu nutzen.

MITTELSTANDSPAKT

Effektives Netzwerk für Unternehmen

In Krisenzeiten heißt es zusammenstehen. Auf Initiative des Bayerischen Wirtschaftsministers Martin Zeil wurde deshalb im Juni 2009 der Mittelstandspakt Bayern gegründet. Mit Erfolg, wie das erste halbe Jahr gezeigt hat.

Das Engagement im Mittelstandspakt ist groß. Mittlerweile gibt es mehr als 50 Partner, welche die Förderung von mittelständischen Unternehmen unterstützen. Das Spektrum der Partner reicht von den Kammern der gewerblichen Wirtschaft, diversen Wirtschaftsverbänden und den Verbänden der Kreditwirtschaft über die LfA Förderbank Bayern bis hin zu wichtigen Interessenvertretungen der freien Berufe.

Seit Mitte letzten Jahres werden hierdurch die Aktivitäten und Kompetenzen der wichtigsten mittelstandsrelevanten Institutionen unter Federführung des Bayerischen Wirtschaftsministeriums vernetzt. „Gerade in der gegenwärtigen Konjunkturlage kommt es entscheidend darauf an, dem Mittelstand in Bayern bestmögliche Rahmenbedingungen und maßgeschneiderte Unterstützung zu bieten“, erklärt Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil.

Hauptziele des Mittelstandspakts sind die umfassende Beratung der Unternehmen zu bestehenden Hilfs- und Fördermöglichkeiten und die Formulierung von gemeinsamen Positionen.

INFO www.stmwivt.bayern.de
(Wirtschaft – Mittelstand/Gewerbe)

FÖRDERBILANZ

Risikoübernahmen stark gefragt



Schutzschirm in der Krise: Die LfA Förderbank unterstützt speziell mittelständische Unternehmen mit umfangreichen Fördermaßnahmen

Die LfA Förderbank Bayern hat 2009 den Umfang ihres Kernfördergeschäfts mit Risikoübernahmen sowie zinsverbilligten und zinsgünstigen Darlehen ausgeweitet.

Mit umfangreichen Fördermaßnahmen ist die LfA Förderbank Bayern im Jahr 2009 dem bayerischen Mittelstand zur Seite gestanden, um die Folgen der weltweiten Wirtschaftskrise zu bewältigen. In

ihrem Kernfördergeschäft steigerte die Bank das Volumen an Risikoübernahmen und Darlehen auf 1,4 Milliarden Euro nach 1,3 Milliarden im Jahr zuvor.

Eine vordringliche Aufgabe für die Förderbank war es, die Kreditversorgung des Mittelstands in Gang zu halten. Der Freistaat Bayern hatte dafür zu Beginn des Jahres der Förderbank Rückbürgschaften von 200 Millionen Euro für die Jahre 2009 und 2010 bereitgestellt und der Bund Rückgarantien und so die Leistungs- und Risikotragfähigkeit der Förderbank gestärkt. Mit dieser Rückendeckung konnte die Förderbank Bürgschaften und Haftungsfreistellungen von 360 Millionen Euro zusagen – eine mehr als doppelt so hohe Summe wie 2008. Dies versetzte über 1900 mittelständische Unternehmen in die Lage, trotz nicht ausreichender eigener Sicherheiten Kredite von einer halben Milliarde Euro aufzunehmen. Das Volumen der bewilligten Bürgschaften hat sich mit gut 200 Millionen Euro mehr als vervierfacht, das der Haftungsfreistellungen stieg nahezu um die Hälfte auf 160 Millionen Euro.

Bei den zinsverbilligten und zinsgünstigen Darlehen nahm die Zahl der geförderten Unternehmen auf 5000 zu, die Darlehenszusagen fielen gegenüber dem Vorjahr mit 1,1 Milliarden Euro trotz der stark verminderten Investitionen nur um sieben Prozent niedriger aus. Einen Anstieg verzeichneten Akutkredite, mit denen Betriebe ihre Finanzlage stabilisieren.

INFO Auskünfte zum Förderangebot erteilt das LfA Kundencenter zum Ortstarif unter Tel.: 01801 / 21 24 - 24

AUF EIN WORT

Liebe Leserin, lieber Leser,

im Jahr 2009 haben wir unsere Risikoübernahmen, unterstützt durch den Bayerischen Mittelstandsschirm und Rückgarantien des Bundes, stark ausgeweitet. Mit unseren Bürgschaften und Haftungsfreistellungen haben wir den Hausbanken ermöglicht, an überwiegend kleine und mittlere Betriebe auch bei unzureichenden Sicherheiten Kredite auszureichen, und damit einer drohenden Kreditklemme vorgebeugt. Gerade in Zeiten schwieriger Konjunktur ist eine ausreichende Betriebsmittelversorgung unverzichtbar, und auch Investitionen müssen finanzierbar bleiben. Mit unseren Bürgschaften schließen wir Absicherungslücken; vorhandene Sicherheiten sind daher bereitzustellen, und der Unternehmer hat auch persönlich für den Kredit mit einzustehen. Wir verbürgen nur Neukredite, da andernfalls lediglich ein bereits bestehendes Risiko auf uns verlagert würde. Diese Vorgaben sind auch im Interesse der letztlich hinter unseren Bürgschaften stehenden Steuerzahler notwendig. Nur so können wir unserem Anspruch in diesem Jahr gerecht werden, bei Wahrung unserer eigenen Risikotragfähigkeit auch zukünftig die Kreditversorgung für möglichst viele kleine und mittlere Betriebe sicherzustellen.



Otto Beierl, Mitglied des Vorstands der LfA Förderbank Bayern

HAFTUNGSFREISTELLUNGEN

Wachstumsfinanzierung

In Erweiterung des Bayerischen Mittelstandsschirms übernimmt die LfA Förderbank Bayern jetzt auch Haftungsfreistellungen bis zu 60 Prozent für ihren Universalkredit. Sie unterstützt damit in allen Wirtschaftsbereichen mittelständische Unternehmen, die in Wachstum investieren wollen und sich wegen fehlender Absicherungsmöglichkeiten schwer tun, die dafür benötigten Kredite aufzunehmen. Der Universalkredit kann zudem zur Finanzierung des allgemeinen Betriebsmittelbedarfs eingesetzt werden. Durch Haftungsfreistellungen entlastet die Förderbank eine Hausbank von einem großen Teil des Kreditrisikos. Dieses einfach gestaltete und hochwirksame Instrument hat sich in den letzten Jahren zu einem Markenzeichen der LfA-Mittelstandsförderung entwickelt.

START-UPS

Beteiligungskapital

Mit 20 Millionen Euro ist der neue Clusterfonds EFRE Bayern ausgestattet. Speziell junge, innovative bayerische Unternehmen werden in der Frühphase mit Beteiligungskapital daraus gefördert – vor allem, wenn sie sich in den ländlichen Regionen Bayerns ansiedeln. Sie erhalten Unterstützung in Höhe von bis zu zwei Millionen Euro, zum Beispiel bei Aufwendungen für die Entwicklung neuer Produkte und Verfahren, den Bau von Prototypen oder die Markteinführung der Neuentwicklungen. Das Management des neuen Fonds hat die 100-prozentige LfA-Tochter Bayern Kapital GmbH in Landshut übernommen. Das Unternehmen ist seit 1996 in der Frühphasenfinanzierung aktiv.

NACHRICHTEN

Doppelsieg

Gleich zwei bayerische Anträge gewinnen beim Spitzencluster-Wettbewerb des Bundesforschungsministeriums. Mit dem Spitzencluster-Wettbewerb sollen innovative Ansätze für eine langfristige Clusterstrategie gefunden werden. Damit fließen in den nächsten fünf Jahren etwa 80 Millionen Euro an Bundesmitteln in den bayerischen Cluster. „Wir erwarten von den Spitzenclustern einen weiteren nachhaltigen Innovationschub für den Freistaat Bayern“, erklärt Wirtschaftsminister Martin Zeil.



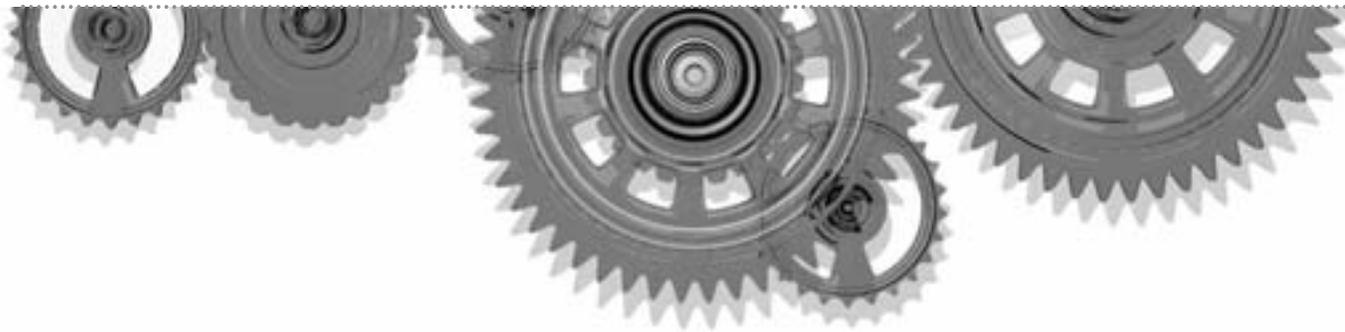
Startschuss

Ab sofort können sich wieder erfolgreiche Mittelständler aus ganz Bayern für die begehrte Auszeichnung „Bayerns Best 50“ bewerben. Voraussetzung dafür ist, dass in den letzten fünf Jahren sowohl die Zahl der Beschäftigten als auch der Umsatz überdurchschnittlich gewachsen sind. Bewerbungsschluss für interessierte Unternehmen ist der 31. März 2010. Weitere Informationen zu den Teilnahmebedingungen sind im Internet abrufbar unter www.bb50.de.



Prämiert

Hoher Informationsgehalt, elegante Gestaltung und Kundennähe zeichnen den Geschäftsbericht 2008 der LfA Förderbank Bayern aus, urteilte die Jury des Bankmagazins nach Prüfung von rund 100 Unternehmensberichten. Sie vergab an den LfA-Bericht den zweiten Platz im Wettbewerb der Bankengeschäftsberichte.



UNTERNEHMENS PORTRÄT

Prototypen stehen für Fortschritt



Auf Wachstumskurs:
Die neue Fertigungshalle der Hagl GmbH wurde Ende 2009 fertiggestellt. Neben hochmodernen Prototypen für die Automobilbranche werden hier Blechelemente für die Industrie produziert.

Viele Menschen wissen heutzutage, wie ein Auto produziert wird, und kennen in groben Zügen dessen Funktionalität. Was vor einer Serienfertigung geschehen muss, zeigt eine kleine mittelständische Firma aus der Hallertau.

Eigentlich ist Attenkirchen inmitten des Landkreises Freising eher für seinen Hopfen bekannt. Dennoch hat sich auch am Tor zur Hallertau der Mittelstand von vielen unbemerkt nach oben gekämpft. Einer dieser erfolgreichen Mittelständler ist die Hagl GmbH. Das 1990 gegründete Unternehmen betreibt einen Karosseriebau für Prototypen und arbeitet dabei mit den Großen der Automobilbranche zusammen.

Der Gründer des Unternehmens, Helmuth Hagl, zeigt sich trotz mancher Schwierigkeiten sehr zufrieden: „Einfach ist es als Unternehmer nie, und man braucht eine gewisse Zuversicht.“ Das Unternehmen konnte in den vergangenen 20 Jahren von einem Einmann-

betrieb zu einem 55 Mitarbeiter starken Mittelständler ausgebaut werden. Das Wachstum des Unternehmens wurde dabei seit vielen Jahren von der LfA Förderbank Bayern begleitet. Dank deren Unterstützung konnten 2009 auch die Erweiterung des Betriebs und der Bau einer neuen Halle durchgeführt werden.

Unter dem Motto „innovativ und traditionell“ verbindet Hagl den Ideenreichtum seiner Mitarbeiter mit präziser Technologie und individueller Handarbeit. Dabei folgt alles der Maxime Kundenorientierung – Flexibilität – Qualität. Mit jahrelanger Erfahrung, handwerklichem Geschick und technischem Know-how in der Blechbearbeitung konnte sich das Unternehmen als zuverlässiger Partner der Industrie etablieren. Egal, ob es um den Werkzeugbau und die Fertigung von Handmustern und Prototypenteilen bis hin zu Kleinserien für die Automobilindustrie oder um Blechteile für verschiedenste Industriezweige geht.

Umgesetzt werden diese Projekte mit innovativen Frästechniken an komplexen CNC-Fräsen. Dennoch kann auch in diesem hochtechnisierten mittelständischen Unternehmen nicht ganz auf handwerkliches Können verzichtet werden, denn die Herstellung von Außenhautteilen für Musterkarossen und Schaufahrzeuge erfolgt weiterhin in mühevoller Handarbeit.

INFO Mehr über den Prototypenhersteller im Internet unter www.hagl-gmbh.de

BETRIEBSFÜHRUNG

Gegen den Strom

In Krisenzeiten wird in vielen Unternehmen gespart, und das am liebsten im Bereich der Marketing- und Werbebudgets. Das ist jedoch allzu kurzfristig.

Eine Studie der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) zeigte jüngst, dass es in Krisenzeiten einfacher ist, Marktanteile zu erobern, die Marktposition nachhaltig zu festigen und damit auch den Unternehmenswert zu steigern. Allerdings müssen die knappen Gelder sehr effizient eingesetzt werden. Dazu ist es wichtig, seine Adressaten genau zu kennen.

Die Ansprache von (Neu-)Kunden muss heutzutage nicht immer über klassische Werbeanzeigen laufen. Durch Elemente des Web 2.0 ist es vielen Unternehmen möglich, sehr kostengünstig ihre Produkte weltweit bekannt zu machen. Mit neuen Kommunikationsformen wie Twitter oder Corporate Blogs erreichen Unternehmen einen brei-



Effektive Werbung: Mit innovativen Kommunikationsformen erreichen Unternehmen ihre Kunden

ten Adressatenkreis. Unterstützt werden diese Instrumente weiter durch ergänzende Werbung. Sinkende Anzeigenpreise machen eine zielgerichtete Werbekampagne für viele Firmen erschwinglich.

INFO Mehr zu antizyklischer Werbung unter www.faz.net (Publikationen)

EU-NETZWERK

Fundierte Beratung

Das EU-Netz-Bayern ist das virtuelle Netzwerk von nicht gewinnorientierten Beratungsstellen rund um Fragen der Europäischen Union (EU).

Die virtuelle Kooperation der EU-Beratungsstellen wurde eingeführt, um die Transparenz und Wirksamkeit des gesamten Beratungsnetzes nach außen zu verbessern und um als Plattform für die Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Beratungsstellen zu dienen.



In einer frei zugänglichen Datenbank sind die Beratungsstellen mit einem detaillierten Profil aufgeführt. Hier erfährt man die jeweilige Aufgabenstellung und Zielsetzung, die Arbeitsschwerpunkte, das Leistungsangebot und die jeweilige Zielgruppe. Durch verschiedene Auswahl- und Suchmöglichkeiten können interessierte Benutzer in kürzester Zeit die für sie relevante Beratungsstelle in ihrer Nähe ermitteln und kontaktieren.

Derzeit umfasst das EU-Netz-Bayern 72 Beratungsstellen, darunter unter anderem die Vertretung der EU-Kommission in München, die Kontaktstelle des bayerischen Wirtschaftsministeriums in der Vertretung des Freistaats Bayern in Brüssel und die Vertretung des EU-Parlaments in München.

INFO Weitere Informationen unter www.eu-netz-bayern.de

Geschäftsfelder der LfA



IMPRESSUM

Herausgeber: LfA Förderbank Bayern, Königinstraße 17, 80539 München, Tel.: 089 / 21 24 - 0, Fax: 089 / 21 24 - 24 40, Internet: <http://www.lfa.de> Redaktion: Peter Freymark (v.i.S.d.P.) Gestaltung und Realisierung: BurdaYukom Publishing GmbH, Konrad-Zuse-Platz 11, 81829 München Druck: M. Saupe & Co GmbH Auflage: 60 000, erschienen im Februar 2010 Fotos: S. 1: Fotolia/HP_Photo; S. 2: istockphoto/Tarek El Sombati, Katharina Fink; S. 3: PR; S. 4: Fotolia/Nebuto, Hagl GmbH, GettyImages/Phil Boorman, istockphoto/Matthew Pullicino

